Bürgerhaushalt 2015

TOP-15 Liste
Bezirk Innenstadt

Bürgerhaushalt 2015

Vorschlag für **Innenstadt**

Priorisierung der Bezirksvertretung **1**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **1**

Vorschlagsnummer 9

Vorschlag für Innenstadt

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Endlich den Ebertplatz umgestalten

Ich wünsche mir das endlich der Ebertplatz in einen vernünftigen Zustand gebracht wird.
Rolltreppen die funktionieren und eine Gestaltung die zum Verweilen einläd.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
14	**124**	**110**	**14**

Stellungnahme Verwaltung

Die Umgestaltung des Ebertplatzes ist ein wesentliches Ziel des Masterplans der Stadt Köln. Aus einem Werkstattverfahren für die Ringe liegen bereits Gestaltungsvorschläge für den Ebertplatz vor. In einem ersten Schritt untersucht die Verwaltung derzeit die Machbarkeit einer Quartiersgarage unter dem Ebertplatz. Sobald hierzu Ergebnisse vorliegen, muss dazu eine Grundsatzentscheidung der Stadtpolitik erfolgen.

Bezüglich der Rolltreppen wurde bereits vor Jahren entschieden, diese auf Grund der städtischen Haushaltslage vorerst nicht zu reaktivieren. Stattdessen wurden ebenerdige Querungen eingerichtet. Die weiteren Schritte, die u.a. auch eine Schließung und Verfüllung der unterirdischen Passage zwischen Eigelstein und Neusser Straße beinhalten könnten, müssen abgestimmt und politisch entschieden werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**2**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**2**	Vorschlagsnummer	335
Vorschlag für	Innenstadt	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Verbesserung Radroute Nord<->Süd

Wenn man wie ich häufig zwischen Süd- und Nordstadt mit dem Rad pendelt kommt beim Fahren keine wahre Freude auf.

Insbesondere die Fahrt entlang der Rheinuferpromenade ist am Wochenende ein einziger "Spießrutenlauf". Ganz schlimm ist es, wenn Flohmarkt ist. Dieses hat mal jemand vortrefflich auf Youtube dokumentiert: https://www.youtube.com/watch?v=01Y47XfnIgU

Die Stadt möge Konzepte erarbeiten und umsetzen, um die Nord- und Stüdstadt fahrradtechnisch besser zu "vernetzen", damit nicht nur Autofahrer sondern auch Radfahrer zügig zwischen Nord/Süd pendeln könnnen.

Autofahrer haben z.B. für jede Richtung 3 Spuren im Rheinufertunnel. Fahrradfahrer müssen sich den Weg mit Fußgängern teilen.

Das ist nicht nur zeit- und
nervenaufreibend sondern auch noch gefährlich.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**100**	**92**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Derzeit lässt die Verwaltung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Radverkehrsverbänden und der Politik durch externe Büros ein Radverkehrskonzept für den Stadtbezirk Innenstadt erstellen, in dem u.a. die in dem Vorschlag genannten Punkte behandelt werden. Es hat bereits zwei öffentliche Abendveranstaltungen gegeben. Es wurden rund 1.000 Anregungen eingereicht und ausgewertet, in der letzten Sitzung wurde das Hauptnetz für den Radverkehr diskutiert. In der nächsten Abendveranstaltung, deren Termin noch bekannt gegeben wird, werden erste Maßnahmen diskutiert.Der aktuelle Stand des Radverkehrskonzeptes ist im Internet dargestellt: http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/verkehr/radfahren/radverkehrskonzept-innenstadt

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**3**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**3**	Vorschlagsnummer	621
Vorschlag für	Innenstadt	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Mehr Sauberkeit in der Innenstadt

Die Sauberkeit lässt in einigen Bereichen der Innenstadt zu wünschen übrig.

Insbesondere am Wochenende bietet sich den Bürgern und Touristen oft ein Bild des Grauens: überfüllte Mülleimer, Dreck auf Straßen und Plätzen usw.

Unsere Meinung nach sollten mehr Mülleimer aufgestellt werden und eine zusätzliche Leerung am Wochenende vorgenommen werden.

Bei den Standorten der Mülleimer ist darauf zu achten, dass diese zwar an neuralgischen Punkten stehen, jedoch ohne dem Betrachter großartig ins Sichtfeld zu springen.

Hierfür sollte man die Bevökerung zu Vorschlägen aufrufen.

Unser Vorschlag betraf die Zülpicher Straße, der auch in der nächsten Bezirksvertretung behandelt werden wird.

Anregungen zu weiteren Plätzen und Straßen nehmen wir gerne auf und leiten diese an die CDU-Fraktion weiter.

Eure
JU Innenstadt

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**78**	**70**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Laut geltender Straßenreinigungssatzung erfolgt die Reinigung im Bereich Zülpicher Straße von Hohenstauffenring bis Moselstraße 9 mal pro Woche wie folgt: Montag bis Sonntag in der Frühschicht in der Zeit zwischen 6.00 Uhr und 13.45 Uhr, Samstag in der Spätschicht in der Zeit zwischen 14.00 Uhr und 22.00 Uhr, Samstag auf Sonntag in der Nachtschicht in der Zeit zwischen 20:30 Uhr und 04.15 Uhr.Um ein besseres Reinigungsbild zu erreichen, wird für die Satzungsänderung 2016 eine Reinigungserhöhung von 9 malig auf 14 malig geprüft und vorgeschlagen.Von Moselstraße bis Zülpicher Wall erfolgt die Reinigung 6 mal je Woche: Montag bis Samstag in der Frühschicht in der Zeit zwischen 6.00 Uhr und 13.45 Uhr. Zweimal wöchentlich wird durch ein Schwemmfahrzeug die Unterführung gereinigt.Bezüglich der Aufstellung von Papierkörben werden weitere Standorte zur zeitnahen Installation festgelegt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**4**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**4**	Vorschlagsnummer	204
Vorschlag für	Innenstadt	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Fahrradspur auf den Ringen

Den Fahrradweg auf den Ringen von dem Bereich der Fussgänger auf die Fahrbahn verlagern. Dazu sollte der Autoverkehr auf eine Fahrspur begrenzt werden und die jeweils in Fahrtrichtung rechte Fahrspur in einen Radweg umgewandelt werden. Zusätzlich sollte das Parken bzw. Halten auf der heutigen rechten Fahrspur untersagt werden. Dies verschafft einerseits den Fussgängern wie Radfahrern mehr Raum und weniger Konfliktpotential, andererseits den ansässigen Gastronomen und deren Gästen mehr Möglichkeiten den öffentlichen Raum sinnvol zu nutzen, ohne Fußgängern wie Radfahrern in die Quere zu kommen. Mittelfristig ist auch eine Reduktion des Autoverkehrs auf den Ringen zu erwarten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
6	**77**	**69**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Derzeit lässt die Verwaltung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Radverkehrsverbänden und der Politik durch externe Büros ein Radverkehrskonzept für den Stadtbezirk Innenstadt erstellen, in dem u.a. die in dem Vorschlag genannten Punkte behandelt werden. Es hat bereits zwei öffentliche Abendveranstaltungen gegeben. Es wurden rund 1.000 Anregungen eingereicht und ausgewertet, in der letzten Sitzung wurde das Hauptnetz für den Radverkehr diskutiert. In der nächsten Abendveranstaltung, deren Termin noch bekannt gegeben wird, werden erste Maßnahmen diskutiert.Der aktuelle Stand des Radverkehrskonzeptes ist im Internet dargestellt: http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/verkehr/radfahren/radverkehrskonzept-innenstadt

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**5**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**5**	Vorschlagsnummer	618
Vorschlag für	Innenstadt	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Mehr Sicherheit auf den Ringen

Auf den Ringen ist eine Stärkung der SIcherheit an den Wochenende-Nächten unumgänglich.

Übergriffe auf Frauen und Betrunkene, leider auch Übergriffe von Betrunkenen sind keine Seltenheit. Nicht nur dass dies eine ernsthafte Bedrohung für die Bevölkerung darstellt, leidet auch unser Image als tolerante, weltoffene Stadt.

Mittlerweile wird auf dem populären Reiseportal wikitravel.orf sogar schon vor Kleinkriminellen und Betrunkenen gewarnt.

Daher fordern wir, dass das Sicherheits-Empfinden der Bürger zwischen Hansaring und Barbarossaplatz gestärkt wird.

Langfristig muss ein Konzept zur Situation auf den Ringen ausgearbeitet werden, kurzfristig kann mehr Sicherheitspersonal die nächtliche Situation entspannen.

Für Anregungen sind wir offen und nehmen uns gerne gemeinsam dem Vorhaben an.

Eure
JU Innenstadt

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**73**	**65**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Die Sicherheit auf den Kölner Ringen wird von der Polizei, die originär für den Schutz vor Straftaten zuständig ist, aber auch von der Verwaltung bereits heute sehr ernst genommen.Bereits seit 2000 besteht für die Kölner Ringe zwischen der Polizei und der Stadt eine Ordnungspartnerschaft, die unter dem Namen OPARI (Ordnungspartnerschaft Ringe) an jedem Wochenende Präsenz auf den Ringen zeigt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei und der Stadt Köln führen an den besonderen Wochenendzeiten gemeinsame Kontrollen auf der Straße, aber auch in den Gaststätten und Diskotheken durch und sorgen damit für Sicherheit und Ordnung.Durch diese regelmäßige Präsenz ist es den zuständigen Behörden nicht entgangen, dass weitere Maßnahmen auf den Ringen notwendig sind. Aus diesem Grunde wurden im Juli 2014 gemeinsam mit der Stadt, der Polizei, dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, der IHK und dem Kölner Haus- und Grundbesitzerverein, Regeln für die an den Ringen ansässigen Diskotheken und Gaststättenbetriebe erstellt und in einem gemeinsamen Gespräch mit den Verantwortlichen der Betriebe besprochen. Viele der auf den Ringen ansässigen Diskotheken und Gaststättenbetriebe haben sich diesen Regeln im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung angeschlossen und die gemeinsame „Vereinbarung zur Beruhigung und Aufwertung der Kölner Ringe und Umgebung (OPARI-Zone)“ unterzeichnet. Diese Vereinbarung ist am 01.01.2015 in Kraft getreten.In weiterführenden Gesprächen zwischen den Akteuren und der Gastronomie sollen die Auswirkungen der Regelungen bewertet werden und ggf. auch zusätzliche Regelungen aufgestellt werden.Für eine intensivere Präsenz des Ordnungsdienstes der Stadt Köln stehen derzeit keine personellen Kapazitäten zur Verfügung.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der

Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**6**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**6**	Vorschlagsnummer	275
Vorschlag für	Innenstadt	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Für den Historischen Park Deutz

DEUTZ, der rechtsrheinische und zweitälteste Teil der Kölner Innenstadt, hat eine mehr als 1700-jährige Geschichte. Diese ist trotz der archäologischen Funde der letzten Jahre im Stadtbild kaum zu erkennen und wird nach dem aktuellen Planungsstand zukünftig wohl auch wenig zu erkennen sein. Die Chance, Archäologie und Geschichte beim Bau des neuen Rheinboulevards in die Ausführungspläne angemessen zu integrieren und Geschichte erlebbar zu machen, wurde leider nur unzureichend genutzt. Noch sind hier Korrekturen und Nachbesserungen möglich: durch die Schaffung des Historischen Park Deutz, der im südlichen Bereich des Rheinboulevard beginnen könnte und einen Planungsbereich zwischen maxCologne und LVR-Landeshaus abdecken würde. Ein entsprechendes Ideen-Konzept wurde bereits durch den Förderverein Historischer Park Deutz e.V.(FHPD)entwickelt und veröffentlicht.

DIE ARGUMENTE für den Historischen Park Deutz:

Deutliche Aufwertung von Deutz durch die Erlebbarkeit der mehr als 1700-jährigen Geschichte, durch angemessene Präsentation der eichhaltig vorhandenen Archäologie aus Römerzeit, Mittelalter und Neuzeit.

Städtebaulicher Gewinn für den rechtsrheinischen Teil der Innenstadt und Steigerung der Attraktivität des Rheinboulevards durch die Kombination von erlebbarer Archäologie und moderner Architektur.

Der Historische Park Deutz mit den nicht unerheblichen Resten des spätrömischen Kastells Divitia (eingetragenes Bodendenkmal) als Teil eines neuen UNESCO-Welterbes "Niedergermanischer Limes".

Wirtschaftlicher Mehrwert für Handel, Gewerbe & Gastronomie durch zusätzliche Besucher (Touristenmagnet).

"Denn nur wer das Gestern kennt, wird das Heute verstehen und kann das Morgen zukunftsorientiert planen."

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
25	**85**	**70**	**15**

Stellungnahme Verwaltung

Als Ergebnis einer Planungswerkstatt, an der neben Wissenschaftlern aus den Bereichen Denkmalpflege, externen Fachleuten aus Architektur und Städtebau, Fachplanern aus Planungsämtern auch Deutzer Bürgergruppen, unter anderem auch die Antragsteller, teilnahmen, wurde vom mit der Planung Rheinboulevard beauftragten Büro Panorama Landschaftsarchitektur im September 2012 ein Entwurf Historischer Park Deutz erstellt. Diese 69- seitige Dokumentation wurde den politischen Gremien und der Bevölkerung vorgestellt und in zahlreichen Veranstaltungen diskutiert. Fazit: Auf der Grundlage dieses Entwurfs soll die weitere Entwicklung zur Integration der archäologischen Funde in den bis zur Mindener Straße erweiterten Bereich des Rheinboulevards weiter verfolgt werden.Grob geschätzt wurde die Umsetzung eines solchen Entwurfs mit mindestens rund 5 Mio. Euro angesetzt. Eine Erweiterung des Rheinboulevards und einer damit verbundenen erweiterten Förderung wurde vom Land abgelehnt. Ohne Förderung ist ein Historischer Park Deutz von der Stadt alleine nicht zu realisieren. Beim Ausbau des Boulevards als 3. Bauabschnitt des Rheinboulevards werden wesentliche Festlegungen (Konservierung der zu erhaltenden Mauern, Kenntlichmachen des römischen Kastells im Bodenbelag) bereits berücksichtigt, zumindest so, dass später bei einer eventuellen Umsetzung der großzügigen Lösung Historischer Park Deutz keine kostspieligen Eingriffe vorgenommen werden müssen, und es eher zu einer problemlosen Optimierung (z.B. beim Ausstellungskonzept) kommt.

Bürgerhaushalt 2015

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**7**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**7**	Vorschlagsnummer	252
Vorschlag für	Innenstadt	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Deutzer Werft

Die Deutzer Werft ist der Teil des Deutzer Ufers zwischen Deutzer Brücke und Drehbrücke. Derzeit befinden sich hier drei Basketballkörbe. Der Platz ist unregelmäßig geteert, es liegen noch einige Schienen und auch Kopfsteinpflaster findet sich. Zweimal im Jahr findet die Kirmes hier statt. Ansonsten wird der Platz zum Flanieren zu den Poller Wiesen, Schnuppern der Rheinluft, zum Basketballspielen und Fischen genutzt. Gleichzeitig dient er im Sommer natürlich dem gemeinsamen Sitzen am Rhein. An schönen Tagen ist er, obwohl verboten, ein riesiger Parkplatz. Der Autoverkehr stört alle anderen Aktivitäten beträchtlich.
In den nächsten Jahren / Jahrzehnten soll die Deutzer Werft zu einem Spieleufer weiterentwickelt werden.

Vorschlag:
Das Thema Spiele kann neben den Basketballkörben schon jetzt in den Vordergrund gerückt werden. Neben Basketballkörben können dort auch multifunktional nutzbare kleine Tore aufgestellt werden (Hockey, Fußball), es können weitere Spielfelder aufgemalt werden, es können Parcous für kleine Fahrradfahrer, Inline-skater entwickelt werden, Hüpfspiele etc. Dies ist alles kostengünstig zu gestalten und nimmt das geplante Spieleufer schon mal auf.

Maßnahmen:
- Aufmalen der verschiedenen Angebote
- Nachhaltiges Verhindern des Parkens auf der Deutzer Werft durch Aufstellen von zwei Pollern an den beiden Einfahrten.
- Ausgleichen der schlechten Oberfläche.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
7	**73**	**63**	**10**

Stellungnahme Verwaltung

Die Deutzer Werft ist ein Teilbereich des Rheinboulevards, der sich von der Severinsbrücke bis zum Rheinpark erstreckt. Alle Entwicklungen in diesem Bereich unterliegen den planerischen und gestalterischen Grundsätzen aus dem Ergebnis des freiraumplanerischen Wettbewerbs. Planung und Ausbau erfolgen in mehreren Bauabschnitten. Der erste Abschnitt mit der großen Freitreppe zum Rhein entsteht derzeit zwischen Deutzer- und Hohenzollernbrücke. Als einer der weiteren Bauabschnitte des Rheinboulevards (der nächste Bauabschnitt Rheinboulevard wird eher der nördlich der Hohenzollernbrücke bis Rheinpark sein) mit einem hohen Anspruch an Qualität bedarf der Bereich der Deutzer Werft nach entsprechenden Beschlüssen einer gründlichen Planung.Spiel-und Sportnutzungen temporär auf der Platzfläche Deutzer Werft oder in Nischen außerhalb der weiterhin gesetzten Kirmesnutzungen sind durchaus vorstellbar. Die nicht unerheblichen Ausbaukosten stehen in absehbarer Zeit jedoch nicht zur Verfügung und sind zudem von einer Förderung durch das Land abhängig.Was temporäre Spiel-und Sportnutzungen im Vorfeld einer größeren Neugestaltung betrifft, ist es nicht damit getan, Linien auf das Konglomerat aus Asphalt, Basaltpflaster und Schienen aufzubringen. Sowohl die Oberflächenbeschaffenheit, als auch Kollisionen mit den derzeitigen Nutzungen lassen keine Spiel- und Sportnutzungen zu. Etwas zu improvisieren mit geringen Mitteln des Bürgerhaushaltes wird daher auch aus Gründen der Verkehrssicherheit, Unterhaltung usw. Seitens der Verwaltung abgelehnt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Priorisierung der Bezirksvertretung **8**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **8**

Vorschlagsnummer 79

Vorschlag für Innenstadt

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Aufwertung des Rudolfplatzes durch Sitzgelegenheiten

Viele Plätze in der Kölner Innenstadt sind gekennzeichnet durch niedrige Aufenthaltsqualität. Besonders offenbar wird dies im Sommer am Rudolfplatz, wenn bei schönem Wetter Bürger und Besucher der Stadt keine Sitzgelegenheit auf einem der zentralsten und vergleichsweise grünsten Plätze Kölns (der Teil zwischen Hahnentor Pfeilstraße) finden. Die vorhandene Infrastruktur ist absolut ungenügend.

Ich schlage vor, Parkbänke in ausreichender Zahl auf dem Rudolfplatz aufzustellen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
5	**69**	**61**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Im westlichen Bereich des Rudolfplatzes (zwischen Hahnentorburg und Pfeilstraße) befinden sich zwei massive steinerne Sitzbänke. Diese stehen zwischen den Bäumen, da die Platzfläche regelmäßig durch den zweimal wöchentlich stattfindenden Ökomarkt sowie für diverse Veranstaltungen genutzt wird. Dafür muss die Platzfläche von sonstigen Ausstattungselementen freigehalten werden. Die Bestimmung von neuen Bankstandorten für die Innenstadt obliegt der Bezirksvertretung Innenstadt. Ohne Beschluss der politischen Gremien kann die Verwaltung keine neuen Sitzbänke aufstellen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**9**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**9**	Vorschlagsnummer	145
Vorschlag für	Innenstadt	Vorschlagsart	Sparvorschlag

Fahrradverkehr Hohe Straße/Schildergasse während der Anlieferungszeiten zulassen

Die Innenstadt mit dem Fahhrad von Nord nach Süd bzw. umgekehrt zu durchfahren, braucht schon genaue Ortskenntnis. Es wäre für den morgendlichen Berufsverkehr sehr förderlich, wenn die vielen Radfahrer, die diese Strecken nutzen müssen, bis 10 Uhr auch ganz legal die Fußgängerzonenbereiche befahren dürften.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**68**	**60**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Eine entsprechende Beschlussvorlage zur Öffnung der Fußgängerzonen ist bereits in Vorbereitung und wird in 2015 den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**10**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**10**	Vorschlagsnummer	243
Vorschlag für	Innenstadt	Vorschlagsart	Sparvorschlag

Umbau Kümpchenshof - Verzicht auf neue Autospur

Am Kümpchenshof soll eine neue Autospur als Zufahrt zur Tiefgarage im Mediapark geschaffen werden, trotz wiederholter Bekenntnisse aller Parteien zur Förderung des Radverkehrs, der Forderung von Albrecht Speer, überflüssige Abbiegespuren rückzubauen und hohen Radverkehrsaufkommen in der Region.

Dieses sollte unterlassen werden.

Statt der neuen Autospur sollten die folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:
- Breiter Zugang für Radfahrer von der Maybachstraße auf die Verkehrsfläche zwischen Kümpchenshof und Cinedom (statt der zwei oft zugeparkten und unzureichenden "Rämpchen");
- Ersatz der Ampelanlage an der Tiefgarage durch einen Zebrastreifen (höhere Flexibilität / Rückstau verhindern);
- Beibehaltung des breiten Bürgersteigs am Kümpchenshof vor dem Hotelneubau, ggf. Einrichtung eines breiten Zweirichtungsradwegs, um den Radverkehr aus der Maybachstraße flexibel Richtung Ringe zu leiten;

Der Vorschlag würde auch durch den Verzicht auf Ampelanlagen gegenüber dem jetzigen Vorhaben signifikante Einsparungen bedeuten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**67**	**59**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Der Verkehrsausschuss hat auf Grundlage des Ratsbeschlusses vom 27.06.2000 am 02.12.2014 nach ausführlicher Diskussion und Vorberatung in der Bezirksvertretung Innenstadt unter TOP 4.1 folgenden Beschluss gefasst, welcher von der Verwaltung in dieser Form umzusetzen ist:http://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp?__ktonr=169908 Beschluss (Verwaltungsvorlage unter Berücksichtigung der Anlage 7 und der heutigen Diskussionsbeiträge):1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit dem Umbau der Straße Am Kümpchenshof von Hansaring bis Maybachstraße. Die Gesamtkosten belaufen sich voraussichtlich auf 716.040,45 EUR.und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für den Umbau der Straße Am Kümpchenshof von Hansaring bis Maybachstraße in Höhe von 380.000 EUR im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-5613, Am Kümpchenshof, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2014.Die Verwaltung wird gebeten, hierbei folgende Maßgaben umzusetzen: 1. Die gemeinsame Fahrspur auf der Straße Am Kümpchenshof wird mit Radpiktogrammen (nach § 39 StVO, nicht nach Verkehrszeichen 237) gekennzeichnet und zwar in gleicher Größe wie die Parkhauspiktogramme und ebenfalls mittig auf der Fahrbahn.2. Die Rampe im Verlauf der Maybachstraße neben dem Cinedom wird verbreitert und zwar auf die komplette Fahrbahnbreite der Maybachstraße. Die Verwaltung wird zudem um Prüfung beauftragt, die Fläche direkt neben dem Cinedom auf der Maybachstraße als Ladezone auszuweisen.3. Die Überfahrt über die Straße Am Kümpchenshof wird so angepasst (Verbreiterung der Furt, Anpassung der LSA mit Fahrradsymbolen im Leuchtfeld), dass ein direktes Linksabbiegen für Radfahrer von der Maybachstraße stadteinwärts möglich ist. Dem vom Kümpchenshof nach Norden in die Maybachstraße fahrenden Radfahrer wird das Abbiegen ohne LSA erleichtert. Hierzu wird der Bordstein vor der LSA abgesenkt und die Markierung/Beschilderung entsprechend angepasst.4. Die Ampelschaltung im gesamten Knoten wird ebenfalls für Radfahrer und Fußgänger geplant und nicht ausschließlich an der Leistungsfähigkeit für den MIV orientiert. Insbesondere sind lange Wartezeiten für Radfahrer und Fußgänger an der Tiefgaragenausfahrt zu vermeiden. Anforderungsampeln für Fußgänger und Radfahrer sind ausgeschlossen.5. Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, wie der auf dem Hansaring nach

Norden fahrende Radverkehr ab Jan-von-Werth-Straße auf die Fahrbahn geführt werden kann. Dafür könnte die Rechtsabbiegespur umgewidmet werden, sodass sich der rechtsabbiegende MIV sich kurz vor der Kreuzung auf die Radverkehrsspur einfädelt. Gleiches gilt für den nach Süden fahrenden Radverkehr, bei dem die heute vorhandene Rechtsabbiegespur ebenfalls als Radspur ausgewiesen werden könnte. Diese Prüfung soll im Rahmen des derzeit zu erarbeitenden Radverkehrskonzepts Innenstadt stattfinden.6. Die Verwaltung wird gebeten, das Parken und Halten auf der shared lane durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden.7. Die Verwaltung wird gebeten, hinsichtlich der Verkehrsstauungen das Gespräch mit dem Parkhausbetreiber zu suchen.8. Die Verwaltung wird gebeten erneut zu prüfen, ob die Schleppkurve im Bereich Hansaring/Am Kümpchenshof ausreichend dimensioniert ist

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**11**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**11**	Vorschlagsnummer	177
Vorschlag für	Innenstadt	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Einführung des Stadttaubenmanagements zur Taubenreduktion am Hansaring

Medienberichten zufolge soll die Nahverkehrshaltestelle "Hansaring" schöner, sauberer und freundlicher werden.
Der dort ansässige Stadttaubenschwarm gehört zu den größeren Problemen der Haltestelle.

Für geringe Kosten (2500-3000 Euro) kann, wie in anderen Städten bereits erfolgreich betrieben, ein Taubenhaus zur Ansiedlung des Schwarmes in direkter Nähe errichtet werden. Die Tiere beginnen dort zu brüten, sodass man Zugriff auf die Gelege hat und diese gegen Attrappen austauschen kann. Es erfolgt also eine Geburtenkontrolle, sodass keine weiteren Nachkommen entstehen. Des Weiteren werden die Tiere in den Schlägen artgerecht gefüttert, sodass ein Großteil der Futtersuche außerhalb des Schlages entfällt und auch die größte Kotmenge innerhalb des Schlages anfällt und nicht mehr die Straßen verunreinigt. Die monatlichen laufenden Kosten für den ca. 150-200 Tauben umfassenden Schwarm am Hansaring übersteigen keine 200 Euro - dafür entfallen großangelegte und teure Reinigungsaktionen.

Wir haben unseren Verein gegründet, um auch endlich in unserer Domstadt dieses Konzept des Stadttaubenmanagements einzuführen. Die ehrenamtliche Betreuung und Reinigung des Schlages ist für uns daher selbstverständlich.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
16	**65**	**58**	**7**

Stellungnahme Verwaltung

Die Stadt steht grundsätzlich neuen, innovativen Initiativen zur Reduzierung des Taubenbestandes an bestimmten Brennpunktstadtorten offen gegenüber. Jedoch blickt die Stadt ebenfalls auf diverse vergebliche und kostenaufwendige Versuche in der Vergangenheit zurück.Bereits in den 80er Jahren wurde damit begonnen, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Diese ersten Anfänge stützten sich noch auf den Einsatz von chemischen Substanzen im Futter. Dieser Ansatz erwies sich als nicht erfolgreich und die Substanzen wurden wegen erheblicher Nebenwirkungen vom Markt genommen. Des Weiteren wurde dann in den späten 90er Jahren (98 /99) versucht, punktuell durch den Aufbau von zunächst 3 Taubenhäusern (z.B. am Ebertplatz) die Situation in den Griff zu bekommen. Der Kostenaufwand belief sich auf 99.000 DM. Auch dieser Versuch scheiterte und letztlich mussten die Häuser unter erneutem Kostenaufwand wegen fehlender Standsicherheit wieder abgebaut werden, ohne dass sie je ihren Zweck jemals erfüllt hatten.Erkenntnisse hieraus zeigen, dass das Aufstellen von Taubenhäusern per se keinen Erfolg bringt. Von immenser Bedeutung ist die richtige Standortwahl und die regelmäßige, verlässliche Betreuung. Zudem ist zu klären, ob es sich bei den beobachteten Schwärmen um Brut-, Fress-, Nist-, oder Platzschwärme handelt. Dort wo sich Tauben tagsüber aufhalten, brüten sie nicht zwangsläufig. Taubenhäuser sollten, wenn überhaupt, möglichst hoch (z.B. auf Dächern) aufgestellt werden. Die hierfür in Frage kommenden Grundstücke sind jedoch überwiegend in Privatbesitz. Nicht nur die Aufstellung sondern auch ein Betretungsrecht wäre hierbei vorab rechtlich mit dem Besitzer zu klären. Circa 80 Taubenvergrämungskonstruktionen wurden im Laufe der Jahre eingerichtet und wieder entfernt, da auch hier Nachteile auftraten, die den kurzfristigen Erfolg überwogen. Trotz dieser negativen Erfahrungen hat die Stadt vor einigen Monaten einem Verein signalisiert, einen erneuten Versuch zu unterstützen. Sollte dieses zunächst kleine Pilotprojekt (geplant ist es in Porz in Zusammenarbeit mit dem dortigen Bezirksbürgeramt) einen messbaren Erfolg zeigen, ist ein weitergreifender Einsatz durchaus denkbar.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Bürgerhaushalt 2015

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Priorisierung der Bezirksvertretung **12**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **12** Vorschlagsnummer 565

Vorschlag für Innenstadt Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Zülpicher Str. Umwidmung Autospur in Radweg

Die Zülpicher Str. ist im Bereich zwischen Dasselstr. und Ringen für Radfahrer aufgrund der Straßenbahnschienen nicht sicher zu befahren. Anders als im oberen Teil gibt es auch keine Alternativ-Strecken.

Ich schlage daher vor:

- In beide Richtungen die jeweils rechte Fahrspur in einen Radweg umzubauen und
- gleichzeitig den Bürgersteig zu verbreitern.

Die Spur ist meines Wissens nach 2,75 breit, man könnte einen 2 Meter breiten Radweg einrichtung und den Bürgersteig um 76 cm erweitern.

Diese Spur ist derzeit entweder zugeparkt oder dient als Rechtsabbieger. Der Umbau hätte also keine Auswirkungen auf den Verkehrsfluss.

Um die Versorgung der anliegenden Gastronomien sicher zu stellen, sollten in regelmäßigen Abständen einzelne Parkmöglichkeiten eingerichtet werden, die

- zur Gänze auf dem verbreiterten Bürgersteig liegen
- Ausschließlich für den Lieferverkehr zu nutzen sind, dies müsste entsprechend kontrolliert und durchgesetzt werden.

Die bestehenden Fahrrad-Ständer sind ebenfalls zu verlegen.

Mit dem Umbau würde erreicht:

- Mehr Sicherheit für den Radverkehr in diesem Abschnitt
- Mehr Platz für die Besucher der zahlreichen Gastro-Betriebe
- Besssere Anbindung Sülz an die Innenstadt für den Radverkehr
- Gesicherte Lieferanten-Parkplätze, die nicht Gefahr laufen, unabsichtlich die Straßenbahn zuzuparken

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
4	**63**	**57**	**6**

Stellungnahme Verwaltung

Derzeit lässt die Verwaltung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Radverkehrsverbänden und der Politik durch externe Büros ein Radverkehrskonzept für den Stadtbezirk Innenstadt erstellen, in dem die in den o. g. Vorschlägen genannten Punkte behandelt werden. Es hat bereits zwei öffentliche Abendveranstaltungen gegeben. Es wurden rund 1.000 Anregungen eingereicht und ausgewertet, in der letzten Sitzung wurde das Hauptnetz für den Radverkehr diskutiert. In der nächsten Abendveranstaltung, deren Termin noch bekannt gegeben wird, werden erste Maßnahmen diskutiert.Der aktuelle Stand des Radverkehrskonzeptes ist im Internet dargestellt: http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/verkehr/radfahren/radverkehrskonzept-innenstadt

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Bürgerhaushalt 2015

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Priorisierung der Bezirksvertretung **13**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **13** Vorschlagsnummer 120

Vorschlag für Innenstadt Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Masterplan Innenstadt: Fußgänger-/Radfahrerbrücke an der Bastei realisieren!

Im Masterplan Innenstadt ist eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke auf Höhe der Bastei längst vorgesehen. Mit ihrer Errichtung würde nicht nur die Erreichbarkeit des rechtsrheinischen Rheinparks von der dicht besiedelten nördlichen Innenstadt für Radfahrer und Fußgänger deutlich verbessert und die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner erhöht. Auch würde das auf dem ehemaligen KHD-Gelände im Mülheimer Süden geplante neue Veedel für Radfahrer attraktiv an die linksrheinische Innenstadt angebunden. Zuletzt würde eine der größten Lücken in der Radwegeverbindung aus den östlichen Stadtteilen in die Innenstadt geschlossen. Erfahrungen in Städten wie Amsterdam und Kopenhagen haben gezeigt, dass Investitionen in die Radverkehr-Infrastruktur die Bereitschaft signifikant erhöht hat, im Alltag auf das Fahrrad umzusteigen. Schon jetzt ist abzusehen, dass die durch das neue Veedel im Mülheimer Süden entstehenden Verkehre Zoo- und Deutzer Brücke zusätzlich belasten werden. Da eine Anbindung dieses Veedels an den ÖPNV nur schwer zu realisieren sein wird, könnte bei einer Entfernung von etwas mehr als 1.500 m zur linksrheinischen Innenstadt eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke eine hervorragende Alternative bieten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**66**	**58**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Der städtebauliche Masterplan Innenstadt Köln formuliert unter anderem für den Interventionsraum „Stadtraum Rhein“ das Ziel, dass sich zukünftig die Einzelmaßnahmen entlang des Rheins zu einem ganzheitlichen, planerischen und gestalterischen Konzept entwickeln müssen. Auf diesem Weg kann eine attraktive und abgestimmte Belebung der Mitte der Kölner Innenstadt als urbane Bühne erfolgen. Als zentrales Element einer künftigen gesamthaften Entwicklung des innerstädtischen Rheinraumes wurden vier Handlungsräume identifiziert:-Rheinbrücken-Tunnel-Rheinrundgänge-Hochpunkte.Für den Handlungsraum Rheinbrücken benennt der Masterplan eine Vielzahl von Projekten entlang des Rheins: Begonnen bei der Sanierung der bestehenden Brücken über die Entwicklung von Visionen für das rechtsrheinische Hafenareal und für den linksrheinischen Uferbereich bis hin zur Untersuchung von unterirdischen Verkehrsbauwerken. Langfristig soll dabei auch eine attraktive Fußwegverbindung über den Rhein, die sich unter anderem in räumlicher Verlängerung der Ringe anbietet, gesichert werden. Dieser Ansatz wird auch noch mal im Handlungsraum „Rheinrundgänge“ aufgegriffen.Die Realisierung solch einer Fuß- und Radwegbrücke vom Theodor-Heuss-Ring zum Rheinpark wurde bereits während der Erarbeitung des Masterplans von Albert Speer & Partner als mittel- bis langfristige Maßnahme eingestuft. 2014 fand eine erste Evaluierung der kurzfristigen Maßnahmen des Masterplans statt. Im Rahmen dessen wurde vom Stadtentwicklungsausschuss eine Priorisierung der kurzfristigen Maßnahmen beschlossen. Hierbei wurden insbesondere die bestehenden inhaltlichen Abhängigkeiten zwischen einzelnen Projekten beachtet und vorhandene finanzielle und personelle Ressourcen berücksichtigt. Der Umsetzungszeitraum für die Prioritätenliste streckt sich über die nächsten fünf Jahre. Auf diesem politischen Beschluss liegt zurzeit der Schwerpunkt bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen aus dem Masterplan, da hierfür auch größtenteils die Finanzierung gesichert ist. Für Maßnahmen aus dem folgenden mittel- bis langfristigen Maßnahmenpaket lassen sich noch keine belastbaren Aussagen treffen.Hierunter fällt auch die gewünschte Fußgänger- und Radfahrerbrücke. Sie ist weiterhin begrüßenswert jedoch wird sie mittelfristig aus den genannten Gründen nicht umsetzbar sein.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**14**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**14**	Vorschlagsnummer	331
Vorschlag für	Innenstadt	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Innenstadt-Ringe als Testgebiet für verbreiterte Radwege

Auf den Innenstadt-Ringen stehen in weiten Bereichen pro Richtung jeweils zwei Fahrspuren zur Verfügung, teils wird je eine Fahrspur als Parkstreifen genutzt. Um den zunehmenden Fahrradverkehr sicher zu steuern schlage ich die Nutzung der jeweils rechten Fahrspur auf den Ringen als Fahrradweg vor. Hierdurch können die Bürgersteige um den heutigen Fahrradweg verbreitert und die Außengastronomie entsprechend ausgebaut werden (Generierung von zusätzlichen Einnahmen für die Stadt). Zudem würde die teils gefährliche Nähe der Stühle/ Schirme der Außengastronomie an den Radwegen entschärft. Die breiten Radwege auf der jeweils rechten Fahrspur erhöhen zudem die Sicherheit der Fahrradfahrer, die dann besser von den Autofahrern gesehen werden. In anderen Städten (z.B. Kopenhagen) wurden mit breiten Fahrradspuren bereits sehr gute Erfahrungen gemacht. Ergänzend sollte durch bessere Beschilderung der heutige Autoverkehr auf den Ringen weiträumig auf alternative Nord-Süd-Straßen umgeleitet werden. Somit wird gezielt der Verkehr auf den Ringen reduziert und das Umfeld aufgewertet.

Vorteil:
- Aufwertung Außengastronomie (Höhere Steuereinnahmen)
- Erhöhung Sicherheit für Fahrradfahrer
- Verbesserung Umfeld durch reduzierten Verkehrslärm/ -abgase
- Testgebiet für weiteres Stadtgebiet

Nachteil:
- Zunächst erhöhter Aufwand für neue Beschilderung

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**66**	**58**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Derzeit lässt die Verwaltung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Radverkehrsverbänden und der Politik durch externe Büros ein Radverkehrskonzept für den Stadtbezirk Innenstadt erstellen, in dem die in den o. g. Vorschlägen genannten Punkte behandelt werden. Es hat bereits zwei öffentliche Abendveranstaltungen gegeben. Es wurden rund 1.000 Anregungen eingereicht und ausgewertet, in der letzten Sitzung wurde das Hauptnetz für den Radverkehr diskutiert. In der nächsten Abendveranstaltung, deren Termin noch bekannt gegeben wird, werden erste Maßnahmen diskutiert.Der aktuelle Stand des Radverkehrskonzeptes ist im Internet dargestellt: http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/verkehr/radfahren/radverkehrskonzept-innenstadt

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Priorisierung der Bezirksvertretung **15**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **15**

Vorschlagsnummer 489

Vorschlag für Innenstadt

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Wälle Innerhalb des Rings als durchgängige Fahrradstraße

Die Wallstraßen östlich der Ringe sollten zu einer durchgehenden Fahrradstraße umgestaltet werden.
Dieses Ziel sollte daher entsprechend im langfristigen Verkehrskonzept der Stadt aufgenommen werden und könnte dann bei anfallenden Erneuerungen und Sanierungen umgesetzt werden.
Ziel ist es, das Fahrrad auch bei längeren Strecken in der Innenstadt attraktiver zu machen und das Konfliktpotential zwischen Auto, Rad und Fußgängern auf den Ringen zu verminderen.
Größtenteils müssten nur Vorfahrtsregelungen geändert werden. Durch Änderung der Radwegweiser könnte der Radverkehr zudem besser über diese Strecke gelenkt werden, statt wie bisher über die Ringe.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**69**	**58**	**11**

Stellungnahme Verwaltung

Derzeit lässt die Verwaltung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Radverkehrsverbänden und der Politik durch externe Büros ein Radverkehrskonzept für den Stadtbezirk Innenstadt erstellen, in dem die in den o. g. Vorschlägen genannten Punkte behandelt werden. Es hat bereits zwei öffentliche Abendveranstaltungen gegeben. Es wurden rund 1.000 Anregungen eingereicht und ausgewertet, in der letzten Sitzung wurde das Hauptnetz für den Radverkehr diskutiert. In der nächsten Abendveranstaltung, deren Termin noch bekannt gegeben wird, werden erste Maßnahmen diskutiert.Der aktuelle Stand des Radverkehrskonzeptes ist im Internet dargestellt: http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/verkehr/radfahren/radverkehrskonzept-innenstadt

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt eine Priorisierung der Vorschläge in der Reihenfolge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung.

Bürgerhaushalt 2015

TOP-15 Liste
Bezirk Rodenkirchen

Bürgerhaushalt 2015

Vorschlag für **Rodenkirchen**

Priorisierung der Bezirksvertretung **1**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **1**

Vorschlagsnummer 48

Vorschlag für Rodenkirchen

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Zebrastreifen für die Grundschüler in der Cäsarstraße

Die Schüler, Eltern und Lehrerschaft der Grundschule in der Cäsarstraße in Bayenthal sehen dringenden Bedarf für die Einrichtung eines Zebrastreifens über die Schillerstraße. Das Amt für Straße und Verkehr hat den Bedarf bestätigt, aber bisher nichts unternommen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
11	**79**	**76**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Der Hinweis wird durch die Verwaltung sofort aufgenommen. Es muss jedoch eine Prüfung unter Berücksichtigung der Vorgaben aus der Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) erfolgen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie I(Umsetzung kurzfristig, d.h. in 2015)BV-Beschluss am 26.01.2015

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**12**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**2**	Vorschlagsnummer	469
Vorschlag für	Rodenkirchen	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Frisches Wasser für den Kalscheurer Weiher

Der Kalscheurer Weiher, ein Kleinod zur Erholung der Kölner Bürger. Seit über drei Jahren fehlen aufgrund eines Diebstahls zwei Solarzellen, die die Umwälzpumpe im Weiher betreiben sollen. Das funktioniert nur in beschränktem Ausmaß, da die Solarzellen fehlen. Dadurch ist die Wasserqualität des Weihers stark gefährdet. Außerdem besteht bei der Umwälzpumpe immer der Zustand, dass sie durch Schlamm und Pflanzen verstopft ist und nur unzulänglich arbeitet. Jedweder Verscuh des Vereins, die Pumpe wieder richtig in Gang zu bringen hat bisher versagt. Nach 2 Wochen war der wieder alles verstopft und nicht funktionstüchtig. Unser Vorschlag dies zu ändern ist folgender:
1. Ersatz der fehlenden Solarzellen bzw. Bau zusätzlicher Solarzellen
2. Bau einer Wasserfontäne/ Springbrunnens um mehr Sauerstoff dem Wasser zuführen zu können.
Man muss wissen, dass der See keinen natürlichen Wasserzufluss hat und demnach jedes Jahr stark mit Algen und Laichkraut zu kämpfen hat. Außerdem besteht am See selber keine Möglichkeit eine solche Anlage durch einen normalen Stromanschluss zu betreiben. Andere Seen in Köln, wie z. B. der See im Blücherpark verfügen über eine solche Wasserfontäne. Für den Verein "Unser Kalscheurer Weiher e.V." wäre es wichtig, auch um dem Ziel des Vereins nachkommen zu können, wenn der Sauerstoffgehalt des Sees auf diese Art und Weise verbessert werden könnte. Fische und Pflanzen und die Kölner Bürger würden profitieren.
Es wäre zu prüfen, ob die Leistung der Solarzellen ausreicht, einen solchen Springbrunnen bei entsprechender Sonneneinstrahlung zu aktivieren. Wenn nicht sollten zusätzliche Energiequellen (Solarzellen) für ein solches Vorhaben installiert werden. Die Grundanlage ist bereits vorhanden und brauchte dann nur ergänzt werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
6	**68**	**68**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Der Ausschuss Umwelt und Grün hat in seiner Sitzung am 17.02.2011 einstimmig die Konzeption zur Gewässersanierung beschlossen. Die Konzeption sah u.a. vor, auch die Speisung beim Kalscheurer Weiher von Trink-/ auf Grundwasser um zustellen. Aufgrund von erhöhten PFT - Gehalten (Perfluorierte Tenzide) in den Grundwasserhorizonten im Kölner Süden muss die Maßnahme auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden. Darüber hinaus wurde bereits in 2006 ein doppelter Gürtel aus technischen Feuchtgebieten vor die Insel gesetzt. Zudem wurde in 2008 eine Solarumwälzpumpe in der Mitte des Weihers installiert, die Wasser hinter die Gürtel zur Reinigung fördert. Fehlende Solarmodule sind selbstverständlich zu ersetzen. Eine Wasserfontäne war in der Konzeption nicht vorgesehen. Eine solche Installation mit Strombetrieb würde Kosten von über 100.000 EUR verursachen, da in unmittelbarer Nähe kein Stromanschluss vorhanden ist. Wie bei allen Kölner Weihern wird auch beim Kalscheurer Weiher jährlich der Fischbestand und die Wasserqualität überprüft.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie III(Umsetzung langfristig, d.h. ab 2018 bis 2020?)Vorschlag wurde geteilt! Siehe auch Priorisierung Rang 3, Kategorie I.Teil B: Weiherspeisung über Grundwasser

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**3**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**2**	Vorschlagsnummer	469
Vorschlag für	Rodenkirchen	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Frisches Wasser für den Kalscheurer Weiher

Der Kalscheurer Weiher, ein Kleinod zur Erholung der Kölner Bürger. Seit über drei Jahren fehlen aufgrund eines Diebstahls zwei Solarzellen, die die Umwälzpumpe im Weiher betreiben sollen. Das funktioniert nur in beschränktem Ausmaß, da die Solarzellen fehlen. Dadurch ist die Wasserqualität des Weihers stark gefährdet. Außerdem besteht bei der Umwälzpumpe immer der Zustand, dass sie durch Schlamm und Pflanzen verstopft ist und nur unzulänglich arbeitet. Jedweder Verscuh des Vereins, die Pumpe wieder richtig in Gang zu bringen hat bisher versagt. Nach 2 Wochen war der wieder alles verstopft und nicht funktionstüchtig. Unser Vorschlag dies zu ändern ist folgender:
1. Ersatz der fehlenden Solarzellen bzw. Bau zusätzlicher Solarzellen
2. Bau einer Wasserfontäne/ Springbrunnens um mehr Sauerstoff dem Wasser zuführen zu können.
Man muss wissen, dass der See keinen natürlichen Wasserzufluss hat und demnach jedes Jahr stark mit Algen und Laichkraut zu kämpfen hat. Außerdem besteht am See selber keine Möglichkeit eine solche Anlage durch einen normalen Stromanschluss zu betreiben. Andere Seen in Köln, wie z. B. der See im Blücherpark verfügen über eine solche Wasserfontäne. Für den Verein "Unser Kalscheurer Weiher e.V." wäre es wichtig, auch um dem Ziel des Vereins nachkommen zu können, wenn der Sauerstoffgehalt des Sees auf diese Art und Weise verbessert werden könnte. Fische und Pflanzen und die Kölner Bürger würden profitieren.
Es wäre zu prüfen, ob die Leistung der Solarzellen ausreicht, einen solchen Springbrunnen bei entsprechender Sonneneinstrahlung zu aktivieren. Wenn nicht sollten zusätzliche Energiequellen (Solarzellen) für ein solches Vorhaben installiert werden. Die Grundanlage ist bereits vorhanden und brauchte dann nur ergänzt werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
6	**68**	**68**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Der Ausschuss Umwelt und Grün hat in seiner Sitzung am 17.02.2011 einstimmig die Konzeption zur Gewässersanierung beschlossen. Die Konzeption sah u.a. vor, auch die Speisung beim Kalscheurer Weiher von Trink-/ auf Grundwasser um zustellen. Aufgrund von erhöhten PFT - Gehalten (Perfluorierte Tenzide) in den Grundwasserhorizonten im Kölner Süden muss die Maßnahme auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden. Darüber hinaus wurde bereits in 2006 ein doppelter Gürtel aus technischen Feuchtgebieten vor die Insel gesetzt. Zudem wurde in 2008 eine Solarumwälzpumpe in der Mitte des Weihers installiert, die Wasser hinter die Gürtel zur Reinigung fördert. Fehlende Solarmodule sind selbstverständlich zu ersetzen. Eine Wasserfontäne war in der Konzeption nicht vorgesehen. Eine solche Installation mit Strombetrieb würde Kosten von über 100.000 EUR verursachen, da in unmittelbarer Nähe kein Stromanschluss vorhanden ist. Wie bei allen Kölner Weihern wird auch beim Kalscheurer Weiher jährlich der Fischbestand und die Wasserqualität überprüft.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie I(Umsetzung kurzfristig, d.h. in 2015)Vorschlag wurde geteilt! Siehe auch Priorisierung Rang 12, Kategorie III.Teil A: Ersatz für fehlende Solarmodule

Priorisierung der Bezirksvertretung	**7**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**3**	Vorschlagsnummer	444
Vorschlag für	Rodenkirchen	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Street-Workout Park

Da es im Moment den Trend gibt seinen Körper zu tranieren und zu stärken, stellt sich die Frage welche Alternative zum Fitnessstudio es gibt. Denn dieses ist meistens überfüllt, verschwitzt und kostet viel Geld, oft mit Jahresverträgen aus denen man dann nicht mehr so schnell raus kommt.
Deswegen schlage ich der Stadt Köln vor im Vorgebirgspark eine alternative Trainingsmöglichkeit zur errichten. Bestehend aus Metallgerüsten wird jedem die Möglichkeit gegeben mit seinem eigenen Körpergewicht kostenlos, jeder Zeit und in der Natur zu tranieren.
So ein Park besteht aus verschieden Stangen und Gerüsten die jedem die Möglichkeit geben, diese mit etwas Kreativität für die verschiedensten Übungen zu benutzen um den ganzen Körper zu tranieren.
Diese "Street Workout Parks" gibt es schon in vielen anderen europäischen Städten aber auch in Deutschland werden es immer mehr. Die Sportart kommt aus Amerika und wird immer populärer, hat sogar Ihre eigenen Weltmeisterschaften.
Nur besteht ohne die Trangingsmöglichkeiten nicht die Möglichkeit diese zu praktizieren. Das der Bedarf nach einem solchen Park auf jeden Fall auch in Köln besteht, kann man am Beispiel des Hiroshima-Nagasaki Park am Aachenerweiher sehen, wo viele Anhänger des Sports die Stangen zum Training nutzen. Einen richtiger "Street Workout Park" ist also von den Bürgern Kölns aufjedenfall gefragt. Als kostenlose Alternative zum Fitnessstudio und als Mölichkeit eine neue Sportart zu praktizieren. Ich schlage also vor einen so einen Street-Workout Park im Vorgebirgspark zu bauen. Um sich eine Vorstellung zu machen wie so ein Park aussehen sollte:
http://img1.flowparks.com/System-Street-Workout,bhd,a,gaa.jpg

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
14	**67**	**64**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Der Vorschlag greift richtigerweise eine Entwicklung in der Sportlandschaft auf. Solche Bewegungsmöglichkeiten liegen im Trend. Dementsprechend sind bereits sechs Bewegungsparcours in Köln entstanden. Gemeinsam mit der Verwaltung und der Sporthochschule Köln finden Gespräche und Planungen statt, wie und an welchen Standorten ein öffentliches Sportangebot im Freiraum noch weiterentwickelt werden kann. In diese Gespräche und Überlegungen wird der Vorschlag einfließen. Pro Bewegungsparcours ist nach den bisherigen Erfahrungen mit Kosten von ca. 60.000 EUR zu rechnen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie II(Umsetzung mittelfristig, d.h. 2016 - 2017)zunächst nur kleine Pilotanlage

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**13**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**4**	Vorschlagsnummer	216
Vorschlag für	Rodenkirchen	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Verlängerung Linie 13

Die Linie 13 sollte unbedingt vom Sülzgürtel/Endhaltestelle bis Bonner Straße verlängert werden. Grund: Direkte Verbindung der Linie 13 zur Nord-Süd-Fahrt schaffen und dadurch bessere Verkehrsanbindung für Bürger aus den Stadtteilen Zollstock, Raderberg, Bayenthal, Marienburg.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
6	**71**	**64**	**7**

Stellungnahme Verwaltung

Die Verlängerung der Stadtbahnlinie 13 von der Haltestelle Sülzgürtel bis zur Bonner Straße und ggf. zum Rheinufer wird auch von der Stadtverwaltung und der KVB als eines von mehreren wichtigen Projekten zur Vervollständigung des Kölner Stadtbahnnetzes angesehen. Vor Eintritt in eine konkrete Planung sind aber noch inhaltliche Fragstellungen grundsätzlicher Art, wie beispielsweise die Art der Unterquerung des Güterbahnhofs Eifeltor sowie die Finanzierungsmöglichkeiten zu klären. Aufgrund anderer prioritärer Stadtbahnmaßnahmen und der noch zu prüfenden Finanzierungsmöglichkeiten ist jedoch erst mittel- bis langfristig mit einer Umsetzbarkeit zu rechnen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie III(Umsetzung langfristig, d.h. ab 2018 bis 2020?)Vorhaben von BV2-Seite fördern

Priorisierung der Bezirksvertretung **8**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **5** Vorschlagsnummer 31

Vorschlag für Rodenkirchen Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Seerosengarten Vorgebirgspark Köln

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Seerosenteich und die dazu gehörigen Ziergärten müssen unbedingt saniert werden. Dieser Park gehört zum Kulturerbe Kölns und wurde erbaut und geplant von Fritz Encke. Dieses Stück Park steht, wie der ganze Vorgebirgspark, unter Denkmalschutz!!! Er dümpelt so vor sich hin und wurde pflegetechnisch seit 1980 immer mehr vernachlässigt. Alle Springbrunnen sind über die Jahre verschwunden, was sehr schade und auch sehr langweilig ist. Über die Jahre sind so gut wie alle Rosenstöcke verschwunden, die gerade diesen wunderschönen Park zu dem machten, was er war. Das Becken bricht auseinander. Mauerwerk und Treppen brechen auseinander und verschieben sich. So richtig beliebt ist er eigentlich nur noch für Kiffer, Junkies und Hundebesitzer die nichts anderes zu tun haben, ihren Hund im Becken zu baden. Das hat dieser Park niemals verdient. Er hat es verdient gepflegt und erhalten zu werden!!! Auch gibt es hier ein großes Efeu Problem. Es wuchert alles zu, auch die noch vorhandenen und schönen Flieder Sträuche. Außerdem zerstört es das Mauerwerk. Dieses Stück Park hat unbedingt Pflege, Sanierung und ihre Aufmerksamkeit verdient, alleine deshalb, weil er wohl die letzten Jahre so ziemlich vergessen wurde. Durch mein arragement ist er mittlerweile wenigstens sauber, es sind endlich mehr Mülleimer dort und nun kommen auch noch Schilder ins/ans Becken, die zeigen, dass das Becken nicht betreten werden darf. Das habe ich geschafft. Aber es gibt noch sehr viel zu tun.

Somit stelle ich nun hiermit den Antrag für eine Sanierung,
des Seerosenteich Becken. Alleine diese Sanierung wird schon sehr kostenaufwenig sein. Das hätte man sich ersparen können, wäre die Stadt etwas pfleglicher mit diesem Erbe umgegeangen.

Somit hoffe ich sehr auf ihre Hilfe und verbleibe mit

freundlichen Grüßen
******** an dieser Stelle wurde von der Moderation der Name aus dem Beitrag entfernt.
(Patin Seerosengarten Vorgebirgspark Köln)

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
4	**51**	**46**	**5**

Stellungnahme Verwaltung

Der gesamte Vorgebirgspark ist als Gartendenkmal ausgewiesen. Der Pflegezustand kann als gut bezeichnet werden. Die architektonischen Gärten sind in einem ebenfalls guten Zustand und lassen die Grundstruktur der historischen Anlage gut erkennen. Lediglich das langgezogene Wasserbecken ist in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Dies liegt vor Allem auch an der Konstruktion der Abdichtung mit Folie und der Tatsache, dass im Winter das Wasser abgelassen wird und die Folie somit frei den Witterungseinflüssen ausgesetzt ist. Darüber hinaus ist die Randbefestigung erneuerungsbedürftig sowie auch die Abdeckplatten der Mauer. Die o.g. Schäden sind erfasst und die Kosten der Sanierung werden auf ca. 50.000 EUR geschätzt. Die Finanzierung ist noch nicht gesichert. Insofern kann auch noch kein Zeitrahmen der Maßnahme formuliert werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie II(Umsetzung mittelfristig, d.h. 2016 - 2017)

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **2**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **6**

Vorschlagsnummer 478

Vorschlag für Rodenkirchen

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Radwege dringend sanieren

Sanierung der Radwege im Bezirk, insbesondere Bonner Landstr., Brühler Str./Brühler Landstraße, Gürtel im Bereich Marienburg/Bayenthal, sowie Raderberg/Zollstock, aber auch Weißer Rheinbogen

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**36**	**35**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Die Radwege im Weißer Bogen und teilweise entlang des Gürtels befinden sich bereits im Radwegesanierungsprogramm und werden voraussichtlich in 2015 saniert. Die Brühler Landstraße (B 51) und die Bonner Landstraße (L 186) befinden sich zum größten Teil in der Baulast des Landesbetriebes Straßen NRW, die Anregung wird dorthin weitergeleitet.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie I(Umsetzung kurzfristig, d.h. in 2015)

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**4**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**7**	Vorschlagsnummer	301
Vorschlag für	Rodenkirchen	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Beleuchtung im Vorgebirgspark-Zollstock

Beleuchtung im Vorgebirgspark .
Zumindest von 18-22 h wäre das im Winter zur Sicherheit aller Jogger, Spaziergänger, Hundebesitzer, Fahrradfahrer notwendig.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**26**	**26**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Die Abschaltung der Beleuchtung im Vorgebirgspark kann nur über ein Signal gesteuert werden, das mit der Straßenbeleuchtung gekoppelt ist. Die Beleuchtung im Park erfolgt abends zeitgleich mit der Einschaltung der Straßenbeleuchtung, jedoch erlischt nach 15 Minuten die Beleuchtung im Park.Die Verlängerung der Beleuchtung ist technisch nicht möglich, da dieses Signal nicht flexibel geschaltet werden kann. Es wäre nur die ganznächtige Beleuchtung möglich, die mit der Straßenbeleuchtung abends eingeschaltet bzw. morgens abgeschaltet wird. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 3.000 EUR pro Jahr. Zusätzlich würden Kosten für die Wartung, die Instandsetzung und die Neuanschaffung entstehen. Die Einschaltung nur jeder zweiten Leuchte würde die Gesamtkosten halbieren.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie I(Umsetzung kurzfristig, d.h. in 2015)nur jede 2. oder 3. Leuchte

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**9**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**8**	Vorschlagsnummer	329
Vorschlag für	Rodenkirchen	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Radweg Schönhauser Strasse

Der Radweg Schönhauser Strasse wird saniert, bis zur Kreuzung mit der Bonner Strasse verlängert (hört unvermittelt 50 m vor der Kreuzung auf), verbreitert und für beide Fahrtrichtungen zugelassen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**23**	**23**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Es ist vorgesehen, den Radverkehr auf der Schönhauser Straße auf Dauer auf der Fahrbahn zu führen, die Benutzungspflicht der Radwege ist bereits aufgehoben worden. Ein Umbau der Schönhauser Straße ist im Zusammenhang mit dem 3. Bauabschnitt der Nord-Süd Stadtbahn vorgesehen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie II(Umsetzung mittelfristig, d.h. 2016 - 2017)auf Straße verlegen im Zug der N-S-Bahn

Priorisierung der Bezirksvertretung **10**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **9**

Vorschlagsnummer 162

Vorschlag für Rodenkirchen

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Radwegsanierung Schönhauser Straße

Der Radweg Schönhauser Str. zw. Gustav Heinemann Ufer und Bonner Straße ist eine Zumutung. Er benötigt dringend mindestens eine neue Oberfläche.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**29**	**25**	**4**

Stellungnahme Verwaltung

Es ist vorgesehen, den Radverkehr auf der Schönhauser Straße auf Dauer auf der Fahrbahn zu führen, die Benutzungspflicht der Radwege ist bereits aufgehoben worden. Ein Umbau der Schönhauser Straße ist im Zusammenhang mit dem 3. Bauabschnitt der Nord-Süd Stadtbahn bereits vorgesehen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie II(Umsetzung mittelfristig, d.h. 2016 - 2017)auf Straße verlegen im Zug der N-S-Bahn

Priorisierung der Bezirksvertretung	**14**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**10**	Vorschlagsnummer	461
Vorschlag für	Rodenkirchen	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Neuer P+R-Bahnhof Godorf Autobahn

Die an der Arnoldshöhe geplante P+R-Anlage ist deplatziert! Die A555 staut sich bis tief in den Süden. Daher ist es zwingend nötig, bereits in Godorf die Pendler abzuholen.
Allerdings ist die von der A555 führende L150 (Kerkrader Str.) ebenfalls überlastet. Besonders der Bereich am Hafen, also in der Kreuzung mit der L300 (Industriestraße), ist einem Kollaps nahe. (Zumindest in den betreffenden Spitzenzeiten.)

Daher soll vom Godorfer Bahnhof eine Stichstrecke (Abzweig) entlang der Kerkrader Str. bis zu einer P+R-Großfläche an der (östlichen) Ab/-Zufahrt von/zur A555 geführt werden – ähnlich vorstellbar, in etwa, wie der Anschluss der Linie 1 an den S-Bahnhof Weiden West. Aber mit kürzerer Autobahnanbindung als Weiden West!
Eine Überquerung der Industriestraße mittels Overfly/Überführung erscheint aufgrund der bereits bestehenden Dammlage der Bahnstrecke wenig aufwändig. Anschließend wird die Strecke (ggf. eingleisig) ebenerdig zwischen der Kerkrader Str. und den Gärten (Godorfer Hauptstr.) geführt. Hinter den Gärten wird das Ganze dann nördlich verschwenkt und (wieder zweigleisig) durch die bisherige Schneise zwischen den Baumreihen geführt (vgl. Satellitenbilder). Die Straße Am Domenhof wird ebenerdig gequert (mit LSA, nicht Schranke) und die Bahn endet dann schließlich an dem großen Feld zwischen Kerkrader und Meschenicher Str. Die Haltestelle wird in Nord-Süd-Richtung ausgerichtet, so dass westlich daran anschließend die P+R-Fläche liegt.
Die Zu- und Abfahrt MIV erfolgt an der Kreuzung mit der östlichen Autobahnschleife.

Ein Vorteil der neuen Stichstrecke (und deren Station) – neben der direkten Autobahnanbindung – wäre auch, dass der P+R-Platz an sich näher an der Haltestelle gelegen wäre, sprich der Fußweg vom Parkplatz, der der Haltestelle am nächsten gelegen ist, zur Haltestelle kürzer wäre (wie am S-Bahnhof Weiden West) – was derzeit in Godorf nicht der Fall ist.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**18**	**18**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Bei dem Vorschlag handelt es sich um eine Verlängerung/Abzweig der KVB-Linie 16 über den Bf. Godorf hinaus bis zur Autobahn-Anschlussstelle Godorf mit einer neuen Endhaltestelle „Godorf Autobahn“ mit einer P+R-Anlage.Die P+R-Anlage am Bf. Godorf hat bei einer Größe von 72 Stellplätzen aktuell mit ca. 30 parkenden Pkw eine Auslastung von ca. 40 %. Eine Verlagerung des P+R-Platzes um 750 m näher an den Autobahnanschluss Godorf (A555) lässt keine so große neue P+R-Potenziale erwarten, die die nicht unerheblichen Kosten für den Bau der Stadtbahnverlängerung und einer neuen P+R-Anlage rechtfertigen.

Aus wirtschaftlichen Gründen (Kosten/Nutzen-Faktor) lehnt die Verwaltung den Vorschlag ab.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie III(Umsetzung langfristig, d.h. ab 2018 bis 2020?)besser: Linie 17 verlängern bis Godorf

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **5**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **11**

Vorschlagsnummer 306

Vorschlag für Rodenkirchen

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Unterstand "Sürther Bahnhof"

Am Sürther Bahnhof fehlt ein Unterstand, um sich bei Wartenzeiten vom Wechsel von der Bahn zum Bus bei Regen unterzustellen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**18**	**18**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Am Bahnhof Sürth ist gemäß der beschlossenen Prioritätenliste die Aufstellung von vier Fahrgastunterständen für die Stadtbahnlinie 16 und von zwei Fahrgastunterständen an der Haltestelle des Busses geplant. Da zunächst in 2015 stadtweit die Fahrgastunterstände an den Stadtbahn-Stationen ausgetauscht werden, wird die Aufstellung zusätzlicher Fahrgastunterstände an den Bushaltestellen jedoch erst ab dem Jahr 2016 erfolgen können.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie I(Umsetzung kurzfristig, d.h. in 2015)aus 2016 vorziehen!

Priorisierung der Bezirksvertretung **11**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **12**

Vorschlagsnummer 371

Vorschlag für Rodenkirchen

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Haltestelle Am Eifeltor

Könnte man am Eifeltor Ecke Militärring nicht eine Haltestelle für die Busse 131 und 138 einrichten. So könnten viele auch ohne Auto den Grüngürtel am Kalscheurer Weiher erreichen. Wenden könnte der Bus am vorhandenen Parkplatz.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**15**	**15**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Grundsätzlich stellen sich die Möglichkeiten für die Einrichtung einer Haltestelle auf der Straße Am Eifeltor für die Linien 131 und 138 unterschiedlich dar, da die Linie 131 heute in diesem Bereich nicht verkehrt. Ungeachtet dessen ist im Bereich des Grüngürtels auch nur eine geringe Verkehrsnachfrage zu erwarten. So zeigt ein Vergleich mit der etwas südlich liegenden, seit Jahren bestehenden Haltestelle Wasserwerk, dass dort nur 5 bis 10 Fahrgäste täglich ein- bzw. aussteigen, obwohl die diese Haltestelle bedienende Linie 132 wesentlich häufiger verkehrt. Hinzukommt, dass die Linie 131 verlängert werden müsste und zu der vorhandenen dreiminütigen Schleifenfahrt (zur Anbindung des Friedhofs) ein weiterer Zeitverlust entstehen würde. Neben den Nachteilen für die durchfahrenden Fahrgäste würde dies auch zu einem nennenswert höheren Betriebsaufwand führen.Für die Linie 138 wäre die Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle zwar grundsätzlich realisierbar, aufgrund der auf das Güterverkehrszentrum ausgerichteten Betriebszeiten (die Linie verkehrt lediglich werktags inklusive samstags mit zwischenzeitlichen Betriebspausen) ist eine sinnvolle Nutzung für den Freizeitverkehr jedoch nahezu unmöglich. Vor diesem Hintergrund sollte von einer Umsetzung abgesehen werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie II(Umsetzung mittelfristig, d.h. 2016 - 2017)probeweise für die Linie 138

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**15**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**13**	Vorschlagsnummer	174
Vorschlag für	Rodenkirchen	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Kunstrasenplatz Meschenich vorziehen

Der Achsenplatz und das Clubheim des SC Meschenich wird nicht nur vom Verein mit 218 Jugendlichen, sondern ebenfalls von der Ketteler Grundschule für ihren Sportunterricht und die Bundesjugendspiel, den 5 Kindergärten und dem Verein Kidsmiling der Jugendlichen kostenlosen Sport anbietet genutzt. Leider soll der Aschenplatz erst frühstens ab 2017 zu einem Kunstrasenplatz umgebaut werden. Der Zustand des Platzes und des Clubheim ermöglichen leider keinen durchgänigen Sportbetrieb, bei Regen eine riesige Pfütze und bei Sonne eine Staubwolke die die ganze Umgebung einnimmt. Der zulauf wird immer größer durch die Bevölkerungspolitik, da muss einfach der Sportplatz duchgehend bespielbar sein oder wollen wir das die Kinder auf der Straße rumhängen und auf dumme Gedanken kommen? Hier muss sich jetzt bewegt werden und nicht erst 2017, wenn mann von der Planung bis zur fertigstellung von der Stadt Köln nochmal 2 Jahre einplant würde dieser erst 2019 realisiert.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
20	**20**	**17**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

In der Sitzung des Sportausschusses am 25.06.2013 wurde die Prioritätenliste zur Modernisierung und Sanierung Kölner Sportfreianlagen nach Vorberatung in den neun Stadtbezirken beschlossen. Darin ist die Einbringung des Planungsbeschlusses für die Sportanlage Zaunhofstr. (Meschenich) für das Jahr 2017 vorgesehen. Ein mögliches Abweichen von der getroffenen Prioritätenfestsetzung würde bedeuten, dass das komplizierte Abstimmungs- und Beschlussverfahren aller neun Stadtbezirke aufgerollt werden müsste. Wegen des damit verbundenen erheblichen Zeitaufwandes wird der Vorschlag nicht befürwortet.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie III(Umsetzung langfristig, d.h. ab 2018 bis 2020?)Plätze in geplanter Reihenfolge sanieren

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **6**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **14** Vorschlagsnummer 601

Vorschlag für Rodenkirchen Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Zebrastreifen Rheinuferstraße/Rodenkirchener Brücke

Ich möchte einen Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) vorschlagen für die Überquerung der Rheinuferstraße unterhalb der Rodenkirchener Brücke.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**16**	**15**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Bei einer entsprechenden politischen Beschlussfassung wird der Hinweis aufgenommen und eine Prüfung unter Berücksichtigung der Vorgaben aus der Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) erfolgen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie I(Umsetzung kurzfristig, d.h. in 2015)Prüfung umgehend einleiten!

Bürgervorschläge

Priorisierung der Bezirksvertretung **16**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **15** Vorschlagsnummer 462

Vorschlag für Rodenkirchen Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Weiterführende Schule im Dreieck Rondorf- Meschenich-Immendorf

Im Rahmen der aktuellen Schulplanungen ist keine weiterführende Schule für den Bereich Meschenich, Rondorf und Immendorf vorgesehen.

In diesen drei Stadtteilen verlassen jährlich ca. 200 Kinder die Grundschule, um auf eine weiterführende Schule zu gehen.

Der Schulweg zu einer öffentlichen Schule ist für alle Kinder sehr weit. Von Meschenich aus ist keine weiterführende Schule näher als 30 Minuten mit öffentlichen Verkehrsmitteln bei optimaler Anbindung entfernt.

Der gesamte Bereich ist Zuzugsgebiet. D.h. die Zahl der abgehenden Schüler steigt weiter.

Wir fordern den bau einer weiterführenden Schule im Bereich Rondorf-Meschenich-Immendorf.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	14	14	0

Stellungnahme Verwaltung

Bereits in den Jahren 1999 / 2000 wurde intensiv über eine weiterführende Schule (damals stand ein Gymnasium im Fokus) in Rondorf diskutiert. Die Verwaltung hat damals den Bedarf geprüft und sich aufgrund der erwarteten Schülerzahlenentwicklung gegen Rondorf als Standort für ein zusätzliches städtisches Gymnasium ausgesprochen.
Die Entwicklung der Schülerzahlen seither bestätigt die damalige Einschätzung in Bezug auf die Stadtteile Rondorf, Immendorf und Meschenisch. Auch die aktuellen Daten, die zur Einschätzung der möglichen künftigen Schülerzahlenentwicklung zu Grunde gelegt werden, rechtfertigen nicht, eine neue weiterführende Schule in Rondorf, Immendorf oder Meschenich zu planen.
Auch die der Bildungsverwaltung bekannten Wohnbauprojekte in Rondorf, Immendorf und Meschenich (rd. 200 Wohneinheiten, ohne Rondorf Nordwest) führen zu keiner anderen Beurteilung. Aufgrund der Schülerzahlen des Schuljahres 2013/14 (die amtlichen Schuldaten für 2014/15 liegen noch nicht vor) ergibt sich folgendes mögliches Szenario zum Übergang in die weiterführenden Schulen in den drei Stadtteilen bis 2023/24:

	Schuljahr 2013/14				mögliche Einschulungen in die Grundschule zum Schuljahr*:				
Grundschule in:	4. Sj	3. Sj	E2	E1	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19
Rondorf	**75**	**88**	**73**	**87**	89	82	89	70	75
Immendorf	**16**	**23**	**18**	**13**	19	18	23	20	18
Meschenich	**69**	**81**	**74**	**78**	82	93	96	83	77
	160	192	165	178	190	193	208	173	170

mögliche Übergange zum Schuljahr:

Ø Übergangsquote 2008-2013 der drei v.g. Grundschulen		2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2021/22	2022/23
Förderschule	0,60%	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Gesamtschule	21,00%	34	40	35	37	40	41	44	36	36
Gymnasium	41,50%	66	80	68	74	79	80	86	72	71
Hauptschule	10,50%	17	20	17	19	20	20	22	18	18
Realschule	26,50%	42	51	44	47	50	51	55	46	45
		160	192	165	178	190	193	208	173	170

*Basis Amtliche Einwohnerdaten 31.12.2013

Für die schulrechtliche Errichtung von weiterführenden Schulen ist es erforderlich, die festgelegte Mindestgröße zu erreichen. Diese liegt bei Gymnasien derzeit bei 3 Eingangsklassen mit 84 Schülerinnen und Schülern, bei Gesamtschulen bei 4 Eingangsklassen mit 100 Schülerinnen und Schülern, bei Sekundarschulen bei 3 Eingangsklassen mit 75 Schülerinnen und Schülern und bei Real- und Hauptschulen bei 2 Eingangsklassen mit 56 Schülerinnen und Schülern. Diese Schülerzahl muss bei der Errichtung für mindestens 5 Jahre nachgewiesen werden. Nachzulesen ist dies im Schulgesetz NRW § 82 Abs. 2.
Selbst wenn durch die bekannten Baugebiete durchschnittlich 10 Kinder je Einschulungsjahrgang zusätzlich berücksichtigt werden könnten, könnte die erforderliche Errichtungsgröße für keine Schulform nachgewiesen werden, wie die vorab dargestellte Modellrechnung zur möglichen Schülerzahlentwicklung zeigt.
Es ist leider auch in Großstädten wie Köln oft erforderlich, Schulwegezeiten von 30 Minuten und mehr in Kauf zu nehmen. Dies kann nicht zwingend als Missstand ausgelegt werden, auch wenn der Wunsch nach kürzen Wegezeiten durchaus verständlich ist.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Kategorie III(Umsetzung langfristig, d.h. ab 2018 bis 2020?)weiterhin Voraussetzungen regelm. prüfen

Bürgerhaushalt 2015

TOP-15 Liste
Bezirk Lindenthal

Bürgerhaushalt 2015

Vorschlag für **Lindenthal**

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **1**

Vorschlagsnummer 85

Vorschlag für Lindenthal

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Einbahnstraße für Radfahrer in Gegenrichtung freigeben

Die Straße "Unter Gottes Gnaden" in Widdersdorf ist zwischen "Am Heiligenhäuschen" und "Leonardsgasse" Einbahnstraße. Wenn dieses Stück von wenigen Metern für Radfahrer in Gegenrichtung befahren werden dürfte, fiele ein großer Umweg weg.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**50**	**42**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Die Öffnung der Einbahnstraße für den gegenläufigen Radverkehr wird demnächst umgesetzt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat keine Priorisierung für diesen Vorschlag vorgenommen.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**1**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**2**	Vorschlagsnummer	102
Vorschlag für	Lindenthal	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Widdersdorf besser mit Fahrradmarkierungen ausstatten

In denn letzten Jahren wurde in Widdersdorf schon einiges gemacht. Aber in Widdersdorf gilt flächendeckend Tempo 30. Man hat oft den Eindruck, die Autofahrerinnen und Autofahrer meinen, das sei die Mindestgeschwindigkeit. Wenn durch an mehren Stellen auf Straßen und Kreisverkehre weitere Markierungen aufgebracht werden kann die Situation verbessert werden.Wenn dadurch auch Autofahrer gelegentlich auf das Fahrrad umsteigen verbessert sich auch der Verkehrsfluss.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**38**	**35**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

In Tempo 30-Zonen sind keine Markierungen von Radverkehrsanlagen zulässig. Die Umsetzung des Vorschlags ist daher nicht möglich.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat die Rangfolge 1 für diesen Vorschlag festgelegt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**5**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**3**	Vorschlagsnummer	12
Vorschlag für	Lindenthal	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Müll im Beethovenpark

Die beliebte grüne Oase in Sülz braucht mehr Mülleimer. Im letzten Sommer sah man viel Müll auf den Wiesen und in den Ecken des Beethovenparks.

Keiner möchte Verpackungen von Grillgut, Kotbeutel der Hunde oder ähnliches ewig lang zur nächsten Tonne bringen.
Dies würde vielleicht auch die Hundebesitzer motivieren, endlich den Kot ihrer Hunde aufzusammeln.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
5	**41**	**33**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Seit der Bürgereingabe hat sich im Beethovenpark viel verändert. Inzwischen ist die Ausstattung mit Papierkörben dort hervorragend. Es stehen insgesamt 18 Papierkörbe, wovon 2 mit Hundekottütenspendern versehen sind. Hier wird zurzeit kein weiterer Bedarf gesehen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat die Rangfolge 5 für diesen Vorschlag festgelegt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**4**	Vorschlagsnummer	104
Vorschlag für	Lindenthal	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

In Widdersdorf beide Ampeln durch Kreisverkehre ersetzen

Ich habe 2 Grundschüler die täglich beide Ampeln kreuzten. Mein Vorschlag ist das durch neue Kreisverkehre und mehrere Fußgängerinseln die so gestaltet sind das die Geschwindigkeit deutlich senken, und so denn Durchgangsverkehr etwas zu zurückdrängen. Gerade morgens herrscht ein starker Autoverker an den Schulen, so das die Polizei einschreiten muss. unsere Fußgänger, besonders Schulkinder und ältere Menschen, hätten ein sichereres Leben. Zumal der Unterhalt zweier Ampel mehrere tausend Euro pro Jahr kostet und wir das alles bezahlen müssen mit unseren Steuern.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**33**	**29**	**4**

Stellungnahme Verwaltung

Der Ersatz der Lichtsignalanlagen in Widdersdorf durch alternative Betriebsformen wurde geprüft. Entsprechend den Ergebnissen wurde die Demontage der Lichtsignalanlage Hauptstraße / Leohnardsgasse von der Bezirksvertretung Lindenthal beschlossen. Anstatt der Lichtsignalanlage soll der Bereich durch die Einrichtung von Mittelinseln und Fußüberwege mit Zebrastreifen umgestaltet werden. Zurzeit wird hierfür die notwendige Auftragsplanung erstellt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat keine Priorisierung für diesen Vorschlag vorgenommen.

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **5**

Vorschlagsnummer 57

Vorschlag für Lindenthal

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Brücke Widdersdorf / Vogelsang

Radfahrer / Fußgänger können von Widdersdorf eine sehr schnelle und schöne Strecke Stadt einwärts auf dem Weg "Auf der Aspel"bis zum Militärring benutzen, Aber am Militärring ist erst mal Schluss dort befindet sich nur eine Ampel welche auch oft bei Rot gequert wird.
mein Vorschlag ist eine Neue Brücke zu erstellen wie sie mehrmals am Mili steht. in Bocklemünd ist vor Jahren eine Brücke demontiert worden, die nicht ersetzt wurde.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**34**	**29**	**5**

Stellungnahme Verwaltung

In Verlängerung der Straße „Auf der Aspel“ erreicht man den Carl-von-Linne-Weg. Dieser endet stumpf vor dem Militärring, da hier in den vergangenen Jahren eine Einmündung zurückgebaut wurde. Mittels der vorhandenen Lichtsignalanlage kann der Militärring sicher und ebenerdig gequert werden. Auf der anderen Seite folgt in geringem Abstand ein mit Schrankenanlage gesicherter Bahnübergang, danach erreicht man die Vogelsanger Straße. In Köln wird teilweise über den Rückbau von „alten“ Brücken diskutiert, wenn in der Da dieser hier vorhanden ist, wird derzeit keine Notwendigkeit für einen teuren Neubau einer Brücke an dieser Stelle gesehen. Zudem müsste eine neue Brücke barrierefrei ausgeführt werden und sollte dann sinnvollerweise sowohl die Straße als auch die Bahntrasse überspannen. Hierdurch würden sich sehr lange Rampen mit großem Eingriff in das umliegende Grün ergeben. Aus Sicht der Verwaltung sollte daher auf einen Brückenneubau verzichtet werden

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat keine Priorisierung für diesen Vorschlag vorgenommen.

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **6**

Vorschlagsnummer 381

Vorschlag für Lindenthal

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Straßenbahnanbindung nach (Neu-)Widdersdorf

Die Line 3/4 sollte um 2,5km von Böcklemünd nach (Neu-)Widdersdorf verlängert werden.
Die Kaufkraft der neuen Bewohner des angeblich größten Neubaugebiets Europas kann so besser der Kölner Innenstadt zu Gute kommen. Ansonsten gehen die Einnahmen zu Gusten von Online-Shopping veloren. Ansonsten besteht auch die Gefahr, dass die Kaufkraft nach Pulheim oder Frechen verloren geht, weil die beiden Städt besser bzw. schneller mit dem Auto zu erreichen sind als die Kölner Innenstadt.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**26**	**25**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Widdersdorf-Süd ist ein typisches Beispiel für eine Siedlungserweiterung zwischen den bestehenden Achsen des schienengebundenen Nahverkehrs. Im Jahre 2001 hat der Stadtentwicklungsausschuss daher beschlossen, bei der Entwicklung dieses Baugebietes sowohl eine Trasse von der Linie 1 aus Weiden, wie auch von der Linie 4 aus Bocklemünd kommend freizuhalten.Bei beiden Trassenvarianten muss jedoch eine Bahnlinie unterquert werden; auch deshalb erfordert eine direkte Anbindung an das Stadtbahnnetz sehr hohe Investitionen, die auch unter Einbeziehung der aktuell ausgeschöpften Landesfördermittel erst mittel- bis langfristig realisierbar sind.Folglich ist dieser Siedlungsbereich zunächst über zusätzliche bzw. erweiterte Buslinien an die nächstgelegenen Haltepunkte des Schienenverkehrs angebunden. Bereits 2009 wurde die Buslinie 149 eingerichtet. Die Fahrzeit von Widdersdorf „in die Stadt“ beträgt nur rund 30 Minuten (bis Dom/Hbf. mit Umstieg in die S12 bzw. S13 am Bf Lövenich; bis Neumarkt mit Umstieg in die Linie 3 oder 4 in Bocklemünd). Hierdurch ergibt sich bezogen auf die periphere Lage des Stadtteils ein durchaus attraktives Angebot, dass im Gegensatz zu einer Stadtbahnanbindung mit geringen Anfangsinvestitionen realisiert werden konnte.Weiterhin ist Widdersdorf durch die Buslinien 145 und 962 erschlossen. Fahrplantakt und Linienführung orientieren sich an der Nachfrage und werden im Rahmen turnusmäßiger Überprüfungen der städtischen Bus-Teilnetze gegebenenfalls angepasst.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat keine Priorisierung für diesen Vorschlag vorgenommen.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**7**	Vorschlagsnummer	137
Vorschlag für	Lindenthal	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Fahrradschutzstreifen Industriegebiet Lövenich

Die Kölner Straße im Industriegebiet ist durch Schwerlastverkehr stark frequentiert. Viele Anwohner nutzen das Fahrrad um bei den dort ansässigen Discountern einzukaufen. Zwischen Vinzenzallee und Egelspfad ist der Fahrbahnrand teils unbefestigt. Es kommt hier zu Gefahrensituationen, die durch Anlegen eines Radweges oder Fahrradschutzstreifens verhindert werden könnten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**24**	**24**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Nach einer Erstprüfung ist eine durchgängige Radverkehrsanlage auf Grund der zu geringen Straßenbreiten nicht möglich. Die Planung für Verbesserungen insgesamt ist aber in das Arbeitsprogramm aufgenommen worden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat keine Priorisierung für diesen Vorschlag vorgenommen.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**8**	Vorschlagsnummer	52
Vorschlag für	Lindenthal	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Zebra-Streifen an der Querungshilfe Maarweg

Der Maarweg ist vor allem zu den Berufsverkehrszeiten sehr stark befahren. Eine Querungshilfe befindet sich bereits auf der Höhe Maarweg Nr. 21, hilft aber wenig, wenn niemand anhält. Zur Verbesserung der Sicherheit für Kinder und zur Vereinfachung für ältere Mitbürger schlage ich vor, dort zusätzlich einen Zebrastreifen einzurichten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**28**	**25**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Bei Beschlussfassung wird der Hinweis aufgenommen und eine Prüfung unter Berücksichtigung der Vorgaben aus der Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) erfolgen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat keine Priorisierung für diesen Vorschlag vorgenommen.

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **9**

Vorschlagsnummer 76

Vorschlag für Lindenthal

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Ampeln auf Berrenrather Strasse optimieren

Die beiden vor Schulen stehenden Ampeln auf der Berrenrather Strasse (Manderscheider Schule und Katholische Grundschule) reagieren auf Anforderung nur nach einer, insbesondere für Grundschüler, unverhältnismäßig langen Wartezeit.

Wir schlagen vor, die Ampelschaltungen zu optimieren und die Ampeln mit Anzeigen auszustatten, die die verbleibende Wartezeit zurück zählen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**24**	**23**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Die Berrenrather Straße soll in naher Zukunft baulich umgestaltet werden. Mit diesen Umbaumaßnahmen müssen die dortigen Lichtsignalanlagen den neuen Situationen angepasst werden. Mögliche Optimierungen werden dabei ebenfalls umgesetzt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat keine Priorisierung für diesen Vorschlag vorgenommen.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**10**	Vorschlagsnummer	212
Vorschlag für	Lindenthal	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Gesamtschule Kölner Westen

Überall in der Stadt entstehen neue Gesamtschulen. Nur der Kölner Westen ist unterversorgt.

Kindern die keine Empfehlung für das Gymnasium bekommen, habe es schwer eine alternative Schulform zu finden.

Mein Vorschlag ist daher, die Errichtung einer Gesamtschule auf dem Gelände des Schulzentrums in Weiden. Ausbaufläche ist dort vorhanden. Es könnte das Gymnasium neben der Gesamtschule bestehen bleiben und so später ein breiteres Angebot in der Oberstufe anbieten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**24**	**23**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Es trifft zu, dass im Stadtbezirk Lindenthal keine Gesamtschule besteht. Die Verwaltung sieht bereits seit einiger Zeit den Bedarf für diese Schulform und beabsichtigt daher auf einem Grundstück in zentraler Lage im Stadtbezirk Lindenthal mittelfristig eine Gesamtschule zu errichten.Der in dem Vorschlag genannte Standort Schulzentrum Ostlandstraße kommt dafür aus mehreren Gründen nicht infrage. Der Rat der Stadt Köln hat am 16.12.2014 die Auflösung der Martin-Luther-King-Schule, Hauptschule Ostlandstraße, zum 31.07.2016 beschlossen. Die frei werdenden Unterrichtsräume werden dem Georg-Büchner-Gymnasium zugeschlagen. Das Gymnasium soll dann auf 7 Züge Sekundarstufe I und 10 Züge Sekundarstufe II ausgeweitet werden, um zur Bedarfsdeckung für die westlichen Stadtteile des Stadtbezirk Lindenthal beizutragen. Somit werden im Schulzentrum Ostlandstraße keine Raumressourcen für eine andere Schule zur Verfügung stehen.Die Mindestgröße für eine Gesamtschule ist durch das Schulgesetz auf 4 Züge in der Sekundarstufe I und 2 Züge in der Sekundarstufe II festgelegt. Aus pädagogischen Gründen erachtet die Verwaltung eine ebenfalls 4-zügige Sekundarstufe II für sinnvoll, eine solche Schule würde im Endausbau 36 Klassen mit rund 770 Schülerinnen und Schülern umfassen. Für ein neu zu errichtendes Schulgebäude, die erforderliche Schulhoffläche und die Nebenflächen steht auf dem Schulgrundstück Ostlandstraße nicht mehr ausreichend Fläche zur Verfügung. Die Verwaltung empfiehlt daher dem Vorschlag nicht zu entsprechen. Auf die einführende Erläuterung wird verwiesen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat keine Priorisierung für diesen Vorschlag vorgenommen.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**2**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**11**	Vorschlagsnummer	36
Vorschlag für	Lindenthal	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Radweg durch Lövenich

Die Ortsdurchfahrt Lövenich ist für Radfahrer
äusserst gefährlich.Kinder Mütter Senioren meiden deshalb deshalb die Nutzung eines Fahrades .Die Anbindung an den Radweg aus Widdersdorf und weiterführung bis zum Rheincenter schlage ich vor.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**24**	**22**	**2**

Stellungnahme Verwaltung

Die Ortsdurchfahrt Lövenich lässt auf Grund ihrer beengten Querschnitte keine einfache Lösung ohne erhebliche Eingriffe vor allem in das heute praktizierte Parkverhalten und in die Straßenraumaufteilung zu. Eine Umgestaltung kann nur in einem Gesamtkonzept betrachtet werden. Die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für Lövenich ist kurzfristig nicht vorgesehen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat die Rangfolge 2 für diesen Vorschlag festgelegt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **3**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **12**

Vorschlagsnummer 46

Vorschlag für Lindenthal

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Radweg Widdersdorf - Lövenich

Autofahrer, die aus dem Curt-Stenvert-Bogen auf die Widdersdorfer Landstr. abbiegen, übersehen immer wieder kreuzende Radfahrer. Vorschlag: rote Markierung des Radwegs auf der Straße.
Wäre auch für den Kreisverkehr Lise-Meitner-Ring/ Widdersdorfer Landstr. sinnnvoll anstelle der bisherigen Vorfahrt-achten Regelung für Radfahrer. (s. Vorschlag 44)

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**22**	**21**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Es ist vorgesehen, die genannte Einmündung zu einem Kreisverkehr umzubauen. Der Kreisverkehr Lise-Meitner-Ring befindet sich außerorts in der Baulast des Landesbetriebes Straßen NRW. Außerorts ist die Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn nicht zulässig. Die Markierung des Radwegs auf der Straße ist daher nicht möglich.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat die Rangfolge 3 für diesen Vorschlag festgelegt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**13**	Vorschlagsnummer	417
Vorschlag für	Lindenthal	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Radwege-Führung am Wiso-Gebäude verbessern

Viele Studenten fahren mit dem Rad zur Uni. Das ist gut und auch erwünscht, da es den Verker entlastet. Damit der Weg möglichst einfach ist, muss die Kreuzung Bachemer Straße / Universitätsstraße an beide Richtungen frei sein und der Radweg zum Wiso-Gebäude hin so gestaltet sein, dass die Radfahrer nicht absteigen und 20 Meter schieben müssen. Es braucht also eine neue Verkehrsführung um das WiSo-Gebäude, sodass Fahrradfahrer und Fußgänger sich nicht gegenseitig behindern und die Polizei nicht unnötig Radfahrer wegen 20 Metern Fahrt auf der falschen Straßenseite abzocken kann

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**20**	**20**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Diese Radverkehrsführung soll bereits im "Masterplan Uni" berücksichtigt werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat keine Priorisierung für diesen Vorschlag vorgenommen.

Priorisierung der Bezirksvertretung **4**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **14**

Vorschlagsnummer 181

Vorschlag für Lindenthal

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Fuss-/Fahrradwegbeleuchtung Bachemerstr.

Der Fahrrad- bzw. Fussweg an der Südseite der Bachemerstr. zwischen Universitätsstr und dem Bahndamm sollte beleuchtet werden; evtl. einfach durch einen zweiten Leuchtkörper an den vorhandenen Strassenlaternenmasten

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**21**	**20**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

An der Bachemer Straße befinden sich Peitschenmaste, die sich nach Auskunft der RheinEnergie AG nicht doppelt bestücken lassen. Selbst wenn ein Austausch dieser Peitschenmaste gegen Normmaste erfolgen würde - die sich doppelt bestücken lassen - würden die vorgegebenen DIN-Werte für Fahrradwege nicht ausreichen. Dazu müsste der gewünschte, südlich der Bachemer Straße verlaufende Fahrradweg mit einer separaten Beleuchtung ausgerüstet werden. Hier wären neun Leuchtenmaste notwendig, die mit zusätzlicher Netzkabelverlegung Kosten in Höhe von ca. 50.850 EUR verursachen würden. Ein beleuchteter Fahrradweg verläuft nördlich der Bachemer Straße und stellt einen zumutbaren Umweg (ca. 55 Meter) dar. Die Notwendigkeit, den südlich verlaufenden Fahrradweg mit Beleuchtungsanlagen auszustatten, wird von der Verwaltung daher nicht gesehen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat die Rangfolge 4 für diesen Vorschlag festgelegt.

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **15**

Vorschlagsnummer 418

Vorschlag für Lindenthal

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Öffnung des Stadion-Freibades im Sommer

Ich plädiere für die Wiedereinrichtung einer richtigen Freibadsaison anstelle der im letzten Sommer betriebenen häufigen Schließung des Freibades. Im Sommer 2014 wurde die sog. "Freibad-Ampel" eingerichtet, was bedeutete, dass ein Freibad-Besuch kaum mehr planbar war. Begründung: Personalmangel. Selbst bei warmem, sonnigen Wetter passierte es oft, dass das Freibad geschlossen hatte. Dies konnte man frühestens am Vortag im Internet sehen. Das Stadion-Bad wurde vor wenigen Jahren sehr schön und aufwendig saniert und ist mit seinem 50 m-Becken in Köln konkurrenzlos. Es sollte - wie früher - während der Sommermonate immer geöffnet sein (Ausnahme: Gewitter). Auch andere Städte, wie z.B. Leverkusen, müssen mit ihrem Geld haushalten, sparen aber nicht ausgerechnet beim Sport-/Gesundheitsangebot.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**21**	**20**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Das Konzept der bedarfsorientierten Öffnungszeiten soll beibehalten werden vor dem Hintergrund, dass der Betrieb eines großen Freibades für unter 100 Gäste dauerhaft nicht rentabel ist. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung ergibt zudem, dass die Vorhaltung des kompletten Freibadeangebots für die komplette Dauer einer Freibadesaison von Mai bis Oktober – unabhängig vom Wetter – von morgens bis abends nicht finanzierbar und somit nicht darstellbar ist. Die KoelnBäder werden auch 2015 das erfolgreich gestartete flexible Freibadkonzept fortsetzen, das die witterungsabhängige und bedarfsorientierte Bereitstellung der Freibadeangebote ermöglicht. Hier hat sich die Freibadeampel als gutes Steuerungstool bewährt. Es werden auch in Zukunft an schönen Sommertagen immer Freibäder in Köln bereitstehen, aber möglicherweise nicht alle gleichzeitig.Hier sind die KoelnBäder aktuell auch witterungsunabhängiger als früher: Die Generalmodernisierung und der Umbau der Bäderlandschaft führt dazu, dass ganzjährig ein an die Freibäder angrenzendes Schwimmangebot in der Halle zur Verfügung steht (Kombibäder).

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Lindenthal hat keine Priorisierung für diesen Vorschlag vorgenommen.

Bürgerhaushalt 2015

TOP-15 Liste
Bezirk Ehrenfeld

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**1**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**1**	Vorschlagsnummer	253
Vorschlag für	Ehrenfeld	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Modernisierung des Montessori-Gymnasiums für den Ganztag

Wir möchten auf den heruntergekommenen Eindruck des Montessori-Gymnasiums hinweisen: Während die Fassade und die Toiletten in den letzten Jahren bereits saniert wurden, benötigt das Gebäude dringend eine Innensanierung: Nach über 40 Jahren Schulbetrieb ist das Gebäude in die Jahre gekommen und muss dringend saniert werden. Bereits beim Bürgerhaushalt 2010 haben Eltern die dringende Sanierung des Gebäudes gefordert und der Vorschlag hatte eine Mehrheit gefunden. Schon 2010 hat die Verwaltung in ihrer Stellungnahme die Absicht einer Generalsanierung angekündigt, aber bislang noch nicht umgesetzt, dazu „Aufgrund des bekanntermaßen schlechten baulichen Zustands der Schulanlage ist mittelfristig eine Generalinstandsetzung beabsichtigt."

Das Montessori-Gymnasium benötigt:

-Modernisierung der Böden, Wände und Innentüren in den Fluren, Klassen- und Fachräumen.
-Die Flure, Klassenräume und Geländer müssen neu gestrichen werden.
-Modernisierung und Anstrich (innen und außen) der Turnhalle.
-Lärmhemmende Maßnahmen im Gebäude.
-Eine moderne technische Ausstattung der Fach- und Klassenräume mit Beamern und Whiteboards.
-Wir benötigen wegen der ständigen Einbrüche eine neue Schließanlage.
-Eine moderne technische Ausstattung unseres Atrium für Theater- und andere Schulveranstaltungen
-Eine neue Gestaltung des Schulhofes z.B. mit der Erneuerung Kletterwand und anderen Spielgeräten.

Das Montessori-Gymnasium ist seit dem Jahr 2009 ein Ganztagsgymnasium. Wenn Schüler nicht nur in der Schule unterrichtet werden, sondern einen erheblichen Teil ihrer Freizeit in der Schule verbringen, so müssen Räume zur Verfügung gestehen, die entsprechend ausgestattet sind. Zurzeit stehen nur zwei umgewidmete Klassenräume für insgesamt 17 (!!!) Klassen als Aufenthaltsraum zur Verfügung. Die gesamte Oberstufe hat keinen Aufenthaltsraum, obwohl sich einige Schüler von 1. bis zur 11. Stunde im Gebäude aufhalten. Dabei kommt es nicht nur darauf an die entsprechenden Räume zu erhalten, sie sollen auch modernisiert, entsprechend eingerichtet und einladend sein.
Für den Ganztagsbetrieb fehlen seit Jahren:

-Ein Aufenthaltsbereich für die Schüler der Ober- und Mittelstufe.
-Entsprechende ausgestattete Räume für Theater-, Zirkus- oder andere Kreativ-Arbeitsgemeinschaften.
-Gruppenarbeitsräume für Lerngruppen.
-Ein Sprechzimmer für Eltern- und Schülergespräche.
-Ein Arbeits- und Ruheraum für unsere Lehrer.

Wir bitten Sie um Unterstützung dieses Vorschlags, damit Kinder und Jugendliche in einer gepflegten und für den Ganztag umgebauten Schule unterrichtet werden können.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
27	**1796**	**1776**	**20**

Stellungnahme Verwaltung

Die Verwaltung hat in den vergangenen Jahren in das Gebäude viel investiert, so wurde die energetische Sanierung, die Fassadensanierung und die Sanierung der Toiletten durchgeführt. Im Rahmen notwendiger Innensanierungen und Erneuerungsarbeiten werden auch in Teilbereichen weitere Modernisierungen durchgeführt. In Teilbereichen erfolgen auch Anstriche und die Erneuerung der Böden. Dies wird bei Bedarf

und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiter fortgesetzt. Nach Auszug der Hauptschule werden weitere Maßnahmen durchgeführt, die die räumliche Situation auch verbessern. Hier werden dann Unterrichtsräume, Fachräume und Ganztagsbereich in ausreichendem Masse zur Verfügung stehen. Zur Entlastung der aktuellen Situation stehen auf dem Grundstück zusätzliche Container bereit. Des Weiteren besteht die Möglichkeit Raumkapazitäten auf dem Gelände der Borsigstrasse zu nutzen. Weiterer Bedarf wird Seitens der Verwaltung nicht gesehen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**2**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**2**	Vorschlagsnummer	64
Vorschlag für	Ehrenfeld	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

innerSKATE – ein Skatepark für Ehrenfeld

Mehr Raum für Kinder und Jugendliche

Eine an der Inneren Kanalstraße liegende, derzeit ungenutze asphaltierte Fläche möchten wir mit einfachen Mitteln neu gestalten als Skatepark für Ehrenfelder Kinder und Jugendliche. BMXer, Inlineskater, Scooter (Roller) und weitere "Rollsportler" wären natürlich auch willkommen.
In unserem Bezirk Ehrenfeld leben viele Kinder und Jugendliche, öffentliche Freiflächen zum Skateboarden gibt es bisher nicht.
Das kleine Areal an der Inneren Kanalstraße (gegenüber dem Fernsehturm, zwischen Fußballplatz und Tennisplätzen) könnte mit einer neuen Teerdecke, einer Handvoll aufeinander abgestimmter Skategeräte und Sitztreppen am Rand der erste Skatepark in Ehrenfeld werden.
Die Fläche vereint verschiedene Vorzüge: Sie ist ungenutzt, sie ist bereits asphaltiert und erschlossen, vor allem sind Wohnhäuser so weit entfernt, dass keine Lärmbelästigung für Anwohner zu befürchten ist (im Zweifelsfall ist die Innere Kanalstraße lauter).
Städteplanerisch betrachtet ist die Nutzung als Skatepark zwischen Tennis- und Fußballplatz ebenfalls gut vertretbar und würde diesen derzeit vernachlässigten Bereich stark aufwerten.
Nahe gelegene, einfach erreichbare Entfaltungsmöglichkeiten sind wichtig für unsere Kinder. Skateparks sind Sportstätte, Spielplatz und Treffpunkt zugleich.
Diese Fläche an der Inneren Kanalstraße ist ein tolle Gelegenheit für die Stadt und uns Ehrenfelder, mit einfachen Maßnahmen einen wertvollen Ort entstehen zu lassen.
Die Finanzierung könnte in Zusammenarbeit zwischen Stadt Köln, Privatpersonen, Vereinen und Sponsoren erfolgen, dieses Modell war an verschiedenen Stellen in Köln schon erfolgreich.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
20	**251**	**239**	**12**

Stellungnahme Verwaltung

Der eingereichte Vorschlag bezieht sich auf eine in direkter Nachbarschaft zur Bezirkssportanlage Prälat-Ludwig-Wolker (Everhardstraße) gelegenen Fläche. Die auf dieser Sportanlage vorhandenen Tennenplätze sollen in Kunstrasenplätze umgewandelt werden. In diesem Zusammenhang muss auch die notwendige räumliche Infrastruktur (z. B. Toilettenanlagen) geschaffen werden. Hierfür ist die in dem Vorschlag benannte Fläche vorgesehen. Durch die Verwaltung wird eine Umsetzung des Vorschlags (an der benannten Stelle) daher nicht befürwortet.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**3**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**3**	Vorschlagsnummer	552
Vorschlag für	Ehrenfeld	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Lärmsanierung für Neuehrenfeld an der A57/K4 für Anwohner, Schüler und Betroffene

Thematik:
Im Zuge der Neubebauung des Grundstücks für eine neue Kita und Grundschule an der Nußbaumerstr/Ottostr. wurden 2012 sämtliche Bäume entlang der A57/K4 Im Bereich von Wöhlerstr bis Ottostraße gefällt.

Stehen blieb eine alte 2m hohe Beton-Mauer, die vor täglich 97000 PKW und LKWs eine Abgrenzung schaffen soll.
Dies ist unter Emissions- und Lärmschutzaspekten für Anwohner und Eltern der schulpflichtigen Kinder zu wenig.

Ziel:
Eine Aufwertung der Wohnsituation - und der vorhandenen Bildungsstätten (Gymnasium, Grundschule und Kindergarten) wäre durch eine auf 4-5 m hohe Schallschutzwand mit einem ausgearbeiteten Bepflanzungskonzept (Stichwort: vertikale Gärten) ein deutliches Plus für Neuehrenfeld und insbesondere an diesem Standort an der Autobahn.

Hintergrund:
Ca 13 Millionen hat die Neuerschließung für Kita und Grundschule bereits gekostet. Auch eine millionenschwere unterirdische Turnhalle wird diskutiert. Hohe Investitionen also für diesen Standort, denn deutlich mehr Schüler werden zukünftig auf dem Gelände neben dem Albertus-Magnus Gymnasium ihren Tag verbringen. Und auch das Gymnasium verzeichnet wachsende Klassenzahlen.

Warum?
Der Baukörper der neuen Grundschule liegt nur 7 m entfernt an der Autobahn.
An der Ostfassade des Grundschulkörpes liegen nach schalltechnischer Untersuchung von bis zu 73 dB vor.
Trotzdem stellt die Politik die Notwendigkeit für eine erhöhte, begrünte Schallschutzwand in Frage.

Wir brauchen keine Gutachten, um den Bedarf und die Notwendigkeit zu rechtfertigen und um hier verantwortlich zu handeln.
Wir wünschen uns eine Stadt und eine Politik, die Situation zu erkennen und das Anliegen der Bürger zu würdigen.

Wir fordern eine begrünte Lärmschutzwand von Wöhlerstr. bis Ehrenfeldgürtel für eine bessere Gesundheit, Wohlbefinden und Wohnqualität.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
21	**152**	**149**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Im Zusammenhang mit der Neubaumaßnahme Kita und Grundschule Ottostraße sind Lärm- und Schadstoffgutachten in Auftrag gegeben worden. Gemäß der vorliegenden Lärmuntersuchung wird der Orientierungswert von 60 dB(A) (gilt für Mischgebiete, in denen Schulen zulässig sind) am Schulhofrand, in unmittelbarer Nähe zur Mauer, geringfügig überschritten. Am Immissionspunkt Sitzkreis, der sich mitten auf dem Schulhof befindet, beträgt der Beurteilungspegel 58,9 dB(A) und liegt damit unter dem Orientierungswert.Die Untersuchung der Luftschadstoffe hat ergeben, dass auf dem Außengelände des Schulgrundstücks für die Stickstoffdioxidbelastung die Immissionswerte der 39.

Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) geringfügig überschritten werden. Die Luftschadstoffwerte liegen im Toleranzbereich der EU-weit geltenden Grenzwerte (40 Mikrogramm/m³ Luft). Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Immissionspunkte in unmittelbarer Nähe der Mauer liegen. Es ist davon auszugehen, dass die Luftschadstoffwerte auf Höhe des Sitzkreises niedriger ausfallen.Dieser Sachverhalt ist im Ausschuss für Schule und Weiterbildung und im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft wiederholt thematisiert worden. Ein Beschluss zur Erhöhung der vorhandenen Schutzwand von zwei auf vier Meter wurde nicht gefasst. Die Verwaltung sieht die Notwendigkeit zur Erhöhung der Mauer ebenfalls nicht.Jedoch folgende Maßnahmen wurden / werden realisiert:- die Laufbahn entlang der K4 wurde bereits durch eine Grünanlage ersetzt- der Sitzkreis auf dem Schulhof wurde bereits von der K4 abgewandt angeordnet und begrünt- entlang der Mauer zur K4 wird im Bereich des Schulhofs ein Grünstreifen von 2m Breite mit Hecken und Sträuchern gepflanzt

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **4**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **4**

Vorschlagsnummer 508

Vorschlag für Ehrenfeld

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Michael-Ende-Grundschule braucht eine Mehrzweck Halle

Die Schule ist im Wachstum. Die Kinder mmüssen seit dem neuen Schuljahr mit dem Bus zur Sporthalle der Mobtessorie Schule nach Bickendorf fahren. Das nimmt viel Zeit in Anspruch und wenn der Bus zu spät kommt, muss der Sportunterricht ausfallen. Für Aufführungen oder Veranstaltungen stehen keine Räume in benötiger Größe zur Verfügung. Im Nachmittag können durch den offenen Ganztag kaum Sport Aktivitäten angeboten werden (besonders bei schlechtem Wetter).

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
6	**100**	**99**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Der Bedarf an einer Turn-/Mehrweckhalle wurde durch die Verwaltung bereits anerkannt und hierzu ein Planungsbeschluss initiiert. Im Rahmen der Planung hat sich gezeigt, dass die Realisierung einer Normturnhalle auf dem Grundstück nicht möglich ist. Die Schulverwaltung hat daher im Sommer 2014 eine neue Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Ziel der Machbarkeitsstudie ist die Prüfung, ob eine Gymnastikhalle am Standort realisierbar ist. Das Ergebnis der Studie bleibt abzuwarten.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **5**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **5**

Vorschlagsnummer 638

Vorschlag für Ehrenfeld

Vorschlagsart Sparvorschlag

Boulevard Ehrenfeld – Venloer Sa 17:00-So 17:00 für den Autoverkehr sperren

Die Venloer Straße sollten zwischen der Inneren Kanalstraße und dem Gürtel jedes Wochenende von Samstag, 17:00 bis Sonntag, 17:00 für den Autoverkehr gesperrt werden.

Die Parkbuchten bieten dann Platz für bürgerschaftliche oder kulturelle Projekte - oder einfach Freiraum, um den Sonntag als freien Tag vor Ort im Viertel zu genießen . Auch die ansässige Gastronomie würde von der Sperrung profitieren.

Mit dieser Maßnahme würde Anwohnern und Gästen die Möglichkeit geben, in Ehrenfeld das Gute Leben das ganze Jahr über zu erleben.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
9	**98**	**93**	**5**

Stellungnahme Verwaltung

Es müsste zunächst ein umfangreiches Verkehrskonzept erarbeitet werden, um zu überprüfen, wie die Erreichbarkeit der angrenzenden Straßen (Einbahnstraßenkonzept) sicher zu stellen wäre. Da Verkehrsströme großflächig umgeleitet werden müssten, hätte dies Auswirkungen bis über die Bezirksgrenzen hinaus.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **6**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **6**

Vorschlagsnummer 90

Vorschlag für Ehrenfeld

Vorschlagsart Sparvorschlag

Flohmarkt auf Neptunplatz

In Ehrenfeld gibt es zur Zeit keinen größeren Flohmarkt unter freiem Himmel. Hierfür bietet sich der Neptunplatz an. Der Platz wird belebter, und die Einwohner Ehrenfelds hätten einmal im Monat einen schönen Treffpunkt.
Zur Zeit ist ein Flohmarkt dort wohl "nicht genehmigungsfähig", dies sollte schnell geändert werden. Dabei ist ein geeigneter, nicht zu kommerzieller Veranstalter zu wählen, etwa ein gemeinnütziger Verein.
Natürlich würde die Stadt eine geringe Nutzungsgebühr erheben, Geld fließt in den Stadtsäckel, daher ein "Sparvorschlag".

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
7	**91**	**89**	**2**

Stellungnahme Verwaltung

Der Neptunplatz befindet sich in Ehrenfeld inmitten eines Wohngebietes. Neben fünf Veranstaltungen im Jahr gibt es dort monatlich einen Fahrradmarkt und zweimal wöchentlich einen Wochenmarkt. Das Neptunbad, als unmittelbarer Anlieger, hat gerade an den Wochenenden einen starken Zulauf von Besuchern, die mit dem PKW anreisen.Das zusätzliche Fahrzeugaufkommen von Besuchern eines Flohmarktes würde im Hinblick auf die bereits an 17 Sonntagen dort stattfindenden Märkte und Veranstaltungen eine weitere Verkehrsbelastung für die Anwohner darstellen, so dass unter Abwägung der unterschiedlichen Interessen und im Hinblick auf die ausreichende Zahl von Flohmärkten im Stadtgebiet die Etablierung eines zusätzlichen regelmäßigen Flohmarktes auf dem Neptunplatz nicht befürwortet wird.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **7**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **7**

Vorschlagsnummer 34

Vorschlag für Ehrenfeld

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Mehr Spielstraßen in Ehrenfeld

Die Verkehrsberuhigung in Ehrenfeld soll ausgebaut werden – konkret in dem Gebiet zwischen Vogelsanger und Subbelrather Straße, und zwischen Gürtel und Innerer Kanalstraße. In den Seitenstraßen gilt hier überall Tempo 30, dies war mal sehr fortschrittlich, entspricht aber nicht mehr heutigen Bedürfnissen.
Daher der Vorschlag die einzelnen sogenannten 'Spielstraßen' (verkehrsberuhigte Bereiche) um neue Straßenabschnitte zu verlängern und zu verbinden. So entsteht Schritt für Schritt ein immer dichteres Netz bis schließlich das gesamte Quartier wirklich verkehrsberuhigt ist.
Beíspielhaft beginnen und anknüpfen sollte man an den gelungenen Spielstraßen Grimmstraße und Wißmannstraße. Hier könnte man den Teil der Körnerstraße bis zur Stammstraße, und die Stammstraße bis zur Wißmannstraße neu als verkehrsberuhigten Bereich ausweisen. Hier leben viele Kinder, es müssten kaum Parkplätze verlegt werden, und die Akzeptanz in der Nachbarschaft wäre sicher hoch.
Überlegungen wie Fahrradstraßen sind zwar ebenfalls interessant, aber nur die Spielstraßen schafft deutlich mehr Lebensqualität auch für Fußgänger, spielende Kinder und Nachbarn die sich vor ihrem Haus aufhalten wollen. Ein Vorteil ist zudem, dass das Auto Schrittgeschwindigkeit fahren muss, und andere Verkehrsteilnehmer Vorrang haben.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
8	**88**	**86**	**2**

Stellungnahme Verwaltung

Die Verwaltung prüft den Vorschlag auf der Grundlage des zwischenzeitlich gefassten Beschlusses der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 02.12.2014. Mit Diesem Beschluss wurde 1. Die Verwaltung beauftragt die Körnerstraße als Fahrradstraße auszuweisen.2. Gleichzeitig ist eine Ausweitung der Spielstraße in der Wissmannstraße und in der Grimmstraße auf den Bereich Körnerstraße bis Stammstraße zu prüfen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **8**

Vorschlagsnummer 236

Vorschlag für Ehrenfeld

Vorschlagsart Sparvorschlag

Heliosturm - Aussichtscafé mit Ehrenfeldmuseum

Der Heliosturm soll öffentlich zugänglich gemacht werden. Oben schöne Aussicht über Ehrenfeld, unten ein Café, im Treppenhaus (Turm) eine kleine Dauerausstellung zu Ehrenfelds Geschichte.
Der Turm gehört einem privaten Investor, bei der 'Neusortierung' des gesamten Heliosgeländes, sollte die Stadt ihren Einfluss in den Verhandlungen aber geltend machen. Und die öffentliche Zugänglichkeit des Turmes in einem Bebauungsplan festschreiben.
(Wird privat oder von einem Verein betrieben, kostet die Stadt nix, daher Sparvorschlag)

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**75**	**74**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Die Schaffung und Gestaltung eines Platzbereichs um den Heliosturm ist eine wesentliche Zielsetzung des städtebaulichen Gesamtkonzepts für das Heliosgelände. Hierzu gehört auch die Ergänzung durch ein gastronomisches Angebot, zum Beispiel ein Café. Auch aus Sicht des Eigentümers eignet sich hierfür der Sockelbereich des Turms als Teil der Rheinlandhalle. Der Vorschlag zur Umnutzung des Turms wird von der Stadt Köln in die Diskussion eines Gesamtentwicklungskonzepts für die Rheinlandhalle und ihr Umfeld eingebracht werden. In diesem Zusammenhang muss jedoch auch durch den Eigentümer überprüft werden, ob eine Öffnung des Heliosturms für Besucher unter sicherheitstechnischen und bauordnungsrechtlichen Aspekten überhaupt umgesetzt werden kann. Planungsrechtlich lässt sich der Vorschlag jedoch nicht verankern, da eine städtebauliche Herleitung in diesem Fall keine ausreichende Grundlage für einen Eingriff in privates Eigentum bietet.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld spricht sich gegen eine Umsetzung des Vorschlags aus.

Priorisierung der Bezirksvertretung **9**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **9**

Vorschlagsnummer 564

Vorschlag für Ehrenfeld

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Radweg zwischen Ehrenfeld und Aachener Strasse neu und sicher erstellen

Der jetzige Radweg von Ehrenfeld Venloer Strasse bis zur Aachener ist gefährlich und teils nur 1 Meter breit. Eine sich öffnende Autotür könnte die letzte sein, die man sieht, bevor man mit dem Rad auf den Gürtel fällt. Ein unhaltbarer Zustand. Wer will sein Kind auf diesen Radweg schicken ohne Angst ? Entweder muss man einen neuen Radweg auf dem Mittelstreifen des Gürtels erstellen oder den alten so sanieren, dass auch Kinder ihn ohne Sorge befahren können.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**73**	**72**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Eine Führung des Radverkehrs auf dem mittleren Grünstreifen des Gürtels ist leider nicht realisierbar. Um Bedarfsgerechten Zweirichtungsradverkehr auszubauen, ist nicht genug Fläche vorhanden. Ein Radweg in Mittellage wird zudem (u.a. aufgrund des erhöhten Querungsbedarfs der Radfahrenden, um in die Mittellage zu gelangen) als verkehrsgefährdend angesehen und daher nicht empfohlen. Erschwerend kommt hinzu, dass auch die dortigen Haltestellen und Wartebereiche der KVB zugänglich bleiben müssen. Der Radweg des Gürtels ist in den größten Teilen nicht ohne eine komplette Umplanung des Straßenquerschnittes zu sanieren. Komplette Umplanungen sind sehr aufwendig und die Umsetzung abhängig von den verfügbaren Ressourcen. Die Planungen sind noch nicht soweit fortgeschritten, so dass eine Umsetzung derzeit nicht absehbar ist.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **10**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **10**

Vorschlagsnummer 93

Vorschlag für Ehrenfeld

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Fahrradstation Bahnhof Ehrenfeld am Ausgang Hüttenstr.

Am Bahnhof Ehrenfeld fehlt eine sichere Unterbringungsmöglichkeit für Fahrräder. Es wäre hier insbesondere wichtig die Station an der Hüttenstraße zu platzieren, da dieser Teil des Bahnhofs bisher im Gegensatz zur Venloerstr. in der Veränderung/Aufwertung vernachlässigt wurde. Die leerstehenden Bahnbögen in der Hüttenstr. würden sich dazu sehr eignen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
4	**64**	**64**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Es laufen bereits Abstimmungsgespräche zum Bau einer Radstation.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**11**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**11**	Vorschlagsnummer	438
Vorschlag für	Ehrenfeld	Vorschlagsart	Sparvorschlag

geduldetes Gehwegparken in Köln-Ehrenfeld abschaffen

In Köln-Ehrenfeld wird das seitens der Stadtverwaltung das Gehwegparken entgegen den Vorschriften der StVO geduldet.

Diese in der Vergangenheit durchaus mal gut gemeinte Idee, die der Parkraumnot entgegenwirken sollte, führt inzwischen dazu, dass inbesondere im Bereich der Stammstr. und Umgebung die Gehwege derart zugeparkt werden, dass Fußgänger, Rollstuhlfahrer, Fußgänger mit Kinderwagen und Kinder mit Fahrrädern, die laut StVO auf dem Gehweg fahren müssen, genötigt werden die Straße zu benutzen.

Die Stadtverwaltung hatte sich ursprünglich mal selbst auferlegt, das Gehwegparken bei einer verbleibenden Restgehwegbreite von 120 cm zu tolerieren. Die Realität zeigt, dass die Verwaltung bei der Durchsetzung dieser selbst geschaffenen Regel gescheitert ist. Tatsächlich wird die Restgehwegbreite zu jeder Tages- und Nchtzeit an zahlreichen Stellen unterschritten.

Die verbliebene minimale Restgehwegbreite wird zusätzlich noch durch Mülleimer (an Abfuhrtagen), abgestellte Fahrräder und durch die Verwaltung unvorteilhaft aufgestellte Gegenstände (Straßenlaternen, Sperrpfosten, Fahrradnadeln, Mülleimer und Verkehrsschilder, die fast mittig auf dem Gehweg, anstatt am Gehwegrand montiert wurden) eingeschränkt.

Bei der Stammstr. handelt es sich beispielsweise um eine Einbahnstr. die in Gegenrichtung für den Fahrradverkehr freigegeben wurde (ausgeschilderter regionaler Radweg). Auf Grund der zahlreichen verkehrswidrig abgestellten Fahrzeuge ist derzeit ein gefahrloser Begegnungsverkehr nicht möglich. Radfahrer werden gezwungen, anzuhalten um Fahrzeuge passieren zu lassen.

Einige Stellen sind derart zugeparkt, dass die Straßen für Lkw und natürlich auch Rettungsfahrzeuge der Feuerwehr kaum noch zu passieren sind.

Seitens der Verwaltung wurden in der Vergangenheit Fahrbahnmarkierungen für Parkplätze entfernt, um die Fahrzeugführer zum Gehwegparken zu animieren. Auf Grund des hierdurch verursachten Chaos mussten in jüngster Zeit an immer mehr Stellen Sperrpfosten und Haltverbotschilder angebracht werden (die eigentlich nach der StVO völlig unsinnig sind), um den Verkehrsfluss einigermaßen aufrecht erhalten zu können.

In anderen Stadtteilen geht die Verwaltung hin und entrümpelt überflüssige Verkehrszeichen und Sperreinrichtungen - in Ehrenfeld kommen immer mehr hinzu.

Durch dieses hier durch die Verwaltung verursachte Chaos wissen zur Zeit weder die Verkehrsteilnehmer noch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung wo man derzeit eigentlich noch parken darf. Die Regeln der StVO wurden außer Kraft gesetzt.

Die Verwaltung sollte umgehend dafür Sorge tragen, dass auf den Gehwegen eine ausreichende Restbreite für Fußgänger verbleibt. Sollte dies im Rahmen von Überwachungsmaßnahmen nicht gelingen, bleibt nichts anderes übrig als Parkplatzmarkierungen wieder einzuführen und zahlreiche Sperrposten zu installieren.

Die konsequente Ahndung von rücksichtslosen Parkverstößen würde zu Mehreinnahmen führen - daher Sparvorschlag.

Bürgerhaushalt 2015

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**66**	**64**	**2**

Stellungnahme Verwaltung

Die Stammstraße wird durch den Verkehrsdienst im Rahmen der personellen Möglichkeitenregelmäßig im Tages- als auch im Spätdienst überwacht. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Überwachung der dort eingerichteten Halteverbote sowie des behindernden Gehwegparkens. Insbesondere das behindernde Gehwegparken stellt eine erheblich Gefährdung des Fußgängerverkehrs dar, da Fußgänger unter Umständen gezwungen sind auf die Straße auszuweichen.Sofern das Gehwegparken nicht durch Zeichen 315 StVO angeordnet ist, ergibt sich im Umkehrschluss das Verbot des Gehwegparkens. Aufgrund der vorherrschenden Parkplatznot in Köln und insbesondere in Ehrenfeld wird das Gehwegparken außerhalb der zentralen Innenstadt in Ausübung des gesetzlich vorgesehenen Ermessenspielraums allerdings stillschweigend geduldet, so lang keine Behinderung für Fußgänger und Radfahrer entsteht. Eine Behinderung liegt bspw. immer dann vor, wenn bei einem normal frequentierten Gehweg die vorhandene Gehwegbreite für ein ungehindertes Durchkommen nicht mehr ausreicht. Aufgrund der schmalen Bürgersteige in der Stammstraße toleriert der Verkehrsdienst der Stadt Köln ein Parken auf den Bürgersteigen bis zu einer Restgehwegbreite von 1,2 Meter. Bei dieser Restgehwegbreite ist es für Rollstuhlfahrer und für Menschen die auf einen Rollator angewiesen sind noch möglich, ungehindert den Gehweg zu nutzen. Unterhalb von 1,2 Meter Restgehwegbreite erfolgen jedoch kostenpflichtige Verwarnungen.Fahrzeuge, die ohne Behinderung mit einer Restgehwegbreite von mindestens 1,2 Meter auf dem Gehweg parken, werden im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens nicht verwarnt.Das behindernde Gehwegparken unterhalb der Schwelle von 1,2 Meter wird unter Berücksichtigung des vorhandenen Ermessensspielraums allerdings dann geahndet, wenn eine der folgenden besonderen Umstände vorliegt:• Wahrscheinliche Behinderung (kein ungehindertes Durchkommen mehr möglich) anderer Verkehrsteilnehmer (z.B. Fußgänger). • Mögliche Gefährdung des fließenden Verkehrs beim Ausparken an viel- oder schnellbefahrenen Straßen bzw. an unübersichtlichen Stellen• Hinter Bordsteinabsenkungen• Zu erwartende Behinderungen durch den Nachahmungseffekt• Vor FußgängerüberwegenBedingt durch das Parken auf beiden Straßenseiten kommt es zu Engstellen sowohl auf der Fahrbahn als auch auf dem Gehweg. Der Verkehrsdienst agiert hier mit sehr viel Fingerspitzengefühl, um sowohl die berechtigten Belange der Anwohner und Anwohnerinnen als auch der zu Fußgehenden zu entsprechen. Fahrzeuge, die behindernd parken, werden konsequent verwarnt und bei grob verkehrsbehindernden Parken auch abgeschleppt. Im Jahresdurchschnitt werden in der Stammstraße rund 2.000 Verwarnungen ausgesprochen. Trotz regelmäßiger Überwachung kommt es tatsächlich immer wieder zu Situationen, bei denen die Restgehwegbreiten durch parkende Fahrzeuge unterschritten werden. Da die Einführung von Bewohnerparken seitens der Bezirksvertretung bislang abgelehnt wurde, konnte nur mit verkehrstechnischen Maßnahmen, wie Markierung, Beschilderung und dem Anbringen von Absperrpfosten, Verbesserungen erreicht werden. In Zukunft könnte sich diese Situation allerdings ändern:Mit Beschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 15. September 2014 wurde die Verwaltung beauftragt, eine Parkraumuntersuchung zur Vorbereitung eines Parkraumkonzeptes im Stadtteil Ehrenfeld (Gebiet zwischen Ehrenfeldgürtel, Innere Kanalstr., Subbelrather Str. und Vogelsanger Str.) durchzuführen und der Bezirksvertretung vorzulegen.Die Analyseergebnisse werden anschließend in einer öffentlichen Veranstaltung den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt.Diese Untersuchung wird zurzeit durchgeführt und das Ergebnis nach Abschluss der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorgelegt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **12**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **12**

Vorschlagsnummer 594

Vorschlag für Ehrenfeld

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Umbau von Nebenstraßen, Parkplätze auf einer Seite in einen breiteren Gehweg + Radweg umwandeln.

Vorrangig die Straßen Marienstraße und Stammstraße sollten sofort umgebaut werden.
Wobei in der Marienstraße ein sicherer Schulweg zu Grundschule geschaffen wird, was viele Eltern dazu motiviert, ihre Kinder nicht mehr mit dem Auto zur Schule zu bringen. Die Stammstraße ist sehr eng, hier sollte man mit dem Fahrrad bequem in beide Richtungen fahren können. Zudem wird die Straße gerne zum Spazierengehen genutzt, was augenblicklich eher ein Spießrutenlauf zwischen Autos darstellt. Dafür webe ich hier für ihre Unterstützung (-:

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**59**	**59**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Eine Umsetzung ist sehr aufwendig und kann leider nicht kurzfristig erfolgen. Die Verwaltung wird den Vorschlag aber im Detail prüfen, sofern ein entsprechender politischer Beschluss gefasst wird.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **13**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **13**

Vorschlagsnummer 345

Vorschlag für Ehrenfeld

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Venloer Straße und Vogelsanger Straße zu gegenläufigen Einbahnstraßen

Die Umgestaltung der Venloer Straße vor einigen Jahren hat weder für Autofahrer, noch für Radfahrer ideale Zustände herbeigeführt. Die Autofahrer stehen sich regelmäßig im Wege, und die Radfahrer leben permanent in Angst vor den Autos auf ihrem handtuchgroßen "Radschutzstreifen".
Dabei liegt die Lösung in meinen Augen ganz nahe: Wenn die Venloer Straße und die Vogelsanger Straße für den Autoverkehr in gegenläufige Einbahnstraßen umfunktioniert würden, gäbe es für alle Verkehrsteilnehmer enorme Verbesserungen: Die Autos stünden sich nicht mehr im Weg, und für die Radfahrer (für die die Einbahnstraße nicht gilt) könnten beidseitig der Fahrbahnen große Radwege angelegt werden.
Auch die Anwohner hätten nicht mehr Lärm zu befürchten. Denn sie würden mehr fließenden Verkehr erleben und diesen außerdem nur noch in eine Richtung.
Die beiden Straßen verlaufen ideal für so eine Verkehrsführung, mindestens zwischen Innerer Kanalstraße und Gürtel. Selbst bis zur Äußeren Kanalstraße ließe sich das über die Helmholtzstraße realisieren.
Es wundert mich, dass diese Lösung nicht schon längst in Erwägung gezogen wurde.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**73**	**65**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Im Zusammenhang mit dem Umbau der Venloer Straße wurde der Vorschlag bereits durch die Bezirksvertretung Ehrenfeld beraten. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, die Venloer Straße im Bestand umzubauen und die Verkehrsführung beizubehalten. Ebenso hat die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschlossen, die Vogelsanger Straße umzuplanen. Dabei bleibt die heutige Verkehrsführung ebenfalls erhalten.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**14**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**14**	Vorschlagsnummer	3
Vorschlag für	Ehrenfeld	Vorschlagsart	Sparvorschlag

Dauerparker mit offensichtlicher Werbeabsicht

An der BAB-Ausfahrt zur Subbelrather Straße ist, als Beispiel, öfters ein Auto zu sehen, das großflächig mit Werbung für Sex beschriftet ist.
Ein anderes Beispiel ist ein an einem Baum angekettetes Fahrrad, das auf einem großen Schild im Rahmen Türöffnungen und Schlüsseldienstarbeiten anbietet.

Ähnliches ist auf der Parallelstraße der Inneren Kanalstraße zwischen Vogelsanger Straße und Weinsbergstraße zu beobachten, seit Jahren(!!) stehen hier Werbefahrzeuge auf Anhängern herum, stellt doch mal Parkuhren da auf!!

Das Ordnungsamt negiert diese Verstöße, es ist dem Ansehen der Stadt auch nicht zuträglich, als Ankommender gleich mit solcher Werbung in Köln begrüßt zu werden.
Der Rat möge dem Haushalt durch eine Satzungsänderung Gelder in Form von Sondernutzungsgebühren von 1.000,00 EUR/Tag zukommen lassen in Fällen, die öffentliche Parkplätze für verdeckte Werbemaßnahmen nutzen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**64**	**57**	**7**

Stellungnahme Verwaltung

Es ist zutreffend, dass im öffentlichen Straßenraum immer wieder Fahrzeuge, Anhänger und vereinzelt auch Fahrräder zu sehen sind, die augenfällig der Werbung dienen sollen. Solange diese Werbeträge im öffentlichen Straßenverkehr zu Verkehrszwecken genutzt werden können und auch regelmäßig bewegt werden, fallen sie in den Gemeingebrauch der Straße und sind damit zulässig.Auch wenn die Auffassung vertreten werden kann, es handle sich um eine Art der „optischen Vermüllung“, besteht in Rechtsprechung und Kommentarliteratur zum Straßen- und Straßenverkehrsrecht darüber Einigkeit, dass es sich um eine (noch) widmungsgemäße Nutzung der Straßen und Wege handelt. Denn die Fahrzeuge sind im Zweifel immer noch zu Transport- und Fortbewegungszwecken einsetzbar, in aller Regel werden sie zu diesen Zwecken auch immer wieder bewegt.Wenn im Einzelfall die festgestellten Gesamtumstände den Schluss zulassen, dass die Teilnahme des Fahrzeugs oder Anhängers am Straßenverkehr zu Verkehrszwecken beendet ist und ein solches Fahrzeug dauerhaft nur zu Werbezwecken im öffentlichen Straßenland abgestellt wird, liegt eine über den Gemeingebrauch hinausgehende Sondernutzung vor, die mit einem Bußgeld geahndet und für die eine Sondernutzungsgebühr erhoben werden kann. Es gehört zum regelmäßigen Aufgabenportfolio des Ordnungs- und Verkehrsdienstes, diesbezüglich auffällige Vehikel zu kontrollieren und zu dokumentieren, um eine etwaige Sondernutzung auch zu ahnden.Hinsichtlich der vereinzelt im öffentlichen Raum aufgestellten Werbefahrräder ist zu beachten, dass eine verwaltungsgerichtliche Bestätigung, dass es sich hierbei um eine erlaubnispflichtige Sondernutzung des öffentlichen Straßenlandes handeln kann, erst seit circa einem Jahr vorliegt.Die Einstufung von Fahrrädern als Werbeträger und damit als erlaubnispflichtige Sondernutzung des öffentlichen Straßenlandes unterliegt weitaus strengeren Maßstäben als bei zugelassenen Kraftfahrzeugen. Sofern ein Fahrrad, dass augenscheinlich zu Werbezwecken abgestellt ist, festgestellt wird, wird der mutmaßliche Aufsteller – im Regelfall der/die auf dem Fahrrad beworbene Gewerbetreibende – durch entsprechende Ordnungsverfügung zur Räumung aufgefordert. Die Beweispflicht und die Argumentation, dass das Fahrrad nicht als Verkehrsmittel, sondern als Werbeträger genutzt und mit dieser Intention aufgestellt worden ist, obliegt hierbei stets der Ordnungsbehörde und muss für jeden Einzelfall neu erbracht werden.Eine Erhöhung der Sondernutzungsgebühr auf 1.000 EUR am Tag ist rechtlich nicht möglich. Die Höhe der Sondernutzungsgebühren kann nicht willkürlich anhand der subjektiven Auffassung im Einzelfall erfolgen, sondern muss sich an objektiven Kriterien wie beispielsweise dem tatsächlichen Eingriff in das

Straßenland sowie dem vermuteten wirtschaftlichen Wert orientieren. Anders sieht es bei den Bußgeldern für belästigende Werbung aus. Gem. § 119 OwiG handelt Ordnungswidrig, wer öffentlich in einer Weise, die geeignet ist, andere zu belästigen, Gelegenheit zu sexuellen Handlungen anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntgibt. Eine solche Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000 EUR geahndet werden.Der Bürgervorschlag wird zum Anlass genommen, den Bereich BAB-Ausfahrt Subbelrather Straße in Bezug auf das genannte Werbefahrzeug durch den Ordnungsdienst zu kontrollieren.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**15**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**15**	Vorschlagsnummer	285
Vorschlag für	Ehrenfeld	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Bürgerzentrum stärken!

Frischen Wind ins BÜZE Ehrenfeld! Das Büze leistet eine hervorragende Arbeit, aber große Teile der Ehrenfelder Bevölkerung nehmen IHR Büze leider kaum wahr.
Der Ort und das Konzept müssten dringend mal 'etwas entstaubt' werden. Mit kleinen Umbaumaßnahmen könnte man die Räume und die Gastronomie atrraktiver machen. Auch programmatisch sollte sich das Büze weiter öffnen und moderner werden.
Dafür brauch das Büze Hilfe und Geld – das sollte es uns wert sein!

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**50**	**49**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Das Bürgerzentrum Ehrenfeld arbeitet wie weitere 10 Einrichtungen auf der Grundlage der 2008 vom Rat der Stadt verabschiedeten Rahmenkonzeption für die Kölner Bürgerhäuser und /-zentren. Das Bürgerzentrum leistet im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen eine ausgezeichnete und wirkungsvolle sozial-kulturelle Arbeit und wird von 70.000 Besuchern pro Jahr frequentiert. Die innovative Arbeit im Bereich Inklusion ist beispielhaft und kann durch eine 3-jährige Förderung der Aktion Mensch ausgebaut werden. Wünschenswert wäre eine programmatische Erweiterung, die die neu nach Ehrenfeld gezogenen Zielgruppen berücksichtigt. Umsetzbar ist diese Erweiterung unter der Voraussetzung, dass die finanziellen Ressourcen für die Arbeit des Bürgerzentrums aufgestockt werden. Grundsätzlich befürwortet die Sozialverwaltung eine Erhöhung der städt. Zuschüsse für (alle) Bürgerhäuser /-zentren in freier Trägerschaft. Den zusätzlichen finanziellen Bedarf für das BÜZE Ehrenfeld beziffert die Fachverwaltung mit rd. 56.800 EUR/Jahr.Der zusätzliche Bedarf für alle Bürgerhäuser /-zentren in freier Trägerschaft beträgt rd. 330.000 EUR/Jahr.Das Ehrenfelder Bürgerzentrum wurde Ende der 70erJahre im Rahmen eines Umbaus des Bürogebäudes der Maschinenfabrik VDM eröffnet. Der bauliche Zustand der Einrichtung entspricht in einigen Bereichen nicht dem notwendigen Standard. Im Rahmen der laufenden Bauunterhaltung sind für 2015 die Behebung von Feuchtigkeitsschäden und die Sanierung der Toilettenanlage vorgesehen. Der Umfang einer notwendigen energetischen Sanierung wird zurzeit durch einen Gutachter ermittelt. Auf der Grundlage eines Beschlusses der Bezirksvertretung Ehrenfeld zur energetischen Sanierung des Gebäudes wird die Verwaltung zeitnah den Entscheidungsgremien einen Planungs- und Baubeschluss vorlegen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld befürwortet die Umsetzung des Vorschlags.

Bürgerhaushalt 2015

TOP-15 Liste
Bezirk Nippes

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**1**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**1**	Vorschlagsnummer	465
Vorschlag für	Nippes	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Wir wollen Ganztag lebenswert machen. Das Dreikönigsgymnasium benötigt dringend eine Mensa und Ruhe- und Bewegungsinseln auf dem kargen Schulgelände.

Unserer Schule fehlt es an vielen Ecken und Enden.

1.Anders als in anderen Kölner Ganztagsschulen gibt es am Dreikönigsgymnasium immer noch keine Mensa (s. auch Pressemitteilungen und Website der Schule). Die Kinder und Lehrer müssen im nahen Berufskolleg essen, das auf die Versorgung großer Gruppen nicht eingestellt ist. Zudem verlieren die Kinder und Lehrer durch den Weg dorthin, den Sie nur gemeinsam antreten dürfen, und die langen Wartezeiten wertvolle Pausen-/Essenszeit. Das Essen muss oft heruntergeschlungen werden. Das gemeinsame, ruhige und genussvolle Einnehmen der Mahlzeit und auch das Reden und Entspannen kommen dabei deutlich zu kurz. Das gemeinsame Essen in einer eigenen Mensa im Ganztag ist daher neben der für die Gesundheit wichtigen Versorgung für uns auch aus pädagogischer Sicht für die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls unbedingt erforderlich.

Aus diesem Grund fordern wir mit Nachdruck den Bau einer eigenen Mensa.

2.Für die langen Schultage wollen wir unseren Schülerinnen und Schülern aber auch den Lehrern außerdem Räume und Möglichkeiten zur Verfügung stellen, in denen Sie sich erholen, in Ruhe arbeiten, aber auch bewegen können.

Zu diesem Zweck wünschen wir uns

-für unsere Lichtflure und Arbeitsräume modulare Möbel zur Entspannung und ruhigen Kleingruppenarbeit,

-für den Schulhof überdachte, modulare Sitzmöbel für Ruhephasen, die auch als grünes Klassenzimmer genutzt werden können,

-Multifunktionsgeräte (Klettern, Loungen, Bauen...) für den Schulhof

-begrünte Flächen im Innen- und Außenbereich

Entwürfe für Wandgestaltungen, eine Möblierung der Lichtflure und des Außengeländes haben wir bereits – eine aktive Mitarbeit von Schülern, Eltern, Lehrern und externen Helfern ist gesichert. Was fehlt ist das Geld für die Umsetzung der vorhandenen Ideen und das ist gerade für unsere Schule in Bilderstöckchen mit einem hohen Bedürfnis der Schüler nach Identifikationsmöglichkeiten sehr schade.

Wir freuen uns über eine Unterstützung unseres Projektes!

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
48	**598**	**586**	**12**

Stellungnahme Verwaltung

Für den Bau einer Mensa liegt bereits eine detaillierte Planung vor, die in der nächsten Zeit umgesetzt wird.Die Nutzung der Lichtflure auf den Etagen für Arbeitsgruppen und Aufenthalt ist wegen der Anforderungen des Brandschutzes nicht zulässig. Auch die Einrichtung begrünter Flächen im Innenbereich ist diesbezüglich kritisch zu sehen. Eine Umgestaltung des Schulhofs mit Sitzmöbeln, Klettergeräten oder einem grünen Klassenzimmer ist erst nach Errichtung des Erweiterungsbaus sinnvoll um die Bauarbeiten und

Baustelleneinrichtung nicht zu behindern. Nach Beendigung der Bauarbeiten wird die beanspruchte Schulhoffläche wieder hergestellt, Umgestaltungswünsche könnten dann in die Planungen einfließen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat die Rangfolge 1 für den Vorschlag festgelegt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**5**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**2**	Vorschlagsnummer	333
Vorschlag für	Nippes	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Inline-Skater-Bahn und Streethockeyplatz in Bezirkssportanlage Scheibenstraße

Mit großer Freude haben Vorstand und Mitglieder des Inline Speed Skating Club Köln 1998 e.V. zur Kenntnis genommen, dass die Bezirksvertretung Köln 5 (Nippes) am 11.09.2014 einen Dringlichkeitsantrag von SPD, CDU und Grünen einstimmig angenommen hat. Die Verwaltung der Stadt Köln solle „die Errichtung eines Inlineskating-Ovals und einer großen geteerten Gesamtfläche“ innerhalb der Bezirkssportanlage Scheibenstraße/ Weidenpesch prüfen.
Der Antrag wurde wie folgt begründet – Zitat (verkürzt): „Eine Skating-Anlage wird dringend benötigt, da sich die Sparte Inlineskating in den letzten Jahren sehr stark entwickelt hat und es einen enormen Zulauf (insbesondere im Jugendbereich) gibt.“
Tatsache ist, dass die Inline-Speedskater (ausdauernd und schneller; keine Akrobatik über Rampen und Half-Pipes) auch rund 20 Jahre seit Beginn des Inline-Skater-Booms Mitte der 1990er Jahre immer noch keine Freiluft-Sportstätte in Köln haben. Die erwachsene Quereinsteiger erkämpften sich ihre Sporträume unter Missachtung auch der Straßenverkehrsordnung. Straßen, Parkplätze, asphaltierte Gehwege sind keine Sportstätten! Verantwortungsbewusst kann man so keine Kinder und Jugendlichen an eine zeitgemäße Sportart heranführen.
Vor allem Kinder, Jugendliche und Menschen mit inklusivem Background brauchen für ihren Sport eine klar definierte Heimat. Ohne Heimat kein Sport. Die „Heimat“ für Inline-Speedskater ist ein asphaltiertes Oval mit einer Innenlänge von 200 Metern.
Im Innenraum einer solchen Inline-Skater-Bahn könnten auch noch andere Sportarten ausgeführt werden. Gerne greifen wir den Vorschlag 108 vom 18. November (20:07 Uhr) auf:
„Inline Hockeyplatz - Da der Hockeyplatz an der Lentstraße ersatzlos zu einem Skaterpark umgebaut worden ist und dadurch viele Streethockeyspieler auf ungeeignete Plätze ausweichen mussten ist mein Vorschlag ein geeigneter Hockeyplatz mit glattem Betonboden der für Inline Hockey geeignet ist.“
Von den Streethockeyspielern kam der Vorschlag, auf dem ehemaligen Parkplatz des Nippeser Tälchens ein Inline-Skater-Areal anzulegen. Allerdings ist zu befürchten, dass es hier zahlreiche Konflikte gibt, die die Realisierung unserer gemeinsamen Wünsche extrem verzögern könnten.
Bezogen auf die Bezirkssportanlage Scheibenstraße/ Weidenpesch sieht der Speed Skating Club Köln auch großes Synergie-Effekte. In unmittelbarer Nachbarschaft haben die Rollsportler (Skateboarder) der North Brigade ihre Heimat. Auch gibt es auf der Anlage eine Restauration sowie Toiletten, was nicht nur für Kinder sehr wichtig ist.
Der Speed Skating Club Köln 1998 e.V., Kölns größter Inline-Skating-Club, schließt sich dem Dringlichkeitsantrag der Bezirksvertretung Köln 5 (Nippes) uneingeschränkt an, denn die Inline-Speedskater brauchen für ihr enormes Zuwachspotential eine sportliche Heimat.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
17	**124**	**120**	**4**

Stellungnahme Verwaltung

Die Bezirkssportanlage Scheibenstraße soll im Zuge der Umsetzung der Prioritätenliste zur Umwandlung von Tennen- in Kunstrasenplätze insgesamt einer angepassten Planung zugeführt werden. Dabei wird der Vorschlag in die Überlegungen einbezogen. Eine Umsetzung des Vorschlags durch die Stadt Köln selbst wird dabei vor dem Hintergrund der begrenzten Haushaltsmittel nicht erfolgen können. Es ist jedoch eine Umsetzung durch die Initiatoren möglich, die vorbehaltlich der einschlägigen Richtlinien der Stadt Köln und dem Vorhandensein entsprechender Haushaltsmittel durch die Sportverwaltung bezuschusst werden könnten.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Bürgerhaushalt 2015

Die Bezirksvertretung Nippes hat die Rangfolge 5 für den Vorschlag festgelegt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**3**	Vorschlagsnummer	26
Vorschlag für	Nippes	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Instandsetzung Spielplatz Spechtstraße in Köln-Niehl

- Instandsetzung des Spielplatzes Köln-Niehl Spechtstraße, so dass der Spielplatz wieder für Kinder bespielbar wird. Sanierung und Aufbau neuer Spielgeräte.
- Durchführung geeignete Maßnahmen um dauerhaft das Hundeverbot für den Spielplatz umzusetzen.
- Durchführung geeignte Maßnahmen, die den Spielplatz umgebenden Grünflächen dauerhaft von Hundekot frei zu halten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
26	**107**	**104**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Auf dem Spielplatz Spechtstraße wurden aus Verkehrssicherheitsgründen mehrere Spielgeräte abgebaut und bisher nicht ersetzt. Ein möglicher Spielplatzpate hat sich bereits gemeldet. Die Verwaltung befürwortet den Vorschlag und wird die Umsetzung einleiten.Die Durchführung geeigneter Maßnahmen zum Hundeverbot und gegen Hundekot wird ebenfalls befürwortet und es wurden bereits Maßnahmen hierzu eingeleitet. Die Kosten werden ca. 90.000 EUR betragen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat den Vorschlag zur Kenntnis genommen und ohne Votum in die weiteren Gremien gegeben.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**2**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**4**	Vorschlagsnummer	597
Vorschlag für	Nippes	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Graffitipark in Nippes

Die Teilnehmer des Graffitiprojektes "MittwochsMaler" engagieren sich für den Bau einer frei zugänglichen Graffitiwand, bzw. eines Graffitiparks. Der Graffitipark soll allen an Graffiti Interessierten Jugendlichen und Erwachsenen im Nippesser Tälchen zugänglich sein. Die Wand kann mobil und temporär aufgestellt werden. Mehr Infos zum Projekt unter: www.mittwochs-maler.de. Dort befindet sich eine Powerpointpräsentation des Vorschlags.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
20	**98**	**97**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Die Bolz- und Festplatzfläche im Nippeser Tälchen befindet sich momentan in der Neuordnung. Eine verstärkte Nutzung der Platzfläche mit mobilen Angeboten für Kinder und Jugendliche ist vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird der Vorschlag der Mittwochsmaler berücksichtigt werden. Die Kosten werden ca. 5.000 bis 10.000 EUR betragen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat die Rangfolge 2 für den Vorschlag festgelegt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**5**	Vorschlagsnummer	221
Vorschlag für	Nippes	Vorschlagsart	Sparvorschlag

KEIN Gürtelausbau - KEINE weitere Vergeudung von Planungsgeldern

Eigentlich ist alles bekannt: Der Gürtelausbau würde viel neuen Verkehr ins Viertel ziehen. Der Gürtelausbau würde als vierspurige Verkahrsschneise (nichts anderes kann geplant werden) das lebendige Nippes zerteilen. Der Gürtelausbau würde weitere Grünflächen wie Nippeser Tälchen und Nordpark stark beeinträchtigen.Der Gürtelausbau würde auf der Mülheimer Brücke und dem Wiener Platz für noch mehr Verkehrschaos sorgen. Der Gürtelausbau würde einen Rückstau weit nach Ehrenfeld hinein zur Folge haben.
Das alles ist durch Gutachten belegt, die zum Planfeststellungsverfahren in den Jahren 2004/06 angefertigt wurden - und damals schon zur Ablehung des Gürtels geführt haben.
Das glaubt auch die Mehrheit der Anwohner, wie die Wahlergebnisse der letzten Kommunalwahl zeigen: eines der besten Ergebnisse der Grünen entlang der Trasse!
Es ist nicht schwer zu prophezeien, dass die Planung wieder abgelehnt wird. Schlimm ist nur, dass wieder viele 100 Tausene Euros in der Planung versinken - das kann sich die Stadt Köln eigentlich nicht leisten!

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
7	**94**	**79**	**15**

Stellungnahme Verwaltung

Mit Beschluss vom 13. Juli 2010 hat der Rat der Stadt Köln die Verwaltung beauftragt, die Planung für den Niehler Gürtel zu ändern. Dabei soll ein stadtverträglicher Raum entstehen, der Durchgangsverkehr soll begrenzt und die angrenzenden Viertel vom Verkehr entlastet werden. Die Verwaltung hat hierzu ein externes Planungsbüro beauftragt. Die Planungen werden derzeit erstellt. Nach Vorliegen der abgeschlossenen Planung wird diese der Politik und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat den Vorschlag zur Kenntnis genommen und ohne Votum in die weiteren Gremien gegeben.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**6**	Vorschlagsnummer	200
Vorschlag für	Nippes	Vorschlagsart	Sparvorschlag

Kein Ausbau des Gürtels

Wenn der Gürtel ausgebaut wird verlieren wir schöne Grünflächen, die lieber weiter verschönert werden sollten. Unterhalb der Hochbahn sollte statt dessen ein Grünstreifen entstehen mit Fußgänger- und Radwegen. Dies wäre gerade für die angrenzenden Schulen wichtiger als eine Straße, die nicht gebraucht wird.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
4	**74**	**62**	**12**

Stellungnahme Verwaltung

Mit Beschluss vom 13. Juli 2010 hat der Rat der Stadt Köln die Verwaltung beauftragt, die Planung für den Niehler Gürtel zu ändern. Dabei soll ein stadtverträglicher Raum entstehen, der Durchgangsverkehr soll begrenzt und die angrenzenden Viertel vom Verkehr entlastet werden. Die Verwaltung hat hierzu ein externes Planungsbüro beauftragt. Die Planungen werden derzeit erstellt. Nach Vorliegen der abgeschlossenen Planung wird diese der Politik und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat den Vorschlag zur Kenntnis genommen und ohne Votum in die weiteren Gremien gegeben.

Priorisierung der Bezirksvertretung **9**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **7**

Vorschlagsnummer 309

Vorschlag für Nippes

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Direkte Auffahrt auf die Mülheimer Brücke linksrheinisch

Viele Radfahrer nutzen linkrheinisch vom Rhein kommend die falsche Seite der Mülheimer Brücke zur Überfahrt. Es kam dort deswegen schon zu tödlichen Zusammenstößen zwischen Radlern.

Ein Grund ist sicherlich, dass die Auffahrt zur richtigen Seite schwer zu finden und außerdem ein Umweg ist. Da sie unter der Brücke hindurchführt, schlecht beleuchtet und einsam ist, stellt sie außerdem einen subjektiven Gefahrenraum dar.

Dagegen ist die flache und subjektiv sicherste Auffahrt über den Radweg entlang "An der Schanz" vom Rheinufer aus nicht legal zu erreichen, da zwischen Niederländer Ufer und An der Schanz nur ein Gehweg, aber kein Radweg verläuft.

Ich schlage daher die Schaffung eines Radweges entlang der B51 vom Colonia-Hochhaus bis zur Jugendherbege vor.

Dazu müsste:

- Eine Verbindung für den Radverkehr vom Rheinufer bis kurz vor das Colonia-Hochhaus geschaffen werden zusätzlich zum schon vorhanden Fußweg. Dies sind nur wenige Meter.
- Anschließend müsste eine Spur der B51 zu einem Radweg umgebaut werden. Dieser sollte durch Bordsteine abgetrennt sein, wie derzeit auf der Zoobrücke.
- Dieser Radweg sollte bis zur Einfahrt der Jugendherberge geführt werden, wo er an den schon bestehenden Radweg anschließen kann.
- Die neue Verbindung sollte entsprechend ausgeschildert werden

Die B51/An der Schanz ist in dem in Frage kommenden Bereich derzeit 3 bis 5-spurig, sodass dort auch nach einem Umbau noch genug Platz für den Autoverkehr ist.

Außerdem wird derzeit de facto eine weitere Spur für insgesamt 8 Parkplätze und 2 Rechts-Abbiegespuren genutzt. Alternativ könnte der Radweg auch dort verlaufen.

Mit dem Umbau sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Weniger Geisterfahrer auf der Mülheimer Brücke, das macht es für Radfahrer und Fußgänger angenehmer und sicherer
- Subjektiv sicherere Zufahrt zur Brücke
- Weniger Konflikte mit Fußgängern auf dem stark frequentierten Teil des Rheinufers zwischen Biergarten und Mülheimer Brücke

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**48**	**47**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Für die Umsetzung des Vorschlags sind umfangreiche Planungen erforderlich, diese können aufgrund vorrangiger Prioritäten und begrenzter personeller Ressourcen voraussichtlich erst ab 2018 begonnen werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Bürgerhaushalt 2015

Die Bezirksvertretung Nippes hat die Rangfolge 9 für den Vorschlag festgelegt.

Priorisierung der Bezirksvertretung **8**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **8**

Vorschlagsnummer 342

Vorschlag für Nippes

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Radfahren in beiden Richtungen erlauben

Die Florastrasse in Nippes ist teilweise Einbahnstraße. Wird von den Radfahrern sehr viel benutzt. In beiden Richtungen. Da muss dringend eine Lösung gefunden werden. Freigabe für die Radfahrer auch gegen die Fahrtrichtung macht unbedingt Sinn.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
5	**55**	**49**	**6**

Stellungnahme Verwaltung

Die Bezirksvertretung Nippes hat am 26.09.2013 eine Prioritätenliste mit Einbahnstraßen beschlossen, die die Verwaltung auf die Möglichkeit der Öffnung für den gegenläufigen Radverkehr überprüfen soll. Nach der erfolgten Überprüfung soll die Verwaltung die Ergebnisse vorstellen und der Bezirksvertretung erneut zur Beschlussfassung vorlegen. Die Florastraße ist in dieser Prioritätenliste enthalten. Es ist vorgesehen, erste Ergebnisse dazu in 2015 vorzustellen und der Bezirksvertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat die Rangfolge 8 für den Vorschlag festgelegt.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**9**	Vorschlagsnummer	286
Vorschlag für	Nippes	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Mietkostenzuschuss für die Dingfabrik e.V.

In Nippes kämpfen mit Leidenschaft und viel Muße interessierte Freizeithandwerker gegen die Wegwerfkultur und für einen gemeinschaftlichen Umgang mit ihren Werkzeugen.

Unter anderen Aktivitäten veranstaltet die Dingfabrik e.V. auch ein regelmäßiges RepairCafé, wo die Reparatur von Haushaltsgegenständen gelernt, praktiziert und gelehrt wird.

Dieser gemeinnützige Nippeser Verein könnte einen Mietkostenzuschuss für seine Räumlichkeiten im alten Blunakeller gut gebrauchen.

Die Stadt möge eine einmalige Unterstützung prüfen und ggf umsetzen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
6	**44**	**43**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Soweit der Vorschlag auf Elemente analog einer Bürgerbegegnungsstätte abzielt, entspricht die „Dingfabrik“ nicht der vom Rat der Stadt 2008 verabschiedeten Rahmenkonzeption für die Arbeit der Kölner Bürgerhäuser und /-zentren. Bürgerbegegnungsstätten im Sinne dieser Rahmenkonzeption sind „durch bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement getragene Einrichtungen, die als Anlauf-, Treff- und Kommunikationsorte das Vereins- und Gesellschaftsleben in den Stadtteilen beleben und prägen“. Eine Förderung der „Dingfabrik“ als Bürgerbegegnungsstätte kommt vor diesem Hintergrund nicht in Betracht. Soweit der Vorschlag auf die beschriebene Zielsetzung „gegen die Wegwurfkultur“ abzielt, verweist die Verwaltung auf die von Rat beschlossene Aufgabenübertragung zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Abfallwirtschaft an die Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln GmbH. Inwieweit eine Förderung „aus bezirklichen Mitteln“ in Frage käme, bliebe (bei entsprechendem Antrag) einer Prüfung und Entscheidung der Bezirksvertretung Nippes vorbehalten.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat den Vorschlag zur Kenntnis genommen und ohne Votum in die weiteren Gremien gegeben.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **10**

Vorschlagsnummer 191

Vorschlag für Nippes

Vorschlagsart Sparvorschlag

Stoppt den Gürtelausbau

Stopp der Planungen für den Gürtelausbau. Die Planugnen in den letzten 15 Jahren haben schon viel Geld verbrannt. Der Ausbau ist nicht sinnvoll, da zusätzlich Verkehr in den Bezirk Nuppes gezogen wird.
Alternativ sollte unterhalb der KVB Trasse ein Radweg gebaut werden. Das wäre eine gute Ergänzung zum KVB Angebot.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**60**	**48**	**12**

Stellungnahme Verwaltung

Mit Beschluss vom 13. Juli 2010 hat der Rat der Stadt Köln die Verwaltung beauftragt, die Planung für den Niehler Gürtel zu ändern. Dabei soll ein stadtverträglicher Raum entstehen, der Durchgangsverkehr soll begrenzt und die angrenzenden Viertel vom Verkehr entlastet werden. Die Verwaltung hat hierzu ein externes Planungsbüro beauftragt. Die Planungen werden derzeit erstellt. Nach Vorliegen der abgeschlossenen Planung wird diese der Politik und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat den Vorschlag zur Kenntnis genommen und ohne Votum in die weiteren Gremien gegeben.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**6**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**11**	Vorschlagsnummer	484
Vorschlag für	Nippes	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Verkehrsberuhigte Neusser Str.

Von der Inneren Kanalstr. bis Neusser St./Gürtel Zohne 30 einrichten, Ampelanlagen abbauen, dafür Kreisverkehre und Zebrastreifen anlegen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**42**	**36**	**6**

Stellungnahme Verwaltung

Derzeit wird die Neusser Straße im Abschnitt Kempener Straße bis Niehler Straße überprüft. Dabei ist u.a. auch vorgesehen, anstelle der Ampelanlagen andere sichere Querungsmöglichkeiten (z.B. Kreisverkehre, Querungsinseln, Zebrastreifen) anzubringen.Bei der Neusser Straße handelt es sich um eine Bundesstraße, welche auf Grund der gesetzlichen Vorgaben nicht als Tempo 30-Zone ausgewiesen werden kann. Im Rahmen der o.g. Umplanung ist es ergänzend vorgesehen, eine Einzelbeschilderung mit 30 km/h einzurichten.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat die Rangfolge 6 für den Vorschlag festgelegt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**12**	Vorschlagsnummer	397
Vorschlag für	Nippes	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Mehr Platz für Fußgänger,Radfahrer, Kinder

Geht man vom vom Schillplatz auf der linken Seite der Simon-Meister-Str. (Einbahnstr.) ist der Bürgersteig so schmal, dass man nicht zu zweit (Paare, Eltern mit ykindern) nebeneinander gehen kann, so dass man bei Gegenverkehr auf die Straße wechseln oder stehen bleiben muss, dass Eltern mit Kinderwagen oder mit Laufrad--Kindern Not haben, die parkenden Autos nicht zu berühren. Warum dürgen hier links und rechts auf der Straßenseite Autos parken? Warum haben Autos hier mehr Platz als Menschen?
Mein Vorschlag: die linke Seite autofrei halten, dafür den Bürgersteig breiter gestalten, so dass Eltern mit Kinderwagen und Kleinkindern auf Laufrädern dort stressfrei und damit Paare Hand in Hand gehen können. Bäume, Kübel zum Auflockern wären auch schön...

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**33**	**30**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Die Verwaltung wird den Vorschlag noch im Detail prüfen, sofern hierzu einen entsprechender politischer Beschluss gefasst wird.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat den Vorschlag zur Kenntnis genommen und ohne Votum in die weiteren Gremien gegeben.

Priorisierung der Bezirksvertretung **3**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **13**

Vorschlagsnummer 555

Vorschlag für Nippes

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Zebrastreifen auf der Xantener Straße - Verbindung der Parks

Auf der Xantener Straße fehlt ein Zebrastreifen, der die beiden Parks (Toni-Steingass und??) miteinander verbindet. Gerade Radfahrer, Eltern mit Kinderwagen und Jogger nutzen diese schöne Fußstrecke zwischen den Schrebergärten und Parks. Auch hinsichtlich des neu entstehenden Wohnviertels in den Clouth-Werken ist hier ein Zebrastreifen angebracht.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**27**	**27**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Der Einbau dieser Querungshilfe ist für die Zeit der Umbauarbeiten im Clouth-Gelände zurückgestellt worden, da hier umfangreiche Erdarbeiten durchgeführt werden mussten und auch noch weitere Straßenausbauarbeiten neben den Hochbauarbeiten vorgesehen sind. Um sich gegenseitig nicht zu behindern, und der Baustellenverkehr nicht die neu erstellte Überquerungshilfe beschädigt, ist man seitens der Verwaltung zu diesem Entschluss gekommen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat die Rangfolge 3 für den Vorschlag festgelegt.

Priorisierung der Bezirksvertretung **7**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **14**

Vorschlagsnummer 337

Vorschlag für Nippes

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Escher Straße: Einbahnstraße für Radfahrer öffnen

Zwischen der S-Bahn-Station Köln-Nippes und der Geldernstraße ist die Escher Straße eine Einbahnstraße. In Richtung Geldernstraße "teilen" sich Radfahrer hier den gemeinsamen Fußweg mit Fußgängern, wobei es oft zu gefährlichen Situationen kommt. Für eine gemeinsame Nutzung ist der Fußweg zu schmal, vielen Fußgängern ist die Regelung nicht bewusst, die unübersichtliche Ausfahrt vom Gelände des Netto-Marktes verschärft die Gefahrenlage zusätzlich.
Gleichzeitig ist die Straße mindestens ebenso breit und nicht stärker frequentiert als vergleichbare, freigegebene Einbahnstraßen in Köln. Ich schlage daher vor, die Einbahnstraße in Richtung Geldernstraße für den Radverkehr zu öffnen und dies durch kostengünstige Piktogramme deutlich zu machen!
Zusätzlicher Vorschlag: Die Straße bzw. auch der schmale Radweg in Gegenrichtung könnten verbreitert und Begegnungen somit sicherer gemacht werden, wenn der Parkstreifen entfernt würde und stattdessen eine Kooperation mit dem gegenüberliegenden Netto-Markt über die Nutzung der dort nicht ausgelasteten Parkplätze realisiert würde!

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**31**	**28**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Die Verwaltung erarbeitet derzeit für den Kreuzungsberiech Liebigstraße / Escher Straße / Lämmerstraße eine Planung, bei der auch vorgesehen ist, die Escher Straße im o.g. Abschnitt für den Radverkehr zu optimieren. Es ist beabsichtigt, den gemeinsamen Geh- und Radweg als Gehweg umzubauen und den Radverkehr in Richtung Geldernstraße auf der Fahrbahn zu führen.Hinweis zum Vorschlag:Erfahrungen an vergleichbaren Stellen im Stadtgebiet zeigen, dass Supermärkte ihre Parkplätze nicht der Allgemeinheit zur Verfügung stellen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat die Rangfolge 7 für den Vorschlag festgelegt.

Priorisierung der Bezirksvertretung **4**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **15**

Vorschlagsnummer 351

Vorschlag für Nippes

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Moderens Verkehrskonzept für die Niehler Straße

Die Niehler Straße ist im Bereich zwischen Innerer Kanalstraße und Friedrich-Karl-Straße derzeit in einem katastrophalen Zustand. Die Fahrbahndecke ist marode und die Straße ist so ghestaltet, dass alles dem motorisierten Verkehr untergeordnet wird. Es sollten Fahrbahnen für den Fahrradverkehr, Parkbuchten auf der Straße und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h eingerichtet werden, um dem Wohncharakter der Straße Rechnung zu tragen

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**34**	**29**	**5**

Stellungnahme Verwaltung

Für die Niehler Straße wurde für den Abschnitt von Lis-Böhle-Park bis Florastraße eine Konzeptionsplanung erstellt, welche von der Bezirksvertretung Nippes bereits beschlossen wurde. Diese Konzeptionsplanung sieht eine Umgestaltung der Niehler Straße im o.g. Abschnitt vor. Die Anlage von Schutzstreifen für Radfahrer, die Neuordnung des ruhenden Verkehrs sowie die Verbesserung der Aufenthaltsqualität sind daher wesentliche Elemente dieser Umgestaltung. Die Verwaltung beabsichtigt, die weitere Planung im Jahr 2015 fortzusetzen. Ebenso wird derzeit der Bereich von Florastraße bis Xantener Straße entlang der Niehler Straße im Zusammenhang mit der Baumaßnahme zum Clouth-Gelände umgeplant.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Nippes hat die Rangfolge 4 für den Vorschlag festgelegt.

Bürgerhaushalt 2015

TOP-11 Liste
Bezirk Chorweiler

Bürgerhaushalt 2015

Vorschlag für **Chorweiler**

Priorisierung der Bezirksvertretung **6**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **1**

Vorschlagsnummer 169

Vorschlag für Chorweiler

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Vollversorger in Merkenich

In den Rheindörfern Merkenichs gibt es für die ca. 6.000 Einwohner keine zufriedenstellenden Einkaufsmöglichkeiten.

Das von der Stadt beschlossene Einzelhandelskonzept mit einem Nahversorgungszentrum auf der Merkenicher Hauptstraße ist für Merkenich nicht aufgegangen.
Zuletzt wurden der Drogeriemarkt und die Apotheke geschlossen.

Die Ortslagen bieten keinen Platz, einen größeren Vollversorger anzusiedeln.

Die Stadt besitzt mit dem Gewerbegebiet Causemannstraße ausreichend Fläche in Dorfrandlage. Diese ist für das Sonderstandortprogramm KMU ausgewiesen, kann aber nur schleppend vermarktet werden.

Der Vorschlag:
Eine angemessene Fläche in dem Gewerbegebiet Causemannstraße für die Ansiedlung eines Vollversorgers umwidmen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**30**	**27**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Das Gewerbegebiet Causemanstraße am westlichen Ortsrand von Merkenich liegt innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 6654/03 vom 28.04.2003. Gemäß Punkt 2 der textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes sind in diesem Gewerbegebiet Einzelhandelsbetriebe und sonstige Gewebebetriebe mit Verkaufsflächen an letzte Verbraucher nicht zulässig.Neben der planungsrechtlichen Unzulässigkeit würde eine Ansiedlung eines Lebensmittelvollversorgers innerhalb des Gewerbegebietes Causemannstraße auch dem vom Rat der Stadt Köln am 17.12.2013 beschlossenen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes Köln widersprechen, da dieser Standort außerhalb des Nahversorgungszentrums Merkenich, Merkenicher Hauptstraße, liegt. Die Zielsetzung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes beinhaltet für das NVZ unter anderem eine Sicherung der Versorgungsfunktion im kurzfristigen Bedarf durch Erhalt des Lebensmittelanbieters sowie durch die Verhinderung von Ansiedlungen von derartigen Einzelhandelsbetrieben in den umliegenden Gewerbegebieten. Die Ansiedlung eines Lebensmittelvollversorgers im Gewerbegebiet Causemannstraße ist somit nicht möglich.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Chorweiler befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**1**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**2**	Vorschlagsnummer	423
Vorschlag für	Chorweiler	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Begegnungsstätte für Blumenberg

In Köln Blumenberg hat der Bürger keinerlei Möglichkeit sich zu Treffen , wie z.B. in Köln- Chorweiler das Kaffee " Olco ".
Dem Bürger wird hiermit nicht die Möglichkeit gegeben sich einmal zu entspannen , oder aber auch eine mögliche Vereinsaktivität durchzuführen , auch könnte hier ein besseres Miteinander gefördert werden ,ein Gewerbegrundstück existiert hierfür auch , an der Langenbergstrasse, 2 Grundstücke links neben der Kita, hier müsste nur die festgeschriebene Bebauung im Bebauungsplan geändert werden,und man könnte hier ein Kaffee oder ähnliches errichten .
Bei Errichten durch die Stadt Köln , kommt es zwar hier erst einmal zu Ausgaben ,welche sich aber über die Jahre amortisieren würden,Einnahmen durch Pacht , Umsatz -, Gewerbe - und Einkommenssteuer .
Den Bürgereffekt hier nicht mit eingerechnet !
Blumenberg benötigt dringend so eine Örtlichkeit !

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
59	**53**	**36**	**17**

Stellungnahme Verwaltung

Soweit der Vorschlag auf die Einrichtung einer Bürgerbegegnungsstätte abzielt unterstützt ihn die Verwaltung, weil der Bedarf für eine Begegnungsstätte im Stadtteil gesehen wird. Im Sinne der vom Rat der Stadt 2008 verabschiedeten Rahmenkonzeption für die Arbeit der Kölner Bürgerhäuser und /-zentren sind Bürgerbegegnungsstätten „durch bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement getragene Einrichtungen, die als Anlauf-, Treff- und Kommunikationsorte das Vereins- und Gesellschaftsleben in den Stadtteilen beleben und prägen“. Eine offene Begegnungsstätte für Blumenberg wird vor dem Hintergrund der Flüchtlingsunterbringung und des damit einhergehenden Bedarfes an zusätzlichem öffentlichen Raum für gemeinsame Aktivitäten aus Sicht der Sozialraumkoordination unterstützt. Eine Übertragung der Konzeption des in Chorweiler beheimateten Café Olko erscheint aus Sicht der Verwaltung problematisch. Eigentümer des Café Olko ist die Bäder GmbH, die das Objekt gewerblich verpachtet hat. Mittel für die Errichtung / den Betrieb einer (weiteren) Bürgerbegegnungsstätte in städtischer Trägerschaft sind im Haushaltsplanentwurf 2015ff. nicht veranschlagt. Dies widerspräche auch der vorstehend erwähnten Rahmenkonzeption. Einen Zuschuss an eine in bürgerschaftlicher (freier) Trägerschaft betriebene Bürgerbegegnungsstätte würde die Sozialverwaltung aber grundsätzlich befürworten.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Chorweiler befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**3**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**3**	Vorschlagsnummer	28
Vorschlag für	Chorweiler	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Rad- und Fußweg entlang des Blumenbergsweg

Der Blumenbergsweg verbindet Fühlingen, Langel, Blumenberg und Worringen miteinander. Aufgrund der geringen Breite und der nicht vorhandenen Beleuchtung birgt diese Straße für Fahrradfahrer und Fußgänger ein hohes Gefahrenpotential. Vor allem in der dunklen Jahreszeit erhöht sich das Risiko als "schwacher" Verkehrsteilnehmer übersehen zu werden deutlich. Daher muss hier dringend ein Rad- und Fußweg geschaffen werden, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer ausreichend zu gewährleisten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
18	**58**	**38**	**20**

Stellungnahme Verwaltung

Bei einer entsprechenden Beschlussfassung kann die Verwaltung diesen Beschluss an den zuständigen Straßenbaulastträger, in diesem Fall den Landesbetrieb Straßenbau NRW, weiterleiten.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Chorweiler befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **11**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **4**

Vorschlagsnummer 25

Vorschlag für Chorweiler

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Reaktivierung der Kinderspielplätze in Köln Blumenberg

Trotz des Kinderreichtums im Stadtteil werden einzelnen Spielplätze seit Jahren nicht mehr gepflegt und teilweise sogar zurückgebaut. Der Kinderspielplatz gegenüber der Langenbergstraße 303 in Blumenberg sollte wieder eine Drehscheibe und ein neues "Spielschiff" bekommen. Momentan ist dieser Platz nur noch ein Treffpunkt für alkoholisierte Jugendliche. Durch eine Aufwertung dieses Spielplatzes könnte dieser Verwahrlosung entgegengewirkt werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
15	**29**	**22**	**7**

Stellungnahme Verwaltung

Bei dem angesprochenen Spielplatz handelt es sich um den einzigen öffentlichen Spielplatz in Blumenberg, der teilweise 2014 „zurückgebaut“ wurde. Der Grund hierfür war die nicht mehr vorhandene Verkehrssicherheit. Alle abgebauten Spielgeräte waren so marode, dass Reparaturen nicht mehr möglich waren.Nach der Auswertung etlicher Beteiligungen von Kindern, Eltern und Anwohnern, wurde Ende 2014 der Spielplatz bereits neu geplant und neue Spielgeräte bestellt. Die Fertigstellung ist für das erste Halbjahr 2015 vorgesehen. Die Kosten werden ca. 65.000 EUR betragen. Ein möglicher Spielplatzpate hat sich ebenfalls bereits gemeldet. Grundsätzlich werden alle Spiel- und Bolzplätze, auch die in Blumenberg, regelmäßig gepflegt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Chorweiler befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **7**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **5** Vorschlagsnummer 50

Vorschlag für Chorweiler Vorschlagsart Sparvorschlag

erhöhte Parkraumüberwachung in Blumenberg

Aufgrund der beengten Verkehrssituation im Stadtteil werden, am Wochenende und zum Feierabend hin, in Blumenberg oftmals Feuerwehrzufahrten und Wendekreise zugeparkt, sodass ein schnelles und direktes Durchkommen für Rettungsfahrzeuge immer schwieriger wird. Durch eine verstärkte Parkraumüberwachung vor allem am Wochenende kann die Stadt Köln hier weitere Einnahmen generieren und dazu beitragen, dass Garagen nicht mehr als Lagerflächen, sondern als Parkmöglichkeiten genutzt werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
7	**22**	**16**	**6**

Stellungnahme Verwaltung

Die Aufgabe der Überwachung des ruhenden Verkehrs obliegen neben der Zuständigkeit der Kreispolizeibehörde innerhalb der Stadt Köln dem Amt für öffentliche Ordnung als örtlicher Ordnungsbehörde gem. § 48 Abs. 3 des Ordnungsbehördengesetzes (OBG). Die Aufgabe wird von nach §57 Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) allgemein ermächtigten Verwaltungsangestellten (Verkehrsüberwachungskräfte) der Abteilung Ordnungs- und Verkehrsdienst durchgeführt.Der Verkehrsdienst der Stadt Köln hat dabei folgende Aufgaben:- Präventive Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr durch Verwarnungen und Anzeigen- Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Parkraumbewirtschaftungskonzepte (z.B. Überwachung Parkscheinautomaten, Überwachung Bewohnerparkgebiete)- Problemorientierte Verkehrsüberwachung (z.B. Schulwegsicherung, Feuerwehr- und Rettungsdienstzufahrten, Radwege, Ladezonen)- Sicherstellung von Kraftfahrzeugen zur Abwendung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung- Unterstützung bei der Aufrechterhaltung des Verkehrsflusses- Erteilung von Auskünften über die Lage von Straßen, Behörden etc. an Fremde und Ortsunkundige- Erteilung von Auskünften hinsichtlich der Parkmöglichkeiten und Nutzung von alternativen Parkmöglichkeiten (Parkleitsystem, P+R Parkplätze)Zur Aufgabenerfüllung werden rund 240 Verkehrsüberwachungskräfte eingesetzt. Der Stadtteil Blumenberg wird im Rahmen der vorhandenen personellen Ressourcen regelmäßig im Tages- und Spätdienst kontrolliert.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Chorweiler befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **2**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **6**

Vorschlagsnummer 248

Vorschlag für Chorweiler

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Straßenbeleuchtung Am Baggerfeld (L93)

Beleuchtung der Straße am Baggerfeld (L93) zwischen den Ortsteilen Esch und Pesch zur Verkehrssicherung. Dieser Vorschlag wurde bereits mehrfach in der BV Chorweiler eingebracht und bisher immer verworfen. Dennoch halte ich die Maßnahme aus Gründen der Verkehrssicherheit besonders für Radfahrer und Fußgänger für zwingend notwendig.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**12**	**10**	**2**

Stellungnahme Verwaltung

Für die optimale Ausleuchtung dieser ca. 1.300 Meter langen Strecke wären 38 Laternenmaste erforderlich. Hierfür würden Gesamtkosten in Höhe von ca. 153.200 EUR anfallen. In Anbetracht der Haushaltssituation ist an dem Beschluss des Ausschusses Umwelt und Grün, neben Park- und Grünanlagen auch anbaufreie Strecken nicht mit Beleuchtungsanlagen auszustatten, aus Sicht der Verwaltung notwendigerweise weiter festzuhalten.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Chorweiler befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **5**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **7**

Vorschlagsnummer 323

Vorschlag für Chorweiler

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Verkehrsberuhigung in Esch (Chorbuschsstr.)

Im Ortsbereich Esch ist die Chorbuschstraße in Teilen als verkehrsberuhigte 30er Zone ausgewiesen. Dies sollte weiter auf den Bereich zwischen den beiden Kreisverkehren ausgeweitet werden. Gerade Abend und im speziellen wird der Bereich zur "Rennstrecke" in Richtung Sinnersdorf. Durch regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen könnten die Ausgaben schnell wieder amortisiert werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**14**	**10**	**4**

Stellungnahme Verwaltung

Geschwindigkeitskontrollen:Die Stadt Köln, Ordnungs- und Verkehrsdienst, darf nach § 48 Abs. 3 des Ordnungsbehördengesetz NRW Geschwindigkeitsüberwachungen mit stationären oder mobilen Messgeräten nur an Gefahrenstellen durchführen. Gefahrenstellen sind Unfallhäufungsstellen und schutzwürdige Bereiche, zu denen Schulen, Kindergärten, Seniorenheime und ähnliches gehören sowie solche Streckenabschnitte, auf denen eine erhöhte Unfallgefahr angenommen werden kann. Die Chorbuschstraße ist nach Feststellung der Unfallkommission Köln keine Unfallhäufungsstelle.Die zuständige Bezirksvertretung hat zeitgleich eine Anfrage zu dieser Thematik an die Verwaltung gestellt, und eine Stellungnahme zu Geschwindigkeitskontrollen in Esch/Auweiler wurde zur Tagesordnung der Sitzung am 18. Dezember 2014 eingereicht.Der Verlauf der Chorbuschstraße wird unter Berücksichtigung der rechtlichen Voraussetzungen (Annahme der erhöhten Unfallgefahr) zur Einrichtung von neuen mobilen Messstellen geprüft, darüber hinaus werden Geschwindigkeitskontrollen in Esch im Rahmen der Einsatzplanung weiterhin berücksichtigt.Ausweitung Tempo 30:Die Chorbuschstraße liegt innerhalb des sogenannten Vorbehaltsnetzes, einem Netz von Vorfahrtsstraßen, die aufgrund ihrer verkehrlichen Merkmale, wie z. B. Verkehrsbedeutung und -funktion für den Individualverkehr und öffentlichen Personennahverkehr, Charakter und Ausbau nicht innerhalb von Tempo 30-Zonen liegen sollen. Hier wird in der Regel eine Fahrgeschwindigkeit von 50 km/h (oder mehr) zugelassen. Auf der Grundlage eines Beschlusses des Rates der Stadt Köln über die flächendeckende Einführung von Tempo 30-Zonen wurde von der Verwaltung ein Konzept über Tempo 30-Zonen in allen geschlossenen Wohngebieten Kölns und das Netz der Vorfahrtstraßen (Vorbehaltsnetz) erstellt. Die Straßen des Vorbehaltsnetzes in Köln weisen Merkmale auf, die - unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben (§ 45 Straßenverkehrsordnung und deren Verwaltungsvorschrift) - die Integration in die Tempo 30-Zonen komplett bzw. teilweise ausschließen. Dabei handelt es sich unter anderem um Kriterien, die eine Tempo 30-Zonenregelung absolut ausschließen, wie klassifizierte Straßen (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen).Bei der Chorbuschstraße zwischen den beiden o. g. Kreisverkehren handelt es sich um eine Landesstraße. Somit fällt dieses Teilstück unter das Kriterium, das bei einer Tempo-30-Zone auszuschließen ist.Sind auf einer bestimmten Straßenstrecke Umstände gegeben, die von den allgemeinen auf entsprechenden Strecken vorhandenen Umständen deutlich abweichen, z. B. eine signifikant erhöhte Unfallrate, können gemäß der Straßenverkehrsordnung Geschwindigkeitsbeschränkungen angeordnet werden. Für die „Chorbuschstraße“ liegen solche besonderen Umstände nicht vor, sodass eine Ausweitung der Geschwindigkeitsbeschränkung seitens der Verwaltung nicht befürwortet wird.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Chorweiler befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **4**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **8**

Vorschlagsnummer 542

Vorschlag für Chorweiler

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

KVB Linie 3 bis Köln-Pesch ausbauen

Die Straßenbahnlinie 3 der KVB von Köln Mengenich nach Köln Pesch ausbauen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**14**	**10**	**4**

Stellungnahme Verwaltung

Aufgrund der ermittelten potenziellen Nachfrage und der fehlenden Finanzierung eines solchen Projektes ist es derzeit ungewiss, ob es mittelfristig zu einer Stadtbahnanbindung des Stadtteils Pesch kommen kann. Um dennoch die Möglichkeiten einer Anbindung aufrechtzuerhalten, wurde seitens der Stadtverwaltung untersucht, eine Trasse freizuhalten. Diese Untersuchung sieht eine Verlängerung der Linie 5 vor, die dann durch die östlichen Bereiche von Pesch verlaufen könnte. Eine Verlängerung der Linie 3 wurde hierbei verworfen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Chorweiler befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **8**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **9**

Vorschlagsnummer 268

Vorschlag für Chorweiler

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Öffentlicher Parkplatz in Köln Langel (Bezirk Chorweiler)

Köln Langel,Nähe Merkenich, hat aufgrund seiner Anbindung an die Rheinfähre nach Hitdorf ein immenses Aufkommen an Ausflüglern. Es gibt kaum Parkmöglichkeiten, PKWs werden überall im Ort wild abgestellt. Ich votiere für einen Prakplatz.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**9**	**3**	**6**

Stellungnahme Verwaltung

Die Umsetzung des Vorschlages ist im öffentlichen Straßenland nicht möglich, da hierfür die erforderliche Fläche nicht zur Verfügung steht.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Chorweiler befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **9**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **10**

Vorschlagsnummer 138

Vorschlag für Chorweiler

Vorschlagsart Sparvorschlag

Wegfall "Park & Ride"-Parkplatz in Heimersdorf

Der Parkplatz über der U-Bahn-Station und an der Bushaltestelle wird morgens von Benutzern der Straßenbahnlinie 15 zugeparkt bis spät abends.Ich schlage vor, dort die Parklage mit Parkscheiben zu entschärfen.
Damit würden Einkäufer des Ladenzentrums leichter einen legalen Parkplatz finden. Und die Patienten des Ärztezentrum im Hochhaus ebenfalls.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**15**	**4**	**11**

Stellungnahme Verwaltung

Der Verkehrsausschuss hat in seiner Sitzung am 04.09.2012 beschlossen, dass eine einheitliche Bewirtschaftung im gesamten Stadtgebiet ausschließlich mit Parkscheinautomaten beibehalten wird. Die Parkscheibenregelung ist für das Gebiet der Stadt Köln daher nicht zu verwenden. Eine kostenfreie Verfügbarkeit von städtischen Stellplätzen im öffentlichen Straßenland über die Regelung der Parkscheibe würde zu einem kontraproduktiven Nutzungsverhalten der Verkehrsteilnehmer führen. Da dieses kostenfreie Angebot im öffentlichen Straßenland weiterhin bevorzugt genutzt werden würde, ist damit eine Überlastung der Stellplätze durch kostenfreies Parken nicht zu verhindern. Auf Grund dessen wurde in allen Großstädten in Deutschland grundsätzlich eine Bewirtschaftung ausschließlich mittels Parkgebühren eingeführt. Daher ist die Parkscheibenregelung aus Sicht der Verwaltung kein geeignetes Instrumentarium.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Chorweiler befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags.

Priorisierung der Bezirksvertretung **10**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **11**

Vorschlagsnummer 250

Vorschlag für Chorweiler

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Ausweis größerer Freilaufflächen für Hunde

Im Parkgelände Longerich/Chorweiler/Blumenberg/Fühlingen werden viele Hunde ausgeführt.
Da es immer wieder zu Konflikten mit Joggern, Freizeitsportlern, Radfahrern kommt, sollte eine größere (längere und breite Fläche) von Longerich über Chorweiler bis Blumenberg und Fühlingen ausgewiesen werden. Hier sollten dann alle Hunde ausgiebig laufen können.
Sportler usw. würden das Risiko kennen und man würde sich nicht gegenseitig belästigen.
Auf den Wegen zu den Freilaufflächen also in der Nähe der Wohnbebauung, sollte mehr kontrolliert werden, ob die Anleinplicht auch eingehalten wird.
Das Ziel ist:
Es soll endlich genügend Auslauf für die Tiere möglich sein.
Sicherheit für die Tierhalter, nicht verwarnt zu werden, wenn dem Tier mehr Auslauf gewährt wird.
Andere Nutzer der Grünflächen sollen sich sicher fühlen. (Es gibt Menschen die panische Angst vor Hunden haben, Radfahrer können stürzen und Jogger haben ungern einen kleinen Hund an der Wade)
Kinder auf den Spielplätzen in Ortsnähe wären sicher.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
5	**26**	**8**	**18**

Stellungnahme Verwaltung

Das Vorhaben scheitert u. a. daran, dass sich nicht alle zu dem geforderten Flächenverbund benötigten Flächen in städtischem Besitz befinden und auch nicht vollständig verfügbar wären. Darüber hinaus sind aus Sicht der Verwaltung ausreichend Hundefreilaufflächen vorhanden. Durch die Einrichtung solcher Flächen werden Konflikte erfahrungsgemäß auch keinesfalls beseitigt. Die Flächen würden anderen Nutzern entzogen, obwohl der Nutzungsbedarf durch Nichthundebesitzer deutlich größer als der der Hundebesitzer ist. Eine Hundefreilauffläche ist auch keine Grünfläche zur ausschließlichen Nutzung durch Hundebesitzer, sondern eine Grünfläche, auf der auch Hunde laufen dürfen und zwar hier ausnahmsweise unangeleint. Das entbindet jedoch nicht von den gesetzlichen Verpflichtungen aus dem Landeshundegesetz. Im Endeffekt werden mehr Konflikte mit z.B. Joggern als bisher erwartet. Der Vorschlag ist aus Sicht der Verwaltung nicht umsetzbar.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Chorweiler befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags.

Bürgerhaushalt 2015

TOP-15 Liste
Bezirk Porz

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **1**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **1** Vorschlagsnummer 507

Vorschlag für Porz Vorschlagsart Sparvorschlag

Bebauung Memeler Straße / Danziger Straße durch die GAG

Die durch die GAG geplante Bebauung im bereits existenten Wohngebiet Memeler Straße / Danziger Straße ist in mehrfacher Hinsicht zu groß, zu dicht und zu maßlos!
1.) Das Angebot an Schulen in Urbach ist für dieses Bauvorhaben nicht ausreichend!
Alle Schulen (Grundschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule) in Urbach und um Urbach können bereits heute nicht mehr die Urbacher Kinder aufnehmen, da die Schulen überfüllt sind.
Die Grundschule Kupfergasse fährt seit Bestehen der Schule zum ersten Mal 5-zügig.
Den nicht aufgenommenen Kindern, werden heute bereits Schulen in Zündorf, Deutz und Köln angeboten.
Die Kindergärten in Urbach sind ebenfalls überfüllt.
2.)Das bestehende Kanalsystem reicht nicht aus!
Das Kanalsystem kann bei Starkregen die Wassermassen nicht aufnehmen, Straßen und Keller laufen voll.
Auch der Vorstandsvorsitzende der Stadtentwässerungsbetriebe, Herr Otto Schaaf hat konkret auf die schwierige Kanalsituation in Urbach aufmerksam gemacht.
Eine entlastenden Kanalveränderung würde ca. zwei bis drei Jahre dauern, Zeit, in der in Ruhe ein Bebauungsplan entwickelt werden kann.
3.)Der Baumbestand muss gerettet werden!
Der alte Baumbestand muss gerettet werden!
Auf dem Grundstück Danziger Straße / Memeler Straße befindet sich ein umfangreicher, eindrucksvoller Baumbestand. Hierbei handelt es sich u.a. um Linden, die in 3er Gruppen stehen, Hainbuchen, Trauerweide, Ahornbäume und Eschen.
Durch den großen Baumbestand leben hier viele Vögel und auch Fledermäuse.
Durch Art und Umfang sind die meisten Bäume geschützt, für nahezu alle wurde eine Fällgenehmigung erteilt.
4.)Die Infrastruktur reicht nicht aus, um den zunehmenden Verkehr aufzufangen!
Allein durch die Nachverdichtung Danziger Straße / Memeler Straße muss man bei 170 Wohneinheiten mit ca. 255 zusätzlichen Fahrzeugen (170 x 1,5 Autos) rechnen.
Die derzeitigen Anwohner der abzureißenden Häuser haben keine Fahrzeuge.
Die GAG plant gerade mal 169 Parkplätze, davon 117 Tiefgaragenplätze und 52 Außenstellplätze.
Weiterhin werden durch die Neubausiedlungen Fuchskaule und Friedensstraße ebenfalls weitere Fahrzeuge die Urbacher Straßen belasten.
Schon heute sind die Abfahrt Kennedy Straße und die Frankfurter Straße im Berufsverkehr täglich überlastet.
Künftig könnten sich Rückstaus bis auf die Flughafenautobahn bilden.
Es reicht definitiv nicht aus, nur die Straßen im Innenbereich des Nachverdichtungsgebiets zu verbreitern, das Gebiet ist viel komplexer und muss als Ganzes betrachtet werden.

Diese Nachverdichtung durch die GAG ist zu groß, zu dicht und zu maßlos und wird sich negativ auf den Stadtteil Porz Urbach auswirken.
Es ist weder eine ökologische noch eine soziale Nachhaltigkeit gegeben.

Ich weise die Stadt Köln eindringlich darauf hin, dass solch eine massive Baumaßnahme in einem existenten Wohngebiet negative Auswirkungen auf den Stadtteil Urbach haben wird.
Jetzt schon absehbare Planungsfehler müssen dann durch den Bürgerhaushalt beglichen werden!

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
20	**103**	**93**	**10**

Stellungnahme Verwaltung

Der Vorhabenträger stellt den Ausbau des Straßensystems unentgeltlich her und überträgt die angepassten

Straßenflächen im Nachgang an die Stadt Köln. Durch die Schaffung von gefördertem Wohnungsbau wird die steigende Nachfrage nach günstigem Wohnraum bei einer zunehmend angespannteren Wohnungsmarktsituation bedient und der Wohnungsmarkt entlastet. Als Folge dessen trägt die Maßnahme dazu bei, eine weitere Zunahme des Kölner Mietpreisniveaus abzumildern. Durch die Nutzung bereits bebauter und erschlossener Flächen werden zukünftige Infrastrukturfolgekosten, die bei einer Inanspruchnahme von z.B. landwirtschaftlichen Flächen wesentlich höher wären, vermieden. Somit entsteht ein volkswirtschaftlicher Nutzen und eine effiziente Ausnutzung der bestehenden Leitungen, Straßen und Entwässerungssysteme, da der Bau und Unterhalt neuer Anlagen vermieden werden kann. Der Vorschlag die Baumaßnahme zu verringern und dadurch Kosten zu sparen oder durch Mittel aus dem Bürgerhaushalt anderweitig passiv betroffener Bereiche zu fördern, wird vor dem Hintergrund einer zu prüfenden Kosten-Nutzen-Verhältnisses überschlägig als unwirtschaftlich eingeordnet. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass seitens der GAG (Bauherr) ein Rechtsanspruch auf Genehmigung einer der Umgebung angepassten Bebauungsdichte besteht. Eine Abwandlung oder Modifizierung des zulässigen Bauvorhabens seitens der Verwaltung ist rechtlich nicht umsetzbar, da die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden ist. Dies bedeutet, dass die Verwaltung nicht ohne gesetzliche Ermächtigung handeln darf. Darüber hinaus muss die Verwaltung bei ihrem Handeln die bestehenden Gesetze beachten. Der Vorschlag befasst sich mit einer von der GAG geplanten Nachverdichtung der bestehenden Wohnbebauung im Bereich Memeler Straße/Danziger Straße in Köln-Porz-Urbach mit rund 170 zusätzlichen Wohneinheiten. Bei einer Wohnbaumaßnahme in einer solchen Größenordnung geht die Verwaltung von geringen Auswirkungen auf die bestehenden Schulen aus. Im Stadtteil Urbach befindet sich nur die Katholische Grundschule (KGS) Kupfergasse, sie kann bis zu 5 Klassen je Jahrgang (= 125 Schülerinnen und Schüler) aufnehmen. Da es sich dabei um eine Bekenntnisschule handelt, müssen Schülerinnen und Schüler, die eine Gemeinschaftsschule besuchen wollen, bereits jetzt auf Grundschulen in benachbarten Stadtteilen ausweichen. Für Schülerinnen und Schüler im Primarbereich wird vom Schulträger Stadt Köln eine wohnortnahe Beschulung angestrebt, aufgrund der unterschiedlichen Schularten ist dies jedoch nicht immer zu gewährleisten. Bei weiterführenden Schulen ist den Schülerinnen und Schülern durchaus ein weiterer Schulweg zu der gewünschten Schulform zuzumuten.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz spricht sich gegen eine Umsetzung des Vorschlags aus.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**2**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**2**	Vorschlagsnummer	30
Vorschlag für	Porz	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Porz wieder aufbauen

Das Hertiehaus endlich restaurieren und dafür sorgen, dass Porz wieder attraktiver wird..

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
10	**61**	**59**	**2**

Stellungnahme Verwaltung

Die Verwaltung hat eine Machbarkeitsstudie für die Umnutzung des ehemaligen Hertie-Kaufhauses und zur Revitalisierung der Innenstadt Porz beauftragt. Durch „moderne stadt – Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH“ wurde diese Machbarkeitsstudie erarbeitet und am 11.02.2015 vorgelegt. Die Studie stellt dar, wie eine Revitalisierung der Porzer Innenstadt mit planerischen Mitteln gelingen kann. Ferner zeigt sie auf, mit welchen Chancen und Risiken die unterschiedlichen Lösungen verbunden sind. Für vier Varianten sind Kosten ermittelt worden, die die wirtschaftliche Vergleichbarkeit der vorgestellten Varianten ermöglichen.Der Oberbürgermeister der Stadt Köln hat die Machbarkeitsstudie am 09.03.2015 in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Detaillierte Informationen zu Inhalten der Studie finden sich hier:http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/planen-bauen/projekte/revitalisierung-der-porzer-innenstadt.Am 26.03.2015 wird die Machbarkeitsstudie in einer öffentlichen Veranstaltung den Bürgerinnen und Bürgern in Porz vorgestellt. Die Teilnehmer werden dabei in Arbeitsgruppen die Themen vertieft diskutieren und ihre Vorstellungen formulieren können. Siehe auch:http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/freizeit-natur-sport/veranstaltungskalender/buergerworkshop-zur-machbarkeitsstudie-innenstadt-porzNach einer abschließender Bewertung und Durchführung der Bürgerbeteiligung wird die Verwaltung voraussichtlich vor der Sommerpause den Ratsgremien ihre Ergebnisse und einen konkreten Handlungsvorschlag vorlegen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags entsprechend der Verwaltungsstellungnahme.

Priorisierung der Bezirksvertretung **3**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **3**

Vorschlagsnummer 142

Vorschlag für Porz

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

PORZ - liegt an einem der schönesten Rheinbögen

Porz liegt an einem der schönsten Rheinbögen am ganzen Niederrhein. Andere Städte und Gemeinden würden sich darum reißen. Soviel Potential liegt hier einfach brach.
Die Bürger(vereine) werden alleine gelassen in ihrem Bemühen sich ein angenehmeres Umfeld zu schaffen.

Es fehlt am Rheinufer an Gastronomie, an Plätzen, die zum verweilen einladen!
Die Stadt tut definitiv zu wenig. Immer wieder nimmt sie Geld in die Hand, aber nicht für PORZ!
Der Einzelhandel stirbt, die Kunden wandern ab Richtung Siegburg und Bonn.
Wenn nicht SCHNELL etwas geschieht geht dieser Stadtteil den Bach runter. Was folgt liegt auf der Hand, Verwahrlosung und Kriminalität.....
So kann man diesen wunderbaren Fleck am Rhein zerstören und dies kann doch nicht im Sinne der Stadt Köln sein, oder?

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
8	**57**	**52**	**5**

Stellungnahme Verwaltung

Es wird vorgeschlagen den Rheinbogen im Stadtbezirk Porz hinsichtlich seiner freiräumlichen und wirtschaftlichen Potentiale zu stärken. Dabei wird insbesondere auf die Bedeutung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Bürgervereine hingewiesen. Eine Aufwertungs- und Instandsetzungsstrategie entlang der Uferpromenade und des Umfeldes im Stadtbezirk Porz wird als tragfähig und faktisch umsetzbar beurteilt. Insbesondere auf städtischen Grundstücken sowie in Kooperation mit angrenzenden privaten Grundstückseigentümern können gastronomische und stadträumliche Verbesserungen mit Mitteln aus dem Bürgerhaushalt gefördert werden. Hierbei ist es zielführend, neben einer gesamträumlichen Strategie (z.B. „Uferpromenade Porz am Rhein“), einer Prioritätenliste mit vordringlichen Maßnahmen zu erstellen, die in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Mitteln benannt werden. Eine Kooperation mit privaten Akteuren ist anzustreben. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Bürgervereine können dabei als aktive Partner bei der Umsetzbarkeit in Kooperation mit der Verwaltung einbezogen werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags entsprechend der Verwaltungsstellungnahme.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **4**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **4**

Vorschlagsnummer 355

Vorschlag für Porz

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer in Zündorf

Für den Kern von Zündorf soll ein Konzept zur Verbesserung der Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer entwickelt werden.
Dazu zählen ausreichend breite Bürgersteige auf der Hauptstraße, sichere Übergänge für Fußgänger und eine Verbesserung der Radwegverbindungen (u.a. die Einrichtung von Radverkehrsstreifen auf der Hauptstraße, der Houdainer Straße etc).

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**47**	**47**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Die Bezirksvertretung Porz hat bereits die Erstellung eines Konzeptes für die Hauptstraße in Zündorf beschlossen. Das Projekt ist Bestandteil des Arbeitsprogrammes.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz hat bereits die Erstellung eines Konzeptes für die Hauptstraße in Zündorf beschlossen.

Priorisierung der Bezirksvertretung **5**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **5**

Vorschlagsnummer 353

Vorschlag für Porz

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Gesamtverkehrskonzept für den Porzer Süden

Aufgrund der bereits heute sehr angespannten und äußerst storanfälligen Verkehrssituation in Zündorf und Porz ist eine komplexe Untersuchung der Verkehrsströme über die Stadtgrenzen hinweg durch einen unabhängigen externen Gutachter erforderlich, bevor über weitere Bebauungen im Porzer Süden nachgedacht wird.
Darin müssen funktionstüchtige Lösungen sowohl für den ÖPNV als auch für den Individualverkehr, insbesondere in Nord-Süd-Richtung, aufgezeigt werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
7	**45**	**44**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Im Zusammenhang mit dem Städtebaulichen Projekt Zündorf Süd wird auch die verkehrliche Situation im Porzer Süden untersucht. Eine Realisierung des Projektes Zündorf-Süd kann nur dann erfolgen, wenn die vorhandene Verkehrsinfrastruktur optimiert wird. Dies bezieht sich auf die Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 und den Bau einer Entlastungsstraße. Die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung liegen mittlerweile vor und sind im Internet einsehbar unter http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/planen-bauen/projekte/planungsgrundlagen-fuer-zuendorf-sued.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags entsprechend der Verwaltungsstellungnahme.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **6**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **6**

Vorschlagsnummer 35

Vorschlag für Porz

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Bevor weitere Bauplanungen im Raum Porz-Zündorf-Langel umgesetzt werden, muss der Bau einer Umgehungsstraße, sowie eine Verlängerung der Linie 7 bis Lülsdorf, erfolgen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
7	**34**	**34**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Im Zusammenhang mit dem Städtebaulichen Projekt Zündorf Süd wird auch die verkehrliche Situation im Porzer Süden untersucht. Eine Realisierung des Projektes Zündorf-Süd kann nur dann erfolgen, wenn die vorhandene Verkehrsinfrastruktur optimiert wird. Dies bezieht sich auf die Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 und den Bau einer Entlastungsstraße. Die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung liegen mittlerweile vor und sind im Internet unter http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/planen-bauen/projekte/planungsgrundlagen-fuer-zuendorf-suedeinsehbar.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags entsprechend der Verwaltungsstellungnahme.

Priorisierung der Bezirksvertretung **7**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **7**

Vorschlagsnummer 357

Vorschlag für Porz

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Willkommenskultur für das neue Flüchtlingsheim in Zündorf

Der Unterstützungskreis, der sich für das neue Flüchtlingsheim in Zündorf gebildet hat (schon über 30 EhrenamtlerInnen), soll für die Betreuung der Flüchtlinge ein Budget für die Willkommensarbeit erhalten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**42**	**37**	**5**

Stellungnahme Verwaltung

An vielen Standorten haben sich erfreulicherweise zwischenzeitlich Gruppen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern gefunden, die Flüchtlinge im eigenen Stadtteil unterstützen. Beabsichtigt ist in 2015 die Kooperation mit einem neuen Projekt des Kölner Flüchtlingsrats e.V. und der Kölner Freiwilligenagentur e.V. im Rahmen eines Forums für Willkommenskultur. Zudem haben die Bezirksvertretungen im Rahmen ihrer bezirklichen Mittel die Möglichkeit, auch Maßnahmen von Willkommensinitiativen zu bezuschussen.Eine Finanzierung einzelner örtlicher Gruppen sollte aus Gründen der Gleichbehandlung unterlassen werden. Sollte sich der Rat für eine freiwillige zusätzliche Maßnahme aussprechen, wäre vor diesem Hintergrund ein für alle neuen Standorte je nach Größe einer Unterbringungseinrichtung vergleichbarer Betrag zur Verfügung zu stellen. Ein Kostenschätzung ist nicht möglich, da die Höhe politisch zu bestimmen wäre.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags entsprechend der Verwaltungsstellungnahme.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**8**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**8**	Vorschlagsnummer	429
Vorschlag für	Porz	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Verlängerung Linie 7

Verlängerung von Straßenbahnlinien
(Bestes Beispiel Linie 7. Hier wäre durch eine Verlängerung und ein P+R Parkplatz eine imense Entlastung der Straßen und der Anwohner derer z.B. in Zündorf möglich)

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
4	**35**	**33**	**2**

Stellungnahme Verwaltung

Die Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 ist ein wesentliches Ziel der städtischen Verkehrsplanung, muss aber im Zusammenhang mit der seit langem geplanten städtebaulichen Erweiterung „Zündorf Süd“ und auch der Ortsumgehung, die zur verkehrlichen Entlastung erforderlich ist, gesehen werden. Nach derzeitigem Sachstand lässt sich ein ausreichendes Nutzen-Kosten-Verhältnis für eine Stadtbahnverlängerung nur nachweisen, wenn eine städtebauliche Erweiterung zeitgleich vorgesehen wird. Die zusätzliche Verkehr bringende städtebauliche Erweiterung erfordert aber auch die Realisierung einer Ortsumgehung, da es nur durch die Stadtbahn keine ausreichende Verkehrsentlastung der Straßen geben kann. Insofern hängen alle Projekte derzeit untrennbar zusammen und können nur gemeinsam angegangen werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags entsprechend der Verwaltungsstellungnahme.

Priorisierung der Bezirksvertretung **9**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **9**

Vorschlagsnummer 67

Vorschlag für Porz

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Rheinpromenade Porz-Mitte bis Porz-Zündorf

Das Rheinufer und die Rheinpromenade sind ein Filetstück im Herzen von Porz. Leider wird es stiefmütterlich behandelt. Bei durchdachterer Pflege und Aufwertung durch Gastronomie, Freizeitplätzen und Grünpflege könnte es wesentlich mehr Besucher zum Verweilen und Konsumieren anziehen. Auch fehlt jeglicher Hinweis bei Nutzung des ÖPNV, wie man das Rheinufer-Areal erreicht. Es müssten deutliche Hinweisschilder aus allen Richtungen angebracht werden. Auch ist die schmale Überquerung hinter der Hertie-Ruine viel zu unübersichtlich und nur für Einheimische geeignet, den Rhein zu finden. Es muss dringend ein breiterer Zugang geschaffen werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**36**	**33**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Auf dem südlichen Teil des Rheinufers liegt zum größten Teil der vom Rat der Stadt Köln beschlossene Landschaftsplan mit seinen speziellen Pflege- und Entwicklungszielen. Diese richten sich hauptsächlich nach ökologischen Gesichtspunkten, sodass die Pflegeintervalle hier größer sind und die Pflege extensiver durchgeführt wird. Die Arbeiten sind nur außerhalb der Vogelschutzzeiten vom 1.Oktober bis Ende Februar durchzuführen und sind für 2014 insbesondere im Bereich des Café Rheinblick bereits abgeschlossen worden. Der Pflegeschnitt der 340 Linden (Kopfbäume) auf der Promenade erfolgt in der Vegetationsruhe noch in diesem Winter. Inwiefern und in welchem Umfang eine Hinweisbeschilderung zum Rheinufer in Porz für Fußgänger sinnvoll ist, wird von der Verwaltung geprüft. Entsprechend dem Ergebnis wird das Vorhaben umgesetzt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags entsprechend der Verwaltungsstellungnahme.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**10**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**10**	Vorschlagsnummer	636
Vorschlag für	Porz	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

ErarbeAttraktive Fahrrad-Schnellverbindung zwischen Porz und der Kölner Innenstadt über die Kölner Straße und Siegburger Straße

Die Kölner Straße bietet günstige Voraussetzungen, um mit verhältnismäßig geringem planerischem und finanziellem Aufwand (nur Markierung, kein nennenswerter Umbau) durch Reduzieren der Fahrspuren von 4 auf 2 und dem Einrichten beidseitiger Radfahrstreifen eine geeignete Schnellverbindung für den Radverkehr zwischen Porz und Poll zu schaffen.
Dabei ist diese Verbindung gleichzeitig die kürzeste und ist geeignet, die derzeitigen Konflikte auf der Rheinuferpromenade zwischen Radfahrern und Fußgängern zu entschärfen. 1.Es fehlt bisher eine durchgehende, direkte Radverbindung von Porz nach Poll und weiter bis in die Kölner Innenstadt. 4.Bei zunehmender E-Mobilität sind Entfernungen bis 10 km spielend zu bewältigen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Z.B. ist bei Radverkehrsanlagen auf eine Entwurfsgeschwindigkeit > 20 km/h zu achten, außerdem ist eine gute Sichtbarkeit für die motorisierten Verkehrsteilnehmer und genügend Raum zum Überholen erforderlich. Dies kann bei Radfahrstreifen auf der Kölner Straße stets realisiert werden. 6.Das Fernziel sollte eine grundsätzliche Umgestaltung des gesamten Straßenraumes sein mit insgesamt höherer Aufenthaltsqualität und weniger trennender Wirkung bei gleichzeitiger Verwirklichung eines ansprechenden urbanen Raumes mit hoher Verkehrsqualität auch für den nicht motorisierten Verkehr.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
5	**33**	**31**	**2**

Stellungnahme Verwaltung

Ohne weitere Prüfungen und Planungen ist die Wegnahme einer Fahrspur und Einrichtung einer Radverkehrsanlage nicht möglich. Dies ist insgesamt nur in einem Gesamtkonzept in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW möglich. Eine Bearbeitung ist derzeit nicht vorgesehen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz spricht sich gegen eine Umsetzung des Vorschlags aus.

Priorisierung der Bezirksvertretung **11**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **11**

Vorschlagsnummer 37

Vorschlag für Porz

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Fehlende Geh- und Radwege an der K 22

Seit mehreren Jahren wird über die Anlage von Geh- und Radwegen zwischen Porz-Zündorf und Porz-Langel diskutiert. Geändert hat sich im Abschnitt Loorweg nichts! Die Situation für die Anlieger verschärft sich noch durch geplante Baumaßnahmen in Langel und Zündorf-Süd. Kinder auf den Wegen in die Schule und Kitas und alte Mitbewohner sind besonders betroffen. Durch den Bau einer Umgehungsstraße, mit einer Anbindung in Niederkassel, könnte der Durchgangsverkehr aus und in Richtung Lülsdorf abgeleitet werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**29**	**29**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Derzeit wird bereits eine Planung für eine Gehwegverbindung zwischen der Straße An der Mühle und der Mühle erstellt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags entsprechend der Verwaltungsstellungnahme.

Priorisierung der Bezirksvertretung **12**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **12**

Vorschlagsnummer 433

Vorschlag für Porz

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Schaffung von Kreisverkehren

Schaffung von Kreisverkehren um "Wartungsarme-/ freie Kreuzungsbereiche"
zu schaffen
(incl. kein Stromverbrauch, reduziertes Unfallrisiko, sicherer Schulweg,
hierfür kommen primär beampelte Kreuzungen in Frage und wäre der Stadtbezirk Porz prädestiniert für)

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**27**	**26**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Die Prüfung, ob die Lichtsignalanlagen demontiert und durch alternative Betriebsformen, wie z.B. Kreisverkehr ersetzt werden können, erfolgt bereits im Zuge der städtebaulichen Neubaumaßnahmen und im Rahmen des laufenden Programms „Abbau der Lichtsignalanlagen und Ersatz durch alternativen Betriebsformen“.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags entsprechend der Verwaltungsstellungnahme.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **13**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **13**

Vorschlagsnummer 100

Vorschlag für Porz

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Radweg Grengeler Mauspfad Grengel - Rath instandsetzen

Der Radweg ist seit Jahren völlig verkehrsunsicher, weil fast alle Betonplatten gebrochen sind und Plattenteile hochstehen. Nachts besteht Sturzgefahr. Einige Radfahrer weichen auf die stark befahrene Straße aus.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**25**	**25**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Der Grengeler Mauspfad geht von Hirschgaben bis zur Rolandstraße. Die in dem Vorschlag beschrieben Schäden liegen der Beschreibung nach im Bereich des Gut Leidenhausen bis zur L 84, Kennedystraße. Dieser Bereich liegt in der Unterhaltung des Landesbetriebs Straßenbau NRW. Der Hinweis wurde dorthin weitergegeben.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Der Vorschlag fällt nicht in die Zuständigkeit der Stadt Köln wurde aber entsprechend weitergeleitet.

Priorisierung der Bezirksvertretung **14**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **14**

Vorschlagsnummer 616

Vorschlag für Porz

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Halteverbot durchsetzen Ecke Hauptstr. / Westfeldgasse

Die Einfahrt auf die Hauptstr. in Zündorf aus der Westfeldgasse kommend, muss durch eine freie Einsicht auf die Hauptstr. gewährleistet werden. Es besteht ein absolutes Halteverbot im Sichtbereich, der jedoch von Ordnungsamtseite nicht durchgesetzt wird. Ein Blumenkübel verhindert weitere Verkehrstote !!!

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**24**	**24**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Das im Vorschlag genannte Haltverbot ist in verkehrsrechtlicher Hinsicht berechtigt und wird daher seitens des Verkehrsdienstes auch konsequent kontrolliert. Dieses Haltverbot existiert aber ausschließlich auf der Fahrbahn. Sofern das Parken auf dem Gehweg dort betroffen ist, so ist es immer vom Einzelfall abhängig, ob im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens gegen dieses grundsätzlich ordnungswidrige Parken eingeschritten wird. Aufgrund der angeführten Kritikgründe wird aber Seitens der Verwaltung darauf hingewirkt, dass der Verkehrsaußendienst des Ordnungsamtes hier ebenfalls einen engeren Maßstab anlegt und konsequenter einschreitet.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz befürwortet eine Umsetzung des Vorschlags entsprechend der Verwaltungsstellungnahme.

Priorisierung der Bezirksvertretung **15**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **15**

Vorschlagsnummer 198

Vorschlag für Porz

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Einheitliche Geschwindigkeit auf Frankfurter Straße

Zwischen Eil und Urbach sowie Urbach und Wahn gibt es zwei kurze, ca. 200-300m lange Straßenabschnitte, auf denen die erlaubte Geschwindigkeit bei 70km/h liegt. Vorher und nachher liegt sie bei 50 km/h. Aus fahrökonomischer Sicht macht es keinen Sinn, auf so einem kurzen Stück zu beschleunigen und dann kurz danach wieder abzubremnsen. Wenn durchgehend Tempo 50 besteht, wird die Fahrt verstetigt, es entstehen deutlich weniger Emissionen. Vorschlag: Einheitlich 50km/h als maximal zulässige Geschwindigkeit.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**24**	**23**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Es handelt sich um Bereiche außerhalb geschlossener Ortschaften. Die zulässige Außerortsgeschwindigkeit von 100 km/h wurde bereits auf 70 km/h begrenzt. Es ergeben sich aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht derzeit keine Gründe, die Geschwindigkeit in den angesprochenen Bereichen der Frankfurter Str. weiter abzusenken.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Porz spricht sich gegen eine Umsetzung des Vorschlags aus.

Bürgerhaushalt 2015

TOP-15 Liste
Bezirk Kalk

Bürgerhaushalt 2015

Vorschlag für **Kalk**

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**1**	Vorschlagsnummer	579
Vorschlag für	Kalk	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Zebrastreifen für die Grundschulen Neubrück

Die Grundschulen in Neubrück werden vermehrt durch Grundschüler aus Merheim und Ostheim besucht. Um diesen Schülern mehr Sicherheit auf ihrem Schulweg zu geben, sollten die bereits bestehenden Übergänge mit Zebrastreifen zusätzlich gesichert werden. Durch diese Übergänge kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen, da nicht alle Autofahrer anhalten. In anderen Stadtteilen z. B. Merheim-Neubaugebiet sind diese Sicherungen bereits vorhanden. In Neubrück sollte dies nachgeholt werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
7	**83**	**83**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Leider ist in der Beschreibung keine Straße genannt worden. Da von Grundschulen gesprochen wurde, könnten die angesprochenen Übergänge auf der Straße „Europaring“ liegen. Diese ist in die Tempo 30-Zone Neubrück eingebunden. Innerhalb von Tempo 30-Zonen sind Fußgängerüberwege in der Regel entbehrlich, weil durch die Geschwindigkeitsbeschränkung und andere verkehrsberuhigende Maßnahmen bereits ausreichende Sicherheiten gegeben sind. Die dort vorhandenen - baulich hergestellten - Querungshilfen stellen bereits eine zusätzliche Sicherheit dar, weil sie es den Schülern ermöglichen, die Straße in zwei Zügen unter Beachtung nur (jeweils) einer Fahrtrichtung zu überqueren. Eine zusätzliche bauliche Querungshilfe ist auf der Straße Europaring in Höhe der Einmündung Franz-Stock-Weg geplant und wird voraussichtlich auch im Jahr 2015 ausgebaut.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Der Vorschlag ist entweder schon in Arbeit bzw. erledigt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**2**	Vorschlagsnummer	74
Vorschlag für	Kalk	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Öffnungszeiten des Höhenbergbads erweitern

Im Jahr 2013 wurden die Öffnungszeiten des Höhenbergbads in den Wintermonaten deutlich reduziert. So hat das Schwimmbad in der Woche nur noch bis 21:30 Uhr geöffnet und am Wochenende wird bereits um 17 Uhr geschlossen. Dies ist für ein Schwimmbad in einem Stadtteil mit großer Zahl von Kindern und Jugendlichen auch in den Wintermonaten nicht tragbar.
Auf der einen Seite wird Geld für Projekte wie "Sicher schwimmen" ausgegeben, auf der anderen Seite die Öffnungszeiten der Schwimmbäder immer weiter reduziert.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**49**	**46**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Die Öffnungszeiten des Höhenbergbades sollen beibehalten werde, eine Ausweitung ist zunächst nicht geplant. Aufgrund von Analysen der Besucherzahlen, wurden die Schwachlastzeiten ermittelt und hierauf mit einer Einschränkung der Öffnungszeiten reagiert.Hierzu sind die KoelnBäder im Rahmen ihrer Wirtschaftlichkeitsberechnung angehalten und konzentrieren sich vor dem Hintergrund eines gedeckelten Zuschusses auf die Öffnungszeiten, die durch die Mehrheit der Besucher/innen nachgefragt werden. Alles andere ist unter den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht auf Dauer darstellbar. Sollte sich jedoch das Besucherverhalten ändern oder eine große Gruppe von Menschen bestimmte Zeiten nachfragen, würden die KoelnBäder diese Wünsche ergebnisoffen in die weiteren Planungen miteinbeziehen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Der Vorschlag fällt nicht in die Zuständigkeit der Verwaltung.

Priorisierung der Bezirksvertretung **5**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **3**

Vorschlagsnummer 72

Vorschlag für Kalk

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Weniger Lichtzeichenanlagen, mehr Kreisverkehre

Im Stadtbezirk Kalk können einige Lichtzeichenanlagen durch Kreisverkehre ersetzt werden. So kann die Lichtsignalanlage an der Kreuzung Rösrather Straße/Neubrücker Ring/Pauline-Christmann-Straße durch einen Kreisverkehr ersetzt werden. Auch bei der Einmündung der Forststraße in den Heumarer Mauspfad sollte ein Kreisverkehr geprüft werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**34**	**32**	**2**

Stellungnahme Verwaltung

Die Kreuzung Rösrather Straße / Neubrücker Ring ist in dem vom Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Kalk beschlossenen „Einsparprogramm von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Betriebsform“ bereits enthalten. Der Einsatz der Kreisverkehrslösung für einen Knotenpunkt ist sinnvoll, wenn u.a. alle Zufahrten möglichst gleiches Verkehrsaufkommen aufweisen. Dieses Kriterium ist in der Einmündung Forststraße / Heumarer Mauspfad nicht erfüllt, weil die Verkehrsbelastung in der Forststraße bei 3220 Kfz / Tag und im Heumarer Mauspfad bei 15.300 Kfz / Tag liegt. Aus o.g. Gründen soll der Vorschlag nicht weiter verfolgt werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Zur schnellen Umsetzung des Kreisverkehrs Neubrücker Ring/Europaring soll der Planungsauftrag vergeben werden.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**4**	Vorschlagsnummer	577
Vorschlag für	Kalk	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Sozialberatung Neubrück

Neubrück ist ein Stadtteil mit sehr hoher Arbeitslosigkeit und über 50 % der Menschen mit Migrationshintergrund. Gleichzeitig sind 30 % der Bürger über 60 Jahre und von 7800 Bürgern Neubrücks sind 1800 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Es bestehen keine Beratungs-/Informationsstellen in Neubrück. Beratung in wirtschaftlichen und sozialen Problemen, Orientierungs- und Entscheidungshilfen, rechtliche Bertreuung, Übergang Schule/Beruf, Armut im Alter, Behinderung, plötzlich Pflegefall uvm. sind Themen hier in Neubrück.
Eine Einrichtung einer Sozialberatung im Stadtteil wäre somit mehr als angebracht.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**22**	**21**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Ausgehend von der pauschalen Feststellung, es bestünden keine Beratungs-/ Informationsstellen in Neubrück, wird eine umfassende Anlaufstelle für Ratsuchende in sehr unterschiedlichen Lebens- und Problemlagen gefordert („ Einrichtung einer Sozialberatung“). Die faktische und rechtliche Umsetzbarkeit des Vorschlags und die finanziellen Auswirkungen können durch die Verwaltung nicht ohne eine entsprechende Konkretisierung geprüft werden. Die Einrichtung erforderlicher sozialer Beratungsangebote in den Stadtteilen ist eine städtische Regelaufgabe, die im Rahmen des Programms „Lebenswerte Veedel“ sichergestellt werden kann und soll.Da Neubrück und Ostheim zu den 11 Sozialraumgebieten des Programms „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ gehören, gibt es dort bereits verschiedene Beratungs- und Informationsangebote. Dies ist auch dem Infoportal www.ostheim-neubrück.de zu entnehmen (z. B. Familienzentrum Europaring, Seniorennetzwerk Köln – Neubrück, Bürgerverein Köln – Neubrück e.V.). Es gehört zu den Aufgaben des Sozialraumkoordinators (Veedel e.V.), zu ermitteln, welche sozialräumlichen Angebote neben den bereits vorhandenen notwendig sind und die Initiative für entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Aus Sicht der Verwaltung wird dem Vorschlag bereits Rechnung getragen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Der Vorschlag ist entweder schon in Arbeit bzw. erledigt.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**5**	Vorschlagsnummer	307
Vorschlag für	Kalk	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Aufhebung Radwegebenutzungspflicht Geschwister-Katz-Str.

In Gebiet der ehemaligen Chemischen Kalk kann man sehr gut mit dem Rad fahren. Das ist alles sehr gut gelungen, und ist mittlerweile eine meiner Lieblingsstrecken.

Aber: Wenn man vom der Barcelona-Allee vor dem Polizeipräsidium rechts fährt, um zur Gummerbacher Str. zu gelangen, muss man:

- Den Gemeinsamen Rad- und Fußweg auf der linken Seite der Fahrbahn benutzen - also Geisterradeln
- Dann die Fußgänger-Ampel über den Walter-Pauli-Ring überqueren
- Dann die Fußgänger-Ampel über die Gummersbacher Str. überqueren (weil wir uns ja jetzt auf der linken - also falschen - Seite befinden!)
- Um dann auf der Gummersbacher Str die Fahrt auf der Fahrbahn fortzusetzen, denn dort gibt es keinen Radweg.

Zudem glauben viele Radfahrer anscheinend aufgrund der Verkehrsführung auf der Geschwister-Katz-Str. (wo es ja angeordnet ist), dass auch auf der Gummersbacher Str. entgegen der Fahrtrichtung auf dem Gehweg geradelt werden soll. Dies ist dort allerdings - zurecht! - verboten.

Die Gebrüder-Katz-Straße ist außerdem gerade mal 100 Meter lang! Daher sollte die Radwegebenutzungspflicht dort aufgehoben werden.

Damit wird erreicht:

- Radfahrer können den St. Pauli Ring in einer Ampelphase queren statt in unnötigen zwei.
- Sie kollidieren nicht mit dem Fußgängerverkehr
- Sie kollidieren nicht mit dem Radverkehr in Gegenrichtung. Das Fahren in verkehrter Richtung - auch wenn angeordnet - ist die hauptsächliche Unfallursache bei Rad-Rad-Unfällen.
- Das Geisterradeln auf dem Fußgängerweg entlang der Gummersbacher Str. wird reduziert

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**17**	**17**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Unabhängig von etwaigen Anträgen auf Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht in einer speziellen Straße, werden von der Verwaltung sukzessive alle Straßen im Kölner Stadtgebiet hinsichtlich der Erforderlichkeit der Aufrechterhaltung der Radwegebenutzungspflicht überprüft. Anträge zur Geschwister-Katz-Str. liegen bereits vor. Aufgrund der notwendigen Beteiligung verschiedener Ämter und der Vielzahl an anderen, teils vorrangig zu bearbeitender Aufgaben kann eine zeitnahe Bearbeitung derzeit leider nicht gewährleistet werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Der Vorschlag ist entweder schon in Arbeit bzw. erledigt.

Priorisierung der Bezirksvertretung **1**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **6**

Vorschlagsnummer 578

Vorschlag für Kalk

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Unterführung Ostheim/Neubrück

Die Unterführung unter der Autobahn Rösrather Str. in Ostheim ist sehr dunkel und unansehnlich. Dazu parken dort große LKWs und verhindern die Einsicht. Gerade im Dunkeln ist diese Unterführung ein Angstraum nicht nur für Kinder und Jugendliche, die ins Schulzentrum von Neubrück aus müssen. Auch für Erwachsene, die die Haltestelle morgens und abends nutzen, ist diese Unterführungzum Gruseln. Hellere Beleuchtung, Parkverbot und ein ansehnlicher Anstrich würde viel bewirken.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**16**	**16**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Die Beleuchtung der Unterführung entspricht dem Beleuchtungsstandard der Stadt Köln. Bei einer quartalsmäßigen Überprüfung am 07.10.2014 durch die RheinEnergie AG wurden auch keine Defekte festgestellt, die für eine mangelnde Ausleuchtung verantwortlich gewesen wären. Sollten zukünftig Leuchtenausfälle auftreten, können diese der Beleuchtungshotline (Tel. 0221 / 221 – 27167) gemeldet werden. Die Verwaltung sieht derzeit keine Veranlassung, die bestehende Beleuchtungssituation zu ändern.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Für diese Maßnahme sollen bis zu 19.000 EUR bereitgestellt werden.

Priorisierung der Bezirksvertretung **4**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **7**

Vorschlagsnummer 513

Vorschlag für Kalk

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Papierkörbe für den Bürgerpark

Im Bürgerpark in Kalk-West (gelegen zwischen Köln-Arcaden und Corkstraße) steht nicht in der Nähe jeder Parkbank ein Papierkorb. Es ist zu beobachten, dass es an den Bänken mit Papierkorb stets deutlich sauberer ist als an denen ohne.

Der Vorschlag lautet daher an den Parkbänken je einen Papierkorb aufzustellen, in deren Nähe bisher kein Papierkorb steht.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**13**	**13**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Der Reinigungszustand ist Dank der zusätzlich zur Reinigung durch die Abfallwirtschaftsbetriebe Köln, AWB, stattfindenden Reinigung durch den Internationalen Bund, IB, für diesen stark frequentierten Bereich auch in Spitzenzeiten zufriedenstellend. Zurzeit wird kein Bedarf an zusätzlichen Papierkörben oder einer noch intensiveren Reinigung gesehen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die vier fehlenden Abfallbehälter sollen aufgestellt werden (Kosten ca. 2.840 EUR).

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **8**

Vorschlagsnummer 130

Vorschlag für Kalk

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Kreisverkehr Hans-Schulten-Str. / Dattenfelder Str.

Es soll an der Kreuzung Hans-Schulten-Str. / Dattenfelder Str. in Brück ein Kreisverkehr eingerichtet werden. Diese Stelle ist derzeit nur mit Vorfahrtsschildern bestückt. Ein gesicherter Überweg ist erst in größerer Entfernung vorhanden und wird von den Bewohnern aus dem südlichen Teil der Siedlung nicht wirklich angenommen. Es kommt im Kreuzungsbereich immer wieder zu brenzligen Situationen, wenn Fußgänger die Fahrbahn überqueren wollen.
Durch einen Kreisverkehr mit Fußgängerüberwegen wäre ein gefahrloses Überqueren der Fahrbahnen zur Bushaltestelle möglich.
Der Verkehrsfluß wird im Gegensatz zu einer Ampelanlage optimal aufrecht erhalten.
Die Einrichtung eines Kreisverkehrs löst auf elegante Weise 2 Probleme.
Vor ca. 1 Jahr wurde diese Idee schon einmal erwogen, leider habe ich davon nichts mehr gehört.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**10**	**10**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Der Kreisverkehr wurde bereits von der Bezirksvertretung Kalk beschlossen. Eine Planung wird derzeit bereits erstellt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Der Vorschlag ist entweder schon in Arbeit bzw. erledigt.

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **9**

Vorschlagsnummer 515

Vorschlag für Kalk

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Beleuchtung Bürgerpark

Der Bürgerpark in Kalk-West (gelegen zwischen Köln-Arcaden und Corkstraße) wird von mehreren Wegen durchquert. Entlang des Weges zwischen Barcelona-Allee und Peter-Stühlen-Straße stehen Straßenlaternen zur Beleuchtung, während die Wege in Richtung Thessaloniki-Allee sowie Corkstraße allesamt unbeleuchtet sind.

Der Vorschlag lautet, an dem mittleren der Wege in Richtung Corkstraße, der parallel zur Thessaloniki-Allee verläuft, Beleuchtung anzubringen.
Dadurch würde die Anbindung des neuen Wohngebiets zwischen Bürgerpark und Bauhaus an die Bestands-Bebauung von Kalk-West deutlich verbessert. Der mittlere Weg liegt zugleich weit genug von den Wohnhäusern rund um den Park entfernt, so dass keine Störung der Bewohner durch das zusätzliche Licht zu erwarten ist.

Damit keine Stromzuführung durch den Park realisiert werden muss, sollten Solarleuchten zum Einsatz kommen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**10**	**10**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Für die ausreichende Beleuchtung auf dem gewünschten Weg des Bürgerparks Kalk wären fünf Leuchten notwendig, die eine Kabelverlegung von 150 Metern erfordern. Die voraussichtlich zu erwartenden Kosten inklusive der Herstellung des Kabelgrabens würde sich auf ca. 21.000 EUR belaufen. Eine Beleuchtung mit Solarleuchten würde mindestens ca. 32.000 EUR kosten. Diese Form der Beleuchtung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu vermeiden, da diese zu kostenintensiv ist und wegen mangelnder Akkuleistung eine durchgehende Beleuchtung nicht zu gewährleisten ist. Aufgrund beleuchteter, zumutbarer Umwege sieht die Verwaltung nicht die Notwendigkeit, diesen Weg zu beleuchten.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Kalk spricht sich gegen eine Umsetzung des Vorschlags aus.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**10**	Vorschlagsnummer	195
Vorschlag für	Kalk	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Müllbehälter Wipperfürther Str.

Auf der gesamten Wipperfürther Str. existieren am Wegesrand keine Abfallbehälter. Die Sauberkeit lässt entsprechend zu wünschen übrig. Da der Bereich auch von vielen Hundebesitzern sowie den Gästen des nahegelegenen FastFood-Restaurants genutzt wird ist die Aufstellung und regelmäßige Leerung von Abfallbehältern sinnvoll. Auf Höhe der zwei Grünflächen wäre zudem vorteilhaft Behälter mit Hundekotbeuteln aufzustellen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**9**	**9**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Es wurden insgesamt 3 Papierkorbstandorte ausgewählt und markiert. Vorgesehen sind doppelte Colonia-Papierkörbe; 2 werden voraussichtlich mit integriertem Hundekottütenspender ausgestattet sein. Die Standorte sind: Wipperfürther Str./Ecke Kalk-Mülheimer Str., Wipperfürther Str./Ecke Bertramstr. und Wipperfürther Str./Ecke Falckensteinstr.Die Aufstellung der drei Papierkörbe ist bereits Ende März erfolgt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Der Vorschlag ist entweder schon in Arbeit bzw. erledigt.

Priorisierung der Bezirksvertretung **6**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **11**

Vorschlagsnummer 73

Vorschlag für Kalk

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Busspur Rather Mauspfad

Aufgrund der Rückstaus an der Kreuzung Rösrather Straße/Rather Mauspfad kommt es immer wieder zu großen Verspätungen der Buslinie 154 in Richtung Norden (Dünnwald). Hier wäre eine Verbesserung möglich, wenn auf dem Rather Mauspfad zwischen der Brück über die Bundesautobahn 3 und der Haltestelle Königsforst eine Busspur eingerichtet würde. Der Platz für diese Spur ist durch die vorhandenen und teilweise nicht mehr benötigten Abbiegespuren bereits vorhanden und könnte mit geringem Aufwand hergestellt werden. Ggf. müssen die Abbiegemöglichkeiten in und aus der Straße "Am Gieselbach" reduziert werden. Schon heute nutzen einige Fahrer die Sperrflächen und ehemaligen Abbiegespuren als illegale Fahrspur.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**8**	**8**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Um den Bau einer Busspur wie vorgeschlagen realisieren zu können, muss die Machbarkeit bezüglich der Spurenaufteilung, der Eigentumsverhältnisse, der Bodenbeschaffenheit und der Entwässerung umfangreich überprüft werden. Sofern eine entsprechende Beschlussfassung erfolgt, wird dies in das Arbeitsprogramm aufgenommen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die zur Realisierung der Busspur erforderliche Machbarkeitsstudie soll vergeben werden, um das Projekt zu beschleunigen.

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **12**

Vorschlagsnummer 189

Vorschlag für Kalk

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Krankenhaus Kalk Parksituation

Der zum Krankenhaus gehörende Parkplatz wurde durch den Bau eines Ärztehauses extrem verkleinert. Außerdem gibt es keine Verkehrsführung zu diesem Parkplatz. Die Anwohner rund um das Krankenhaus haben dadurch weder in der Woche noch am Wochenende Parkmöglichkeiten. Es muss zumindest eine deutliche Beschilderung zum Parkplatz erfolgen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**8**	**8**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Die Hinweisbeschilderung zum Krankenhaus Kalk ist kürzlich erneuert worden. Der Suchverkehr wird zum Haupteingang in der Buchforststraße geführt. Kurz hinter dem Haupteingang befindet sich die Parkplatzzufahrt und ist daher nicht zu verfehlen. Eine zusätzliche Beschilderung ist aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Der Vorschlag ist entweder schon in Arbeit bzw. erledigt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**13**	Vorschlagsnummer	399
Vorschlag für	Kalk	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Mehr Kita-Plätze für Ostheim

In Ostheim gibt es immer noch zu wenig Kindertagesstättenplätze, nicht nur für Kleinstkinder, auch viele Drei-Sechsjährige haben keinen Kitaplatz.Die Eltern müssen ihre Kinder zum Teil in verschiedenen Kitas unterbringen und dafür auch noch Wege mit Bus und Bahn auf sich nehmen. Oder sie verzichten auf einen Kita-Platz, was vor allem bei den Kindern mit anderer Muttersprache dazu führt, dass sie bei der Einschulung große Probleme mit der deutschen Sprache haben. Die für 2015 geplanten Kitas im Langedahlweg und auf der Rösrather Straße werden den Bedarf nicht ausreichend decken, da in das Neubaugebiet Waldbadviertel ja auch wieder viele Familien mit kleinen Kindern zuziehen werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**11**	**8**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Der Stadtteil Ostheim gehört bedauerlicherweise zu den Stadtteilen, die aktuell noch nicht optimal mit Plätzen in Kindertagestätten ausgestattet sind. Die Versorgungsquoten in Kindertagesstätten betragen aktuell (Stand November 2014) bei den Kindern unter 3 Jahren (U3) 27% und bei den Kindern von 3 Jahren bis zum Schuleintritt (Ü3) 62%.Noch in diesem Kindergartenjahr werden 3 neue Kindertageseinrichtungen an den Start gehen, für das Kindergartenjahr 2016/2017 ist die Inbetriebnahme 2 weiterer Kindertagesstätten vorgesehen. Damit werden in diesem und nächstem Kindergartenjahr in 5 neuen Kindertagesstätten im Stadtteil Ostheim insgesamt 113 neue Plätze für Kinder unter 3 Jahren entstehen und 255 Plätze für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt. Auf der Grundlage der aktuellen Kinderzahlen (Stand Dezember 2013) würden die Versorgungsquoten dann 52% bei den unter 3-jährigen Kindern und 111% bei den Kindern von 3 Jahren bis zum Schuleintritt betragen. Es ist davon auszugehen, dass die Bedarfe durch die Zuzüge über das Wohnbaugebiet Langendahlweg durch das dann sehr gute Platzangebot gedeckt werden können.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Der Vorschlag ist entweder schon in Arbeit bzw. erledigt.

Priorisierung der Bezirksvertretung **3**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **14** Vorschlagsnummer 89

Vorschlag für Kalk Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Parkplätze markieren

Auf der Schwarzburger Straße, unmittelbar im Bereich des Schwimmbads gibt es einen Parkstreifen. Hier sollten einzelne Parktaschen markiert werden, damit die Parkfläche effizienter genutzt wird und die Fahrzeuge nicht mehr wie Kraut und Rüben geparkt werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**9**	**7**	**2**

Stellungnahme Verwaltung

Aus Sicht der Verwaltung ist der Vorschlag umsetzbar, eine Markierung auf Pflaster hat jedoch den Nachteil, dass sich die Steine bewegen und es deshalb zu Abplatzungen in den Fugen kommen kann. Das Material ist nicht elastisch genug, um dies aufzunehmen. Es kann also sein, das einzelne Stellen nach Jahren ausgebessert werden müssen. Dieses Problem ist auf Asphalt eher nicht der Fall. Die Kosten würden sich auf ca. 1.000 EUR belaufen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Parkplätze auf der Schwarzburger Straße, unmittelbar im Bereich des Schwimmbades sollen markiert werden (Kosten ca. 1.000 EUR).

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **2**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **15**

Vorschlagsnummer 532

Vorschlag für Kalk

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Schaukel für den Bürgerpark

Eine vorhandene kleine Schaukel für soviele Kinder ist zu wenig. Die Anlage ist riesig und bietet sicher genug Platz für eine weitere zusätzliche Schaukel.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**16**	**10**	**6**

Stellungnahme Verwaltung

Der Bedarf für die Erweiterung des Spielangebotes mit einer Schaukelanlage ist vorhanden. Es müsste hierfür ein geeigneter Standort innerhalb der Grünanlage gefunden werden. Die Kosten würden sich auf ca. 25.000 EUR belaufen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Für diese Maßnahme werden 25.000 EUR bereitgestellt; darüber hinaus soll eine Slackline-Anlage mit drei Pfosten für insgesamt 7.500 EUR errichtet werden.

Bürgerhaushalt 2015

TOP-15 Liste
Bezirk Mülheim

Bürgerhaushalt 2015

Vorschlag für **Mülheim**

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **1**

Vorschlagsnummer 161

Vorschlag für Mülheim

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Radweg auf Dellbrücker Mauspfad zwischen Neufelder Str. und Ostfriedhof

Der Straßenabschnitt auf dem Dellbrücker Mauspfad zwischen Neuferder Straße und Ostfriedhof ist sehr breit und verleitet Autofahrer daher zum schnellen fahren.
Gleichzeitig ist dies eine beliebte Strecke für Radfahrer, auch zum Erreichen des Kindergartens in der Kurve!
Durch das einzeichnen von Radwegen auf der Fahrbahn (wie z.B. auch auf Teilen der Dellbrücker Hauptstr.) würde die Straße optisch verengt und die Nutzung für Radfahrer hervorgehoben. -> Erhoffter Nutzen: langsamere, rücksichtsvollere Fahrweise der Autofahrer

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**49**	**44**	**5**

Stellungnahme Verwaltung

Der Vorschlag wird in das Arbeitsprogramm aufgenommen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **2**

Vorschlagsnummer 62

Vorschlag für Mülheim

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Gaaaannnz viele Straßenbäume

Generell sollten im Stadbezirk mehr Straßenbäume gepflanzt werden. Rühmliche Ausnahme ist die Bergisch Gladbacher Straße im Bereich Holweide. Aber auch dort gibt es links und rechts der Straße in den Vierteln noch viele Bereiche, wo selbst in Straßen, in denen es Platz gäbe, kein einziger Straßenbaum gepflanzt ist. Sehr aufgewertet durch Bäume würde z.B. die Piccoloministraße im Abschnitt von der Gerh.-Hauptmann-Straße bis zur Walter-Meckauer-Straße. Die Straße ist dort sehr breit aber auch sehr unschön.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**38**	**36**	**2**

Stellungnahme Verwaltung

Für den Stadtteil Mülheim wird zurzeit ein Konzept für Straßenbaumpflanzungen erstellt. Nach Abschluss der Planung wird dieses Konzept der Bezirksvertretung für den Bezirk Mülheim vorgelegt. Sollte dieses Konzept Zustimmung finden, so sollen im Rahmen zur Verfügung stehender Mittel weitere mit Straßenbäumen schlecht versorgte Bereiche untersucht werden. Wegen zahlreicher Leitungen und Straßeneinbauten, Parkplätzen und anderen Nutzungen ist dies jedoch sehr aufwändig und langwierig.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**3**	Vorschlagsnummer	185
Vorschlag für	Mülheim	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Wilder Müll

Leider ist momentan zu beobachten, dass das Stadtbild durch wilden Müll entstellt wird. Das fängt bei Hausmüll (!) an der einfach auf die Strasse gestellt wird (wer macht denn so etwas bitte?) und hört bei Einrichtungsgegenständen auf (wilder Sperrmüll). Einzelner Müll (besonders beliebt: leere Zigarettenpackungen, Kaffebecher, Verpackungen aller Art ...), erhöhen auch nicht gerade den Wohlfühlfaktor auf der Straße und ist kein Vorbild für unsere Kinder.

Hier muss dringend etwas getan werden! Hier muss die Stadt Abhilfe schaffen. Es gibt bekannt "Hotspots", wo immer wieder wilder Müll steht. Hier müssten die Kontrollen erhöht werden und regelrecht gegen den Müll angekämpft werden. Wieso stellen Menschen ihren Hausmüll auf die Strasse? Ist es Unwissen? Würde Aufklärung helfen? Hier könnten in Problemzonen eine Kombination aus häufigeren Leerungen und gezieltere Verfolgung der Straftäter helfen ...

Niemandem gefällt eine immer weitere Vermüllung des Stadtbildes. Man hat den Eindruck die Menschen machen es trotzdem, weil keine direkte Konsequenz droht.

Auch die Imbissverkäufer könnten weniger Verpackung benutzen, ein Döner muss nicht in fünf Schichten gepackt werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
20	**33**	**33**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Wilder Müll ist in Köln ein dauerhaftes Problem. Von Unwissen als Ursache kann jedoch nicht ausgegangen werden, neben Kampagnen zu diesem Thema durch die Stadt Köln leisten auch die Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln (AWB) umfangreiche Aufklärungsarbeit. Mit kostenlosen Angeboten soll das Erlernen eines bewussten Umgangs mit der Stadtsauberkeit gefördert werden. In Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen werden umweltgerechte Verhaltensweisen vermittelt und Kinder und Jugendliche motiviert, Verantwortung für das eigene Umfeld zu übernehmen. Das Beratungsangebot richtet sich auch an Erwachsene, um sie für das Thema Stadtsauberkeit zu gewinnen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWB bieten Interessierten kostenlos Unterstützung an, wenn sie einen Beitrag leisten möchten, die Lebensqualität in Köln weiter zu erhöhen. Sie führen Aktionen und Informationsveranstaltungen in allen Stadtteilen durch und stellen Informationsmaterial zur Verfügung. Was die Abholung des Unrats angeht, gibt es in Köln mehr Angebote als in vielen anderen Städten. So kostet es etwa neben den regulären Müllgebühren nichts, wenn die AWB den Sperrmüll abholen, auch die Abgabe in den Wertstoff-Centern ist kostenlos. Trotz dieser Angebote kommt es immer wieder zu wilden Müllablagerungen. Diese werden im Auftrag der Stadt durch die AWB entfernt. Jeden Monat gehen viele Meldungen ein. An den genannten Stellen ermitteln die Müll-Detektive nach den Verursachern. Sie wirken zudem präventiv gegen die illegale Abladung von Abfall im öffentlichen Straßenland. Für die Bürgerinnen und Bürger hat die AWB verschiedene Möglichkeiten eingerichtet, über die wilde Müllablagerungen schnell und unkompliziert gemeldet werden können. Telefonisch über die 0221 9 22 22 22, per E-Mail an wildermuell@awbkoeln.de oder über die AWB App, deren Download kostenlos ist. Die AWB fährt neben den bekannten „Hot Spots“, die mittlerweile in deren Touren fest integriert sind, auf Abruf wilde Müllablagerungen an und beseitigt diese in der Regel binnen 24 Stunden. Das Kölner Straßenland und die Grünanlagen werden außerdem im Rahmen der personellen Möglichkeiten durch den Ordnungsdienst der Stadt Köln überwacht. Ziel ist es, durch Präsenz ordnungswidrigem Verhalten vorzubeugen und festgestelltes Fehlverhalten unter Beachtung des Verwarnungs- und Bußgeldkataloges konsequent zu ahnden. Die Bußgelder sind in diesem Bereich zwar sehr hoch, es ist jedoch in den wenigsten Fällen möglich einen

Verantwortlichen zu ermitteln und zu belangen.Wie Speisen in Imbissen verpackt werden, ist dem Betreiber überlassen. Nach § 5 der Kölner Stadtordnung sind Imbissbetreiber aber verpflichtet, an ihren Betrieben Abfallbehälter anzubringen und rechtzeitig zu entleeren. Außerdem haben sie alle Abfälle, die im Umkreis von 50 m um ihren Gewerbebetrieb anfallen und diesem zuzuordnen sind, unverzüglich zu entfernen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**4**	Vorschlagsnummer	537
Vorschlag für	Mülheim	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Bolzplatz im FortXII Stammheim/Flittard

In Köln-Stammheim gibt es das s.g. Fort XII und dort einen alten Fußballplatz, auf dem früher der TuS Stammheim gespielt hat. Dieser Platz wird immer noch von vielen Hobbyfußballern (Kinder, Jugendliche, Erwachsene) zum Bolzen genutzt, obwohl außer gelegentlichem Rasenmähen keine Pflege mehr erfolgt. Die 2 alten, baufälligen Tore spielen dabei keine Rolle mehr, weil i.d.R. quer gespielt wird. Die Gruppen markieren ihre Tore mit Taschen oder Ästen oder sowas.
Mein Vorschlag wäre folgender: es werden quer zum ehem. Fußballfeld je 2 kleine, witterungsfeste, Stahltore montiert. Also 4 Stück, sodass 2 Kleinfelder entstehen. Entsprechende Markierungen sind m.E. nicht notwendig. Die alten „Originaltore“ werden demontiert.
Ich möchte noch anmerken, dass das Fort mit seiner militärischen Geschichte im Bewusstsein der Stammheimer und Flittarder Bevölkerung m.E. nach keine besondere Rolle spielt. Das zu ev. Bedenken seitens der Denkmalsschützer. Fußball wird dort eh dauernd gespielt.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
4	**32**	**32**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Der Vorschlag beinhaltet grundsätzlich eine gute Idee um den Sportplatz, ehemals Platz vom TuS Stammheim, für Kinder und Jugendliche spiel- und altersgerecht aufzuarbeiten. Eine gute Erreichbarkeit der Stadtteile Stammheim und Flittard ist für die Kinder und Jugendlichen gegeben. Der Sportplatz ist in genügendem Abstand zur vorhandenen Wohnbebauung. Eine Beeinträchtigung durch Fußballlärm im Rahmen des Immissionsschutzes ist somit nicht gegeben.In den Stadtteilen Flittard und Stammheim gibt es je einen Bolzplatz. Eine Erweiterung des Angebotes würde den Kindern und Jugendlichen in diesen Stadtteilen positiv zu Gute kommen. Die Verwaltung befürwortet die Umsetzung des Vorschlags. Die Kosten würden sich auf ca. 6.000 EUR belaufen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **5**

Vorschlagsnummer 8

Vorschlag für Mülheim

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Rheinboulevard Mülheim-Süd komplett beleuchten

Leider fehlen auf einem Teilstück des Boulevards Lampen, so dass Spazierengehen, Laufen oder Skaten abends unsicher ist. Vielleicht sogar Leuchten installieren, die nur auf Anforderung angehen (Smarte City)

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**28**	**27**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Um dieses Teilstück des Rheinboulevards optimal auszuleuchten, müssten 18 Leuchten Masten montiert werden, dazu wären ca. 700 Meter Tiefbau sowie Kabelverlegung notwendig. Die geschätzten Kosten belaufen sich hierfür auf ca. 100.000 EUR. Projekte dieser Art sind aufgrund der notwendigen Kosteneinsparungen aus Sicht der Verwaltung nicht umsetzbar.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**6**	Vorschlagsnummer	183
Vorschlag für	Mülheim	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Fußgängerampel oder Zebrastreifen Dellbrücker Hauptstr / Mielenforster Str.

Die Überquerung der Dellbrücker Hauptstr./Mielenforster Str. ist aufgrund der unübersichtlichen Kreuzung sehr gefährlich, besonders im Dunkeln. Von der Hatzfeldstr. kommend mit Ziel Strundener Str. ist es wegen der langezogenen Kurve der Mielenforster Str. besonders schwer, nahende Fahrzeuge zu sehen. Aber auch tagsüber erlebe ich insbesondere ältere Bürger, die sich kaum über die Kreuzung trauen, weil die Strecke Hauptstr./Mielenforster Str. stark befahren ist und sich auch viele Autofahrer nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten. Deshalb plädiere ich für eine Fußgängerampel oder zumindest für einen Zebrastreifen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**24**	**24**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Nach den Verwaltungsvorschriften (VwV) zu § 26 Straßenverkehrsordnung (StVO) sollten Fußgängerüberwege in der Regel nur angelegt werden, wenn es erforderlich ist, dem Fußgänger Vorrang zu geben, weil er sonst nicht sicher über die Straße kommt. Dies ist jedoch nur dann der Fall, wenn es die Fahrzeugstärke zulässt und es das Fußgängeraufkommen nötig macht. Weiterhin ist in der Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ 2001) geregelt, dass Fußgängerüberwege ausreichend weit voneinander entfernt sein müssen. Von der Strundener Str. ausgehend ist auf der Dellbrücker Hauptstr. in ca. 90m Entfernung eine gesicherte Überquerung per LSA möglich. Entgegengesetzt ist in ca. 200m auf der Mielenforster Str. ein FGÜ vorhanden. Des Weiteren ist aufgrund der Breite der Straße von min. 10m an dieser Stelle kein FGÜ ohne Querungshilfe möglich. Ob eine LSA oder Querungshilfe dort aufgrund der Unübersichtlichkeit möglich wäre, wäre nach entsprechender Beschlussfassung zu überprüfen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**7**	Vorschlagsnummer	196
Vorschlag für	Mülheim	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Verkehrsberuhigung Mülheim

Obwohl Mülheim, der bevölkerungsreichste Stadtteil ist, werden täglich 40.000 Autos hier durchgeschleust. Das ist besonders für die vielen Kinder, die hier leben, eine Gefahrenquelle, nicht zu letzt wegen des Feinstaubes! zudem wird Mülheim durch den Clevischen Ring in zwei Teile geteilt.

Ich bitte die Stadt Köln - für unsere Kinder - hier etwas zu ändern und den Stadtteil verkehrstechnisch zu beruhigen!

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
6	**35**	**29**	**6**

Stellungnahme Verwaltung

Die Verwaltung plant bereits in 2015 eine umweltfreundliche Signalsteuerung im Zuge des Pfälzischen/Bergischen Ringes zwischen Grünstraße und Mülheimer Zubringer in Betrieb zu nehmen. Durch eine Verstetigung des Verkehrsflusses soll eine Reduzierung des Schadstoffausstoßes der KFZ und damit eine Verbesserung der Luft- und Lebensqualität in den angrenzenden Stadtteilen erreicht werden. Eine Sensorik der Luftchemie wird kritische Schadstoffsituationen prognostizieren und vor Erreichen der Grenzwerte steuernd in die Verkehrsabläufe eingreifen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	0		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	8	Vorschlagsnummer	470
Vorschlag für	Mülheim	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Schließen der Lücken im Radwegenetz entlang der Bergisch Gladbacher Straße, z.B. durch Einrichten von Schutzstreifen

- aus Dellbrück kommend in Richtung Mülheim: von der Buschfeldstraße bis zur ARAL-Tankstelle (Honschaftstraße) sowie ab der Carlswerkstraße /Bahnunterführung bis zur Holweider Str. bzw. Genovevastraße
- vom Clevischen Ring / Genovevastraße mind. bis zur Ackerstraße, besser jedoch bis zur Wichheimer Straße (auf dem Abschnitt zwischen Acker- und Wichheimer Straße gemeinsamer Fuß-/Radweg; schlechter Zustand und zu schmal), sowie von der Steyler Straße mind. bis zur Vischeringstraße, besser jedoch bis zur Johann-Bensberg-Straße

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	23	23	0

Stellungnahme Verwaltung

Auf der Bergisch Gladbacher Straße ist nach erster Einschätzung der Einsatz eines Schutzstreifens auf Grund der vorhandenen Verkehrsbelastung nicht empfehlenswert, im Einzelnen müsste geprüft werden, wie der Radverkehr sicher geführt werden kann. Eine Bearbeitung ist Seitens der Verwaltung derzeit nicht vorgesehen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **9**

Vorschlagsnummer 5

Vorschlag für Mülheim

Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Mehr Kontrolle des Ordnungsamtes auf der Buchheimer Str.

Da sich leider immer mehr aggressive Betrunkene vor dem Parkplatz am REWE und Netto versammeln, sollte hier mehr kontrolliert werden

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
9	**30**	**26**	**4**

Stellungnahme Verwaltung

Das öffentliche Straßenland wird regelmäßig durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes kontrolliert. Hierbei sind stadtweit eine Vielzahl von „Brennpunkten“ bekannt, die regelmäßig angefahren werden. Nach § 11 der Kölner Stadtordnung sind Störungen in Verbindung mit Alkoholkonsum, wie beispielsweise Belästigung von Personen, untersagt. Festgestelltes ordnungswidriges Verhalten wird insofern konsequent geahndet. Vor dem Hintergrund, dass durch den Ordnungsdienst wechselnde Bereiche zu überwachen sind, ist eine dauerhafte Präsenz an bestimmten Örtlichkeiten nicht gewährleistet. Kontrollen können daher ausschließlich im Rahmen der personellen Kapazitäten vorgenommen werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**10**	Vorschlagsnummer	123
Vorschlag für	Mülheim	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Öffentliche Toiletten am Bahnhof Mülheim bauen

Erst kürzlich wurde aus Mitteln des Programms Mülheim 2020 der Platz vor dem Bahnhof Mülheim als Endpunkt der ebenfalls aufgewerteten Frankfurter Straße neu gestaltet. Vergessen wurde dabei die Einrichtung öffentlicher Toiletten. Der Bahnhof Mülheim wird täglich von mehreren tausend Pendlerinnen und Pendlern genutzt. Er ist wichtiger Umsteigepunkt zu den Stadtbahnlinien 13 und 18. Ob die Gestaltung des Bahnhofvorplatzes gelungen ist, mag dahingestellt bleiben. Mit dem Verzicht auf öffentliche Toiletten wird aber weiterhin nicht verhindert, dass die Ränder des Platzes als "Pinkelecken" gebraucht werden. Eine Abwertung des Platzes ist damit vorprogrammiert. Die Stadt sollte daher entweder die Bahn auffordern, in ihrem Gebäude Toiletten anzubieten, oder selbst ein Toilettengebäude errichten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**27**	**24**	**3**

Stellungnahme Verwaltung

Im Rahmen der Prüfung zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Toilettenkonzept, wurde auch der Standort Bahnhof Mülheim von der Bezirksvertretung Mülheim als Wunschstandort benannt. Zur Zeit findet die verwaltungsinterne Abstimmung statt. Erst dann kann eine Entscheidung bezüglich des Standortes getroffen werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**11**	Vorschlagsnummer	316
Vorschlag für	Mülheim	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Kein Durchgangsverkehr auf der Mülheimer Freiheit / Dünnwalder Straße

Seit an der Kreuzung Clevischer Ring / Dünnwalder Straße das Linksabbiegen auf den Clevischen Ring Richtung Mülheimer Zubringer wieder erlaubt ist, hat der Durchgangsverkehr (LEV, GL, D, E usw.) im Bereich Deutz-Mülheimer-Str. / Mülheimer Freiheit / Dünnwalder Str. so immens zugenommen, dass Lärm und Gestank oft unerträglich sind. Außerdem ist es für Fussgänger schwierig geworden, die Straßen zu überqueren. Radfahrer werden riskant überholt. Obwohl Zone 30 auf einigen Abschnitten gilt, scheint das die wenigsten Autofahrer zu interessieren.

Wenn in den nächsten Jahren das ehemalige KHD-Gelände bebaut wird, wird das noch mehr Anliegerverkehr nach sich ziehen.

Die Anwohner im Bereich von mind. 300 m vor und nach der Mülheimer Brücke haben auch noch eine erhöhte Belastung durch den Flugverkehr.

Deshalb mein Wunsch: Kein Durchgangsverkehr auf den oben genannten Straßen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
4	**20**	**19**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Um die Situation im Bereich der Wegeverbindung Dünnwalder Straße und Mülheimer Freiheit zu verbessern, sind Seitens der Verwaltung im Bereich des Knotenpunktes Mülheimer Freiheit/Buchheimer Straße/Münzstraße bereits zwei bauliche Einengungen mit Fußgängerüberwegen geplant. Mit dieser Maßnahme wird die gefahrene Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge deutlich verlangsamt. Hierdurch wird die Attraktivität, die Wegeverbindung als Umfahrung zu nutzen, für den Fahrzeugführer herabgesetzt, wodurch die Verkehrsmengen auch im Bereich der Dünnwalder Straße reduziert werden können. Die Umsetzung der Maßnahme ist im Jahr 2015 geplant. Durch diese Maßnahme werden die Attraktivität der Wegeverbindung Mülheimer Freiheit/Dünnwalder Straße für den Schleichverkehr reduziert sowie die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer deutlich verbessert.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**12**	Vorschlagsnummer	227
Vorschlag für	Mülheim	Vorschlagsart	Sparvorschlag

Ánleinpflicht für Hunde

Verstärkte Prüfung und Ahndung der Anleinpflicht für Hunde im Bereich um das Tierheim Köln-Dellbrück:
Der Bereich um das Tierheim Köln-Dellbrück wird auch von Hundebesitzern genutzt, um ihre Hunde auszuführen und missachten dabei regelmäßig die dort geltende Anleinpflicht. Dies ist insofern problematisch, als dass sich sehr häufig die frei laufenden Hunde von ihren Besitzern nicht abrufen lassen und es nicht selten während der Gassigehzeit der Hundebegleiter mit den Tierheimhunden zu mitunter gefährlichen Situationen kommt. Nicht alle Hunde sind miteinander verträglich und durch ein Durchsetzen der Anleinpflicht können gefährliche Situationen vermieden werden. Hierdurch könnten Einnahmen erzielt und die Sicherheit (von Mensch und Tier) erhöht werden.
P.S. es fehlt die Vorschlagsart "Einnahmen"

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**18**	**18**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den zentralen und stadtbezirklichen Ordnungsdienst zur Einhaltung der Anleinpflicht nach dem Landeshundegesetz bzw. der Kölner Stadtordnung überwacht. Die Überwachungstätigkeiten werden je nach Beschwerdelage und personellen Verfügbarkeiten angepasst; dies bedeutet das durch die Außendienstkräfte wechselnde Bereiche zu überwachen sind und eine dauerhafte Präsenz an bestimmten Örtlichkeiten nicht gewährleistet werden kann. Der Bürgervorschlag wird zum Anlass genommen, das Umfeld des Tierheimes in Dellbrück in den nächsten Wochen intensiver hinsichtlich der Anleinpflicht zu überwachen. Ziel ist es, durch Präsenz ordnungswidriges Verhalten vorzubeugen und festgestelltes Fehlverhalten unter Beachtung des Verwarnungs- und Bußgeldkataloges konsequent zu ahnden. Die Kontrolltätigkeiten werden jedoch nicht dazu führen, dass die Personalkosten durch die Erhebung von Verwarnungs- bzw. Bußgeldern gedeckt werden.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**13**	Vorschlagsnummer	502
Vorschlag für	Mülheim	Vorschlagsart	Sparvorschlag

Mülheimer Brücke, viele Lkws zu schwer

Öfters fahre ich mit dem Rad über die Mülheimer Brücke. Hierbei fällt mir immer auf, dass hier Riesen-Lastwagen unterwegs sind. Das sind Zugmaschinen mit dreiachsigem Auflieger. Diese wiegen ganz sicher über 30 Tonnen. Auf der Mülheimer Brücke besteht aber eine Beschränkung, es dürfen nur Fahrzeuge bis 30 Tonnen die Brücke befahren. Nach meinen Zählungen und darauf beruhenden Hochrechnungen befahren über 2000 zu schwere Lkw täglich die Brücke.
Eine Kontrolle der Lkw durch die Polizei habe ich bisher nicht feststellen können.
Da die Brücke Kölner Eigentum ist, könnte das Kölner Ordnungsamt diese Kontrollen vornehmen. Vielleicht kann man hierdurch einen baldigen Einsturz der Mülheimer Brücke vermeiden und spart sich so einen Brückenneubau.
Nebenbei bemerkt: An die 30 km/h, die die Lkw auf der Brücke nur fahren dürfen, hält sich vielleicht jeder zehnte.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
2	**18**	**18**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Im Bürgervorschlag wird darauf hingewiesen, dass das LKW-Verbot für Fahrzeuge über 30 Tonnen und die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km nicht eingehalten wird. 2013 wurde die Brücke für LKW über 30 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht gesperrt und die Geschwindigkeit auf 30 km/h herabgesetzt. Im Dezember 2014 wurde die verkehrsrechtliche Beschilderung (Gewichtsbeschränkung) vom zulässigen Gesamtgewicht auf das tatsächliche Gesamtgewicht von 30 Tonnen geändert.Die Stadt Köln, Ordnungs- und Verkehrsdienst, darf nach § 48 Abs. 3 des Ordnungsbehördengesetz NRW Geschwindigkeitsüberwachungen mit stationären oder mobilen Messgeräten nur an Gefahrenstellen durchführen.Die Zuständigkeit für Gewichtskontrollen von LKW liegt bei der Polizei, die zusätzlich auch unabhängige Geschwindigkeitskontrollen per Laser durchführen kann. Diese wird den LKW-Verkehr aufgrund der geänderten verkehrsrechtlichen Beschilderung im 1. Quartal 2015 ver-stärkt stichprobenartig überprüfen.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Bürgerhaushalt 2015

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**14**	Vorschlagsnummer	401
Vorschlag für	Mülheim	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Flüchtlingsheim

Ehemaliges Seniorenheim in Stammheim steht leer. Es würde sich sehr gut als Flüchtlingsheim anbieten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
4	**29**	**23**	**6**

Stellungnahme Verwaltung

Bei dem Seniorenheim handelt es sich vermutlich um das Ulrich-Haberland-Haus. Die Verwaltung hat das Objekt, das unter Denkmalschutz steht, bereits Anfang 2013 geprüft. mit dem Ergebnis, dass der bauliche Zustand sehr schlecht ist; es wären sehr umfangreiche Sanierungsmaßnahmen erforderlich (mind. 8 Mio. EUR). Vor diesem Hintergrund wurde das Projekt nicht weiterverfolgt.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Priorisierung der Bezirksvertretung	**0**		
Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**15**	Vorschlagsnummer	647
Vorschlag für	Mülheim	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Bahnhofvorplatz

Der neu gestaltete Bahnhofsvorplatz von Köln Mülheim ist jetzt nur noch ein trauriger Betonplatz. Sollen demnächst dort Zirkusveranstaltungen stattfinden? Früher als Parkplatz hatte er wenigstens einen Nutzen. Jetzt ist da nur noch ein großer unbenutzter Betonplatz mit zwei kleinen Bäumen.
Hier sollte man zumindest mehr Bäume und ggf. Sträucher pflanzen. Zudem wären einige Bänke dort auch angebracht. Vielleicht würde sich auch ein Künstler finden, der dort gerne eine Skulptur präsentieren würde. Auch würden sich die vielen Reisenden darüber freuen, wenn, wie früher, dort ein Imbissstand stehen dürfte.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**19**	**18**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes Mülheim ist ein wichtiges Projekt des Strukturförderprogramms "MÜLHEIM 2020" im Handlungsfeld Städtebau und steht im engen Zusammenhang mit den beiden weiteren Projekten "Optimierung und Belebung Wiener Platz" sowie Umgestaltung "Frankfurter Straße". Der Entwurf zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes wurde in einer Informationsveranstaltung am 11.03.2011 mit der interessierten Öffentlichkeit diskutiert. Anregungen der Bürgerinnen und Bürger flossen in die Überarbeitung des Entwurfes ein. Der Bahnhofsvorplatz Mülheim war vor seinem Umbau eine ungeordnete und unattraktive Parkplatzfläche. Er wurde seiner Bedeutung als Eingang für Mülheim, insbesondere für Besucherinnen und Besucher, die mit der Bahn anreisen, in keiner Weise gerecht. Die Platzfläche war baulich in einem schlechten Zustand und bot keine Aufenthaltsqualität. Die bestehenden Parkplätze verhinderten eine direkte Verbindung zwischen Bahnhof und U-Bahn beziehungsweise Frankfurter Straße. Daher stand für das neue Gestaltungskonzept die Neuordnung und Konzentration einzelner Funktionen im Vordergrund, um einen übersichtlichen Platz zu schaffen, der ankommenden oder wartenden Reisenden insbesondere gute Sichtbeziehungen in den sich anschließenden Stadtraum ermöglicht. Stellplätze für Autos, Taxen und Fahrräder sind nördlich des Bahnhofseingangs gebündelt angeordnet worden. Für diesen Platz steht somit nicht das Verweilen im Vordergrund. Er erfüllt vielmehr die Funktion eines "Trittsteins", der die Reisenden in den Stadtteil hinein über die neu gestaltete Frankfurter Straße bis hin zum ebenfalls erneuerten Wiener Platz leitet. Entsprechend wurde eher eine reduzierte Möblierung mit wenigen Sitzelementen und Einzelbäumen gewählt sowie eine bewusst großzügige Platzfläche geschaffen, die mit einem hochwertigen Pflasterstein versehen ist. Weitere Möblierungen sowie Bepflanzungen werden für den erst im März 2014 fertiggestellten Bahnhofs-vorplatz Mülheim abgelehnt, da dies förderschädlich ist und die Zuschüsse des Strukturförderprogramms Mülheim 2020 damit zurückzuzahlen sind. Auch der Vorschlag, einen Imbissstand vor dem Bahnhof zu platzieren, ist kritisch zu betrachten. Wichtige Sichtbeziehungen sowie die einheitliche Gestaltung werden beeinträchtigt. Auch eine zwingende Notwendigkeit hierfür wird nicht gesehen, da der Zugang vom Bahnhofsvorplatz zu den zahlreichen und direkt angrenzenden gastronomischen Angeboten auf der Frankfurter Straße sowie zu dem denkmalgeschützten Kioskhäuschen durch die Einbeziehung der angrenzenden Kreuzungsfläche in die Umbaumaßnahmen nun deutlich verbessert wurde.

Stellungnahme der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Mülheim hat die Vorlage wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung (08.06.2015) vertagt.

Bürgerhaushalt 2015

TOP-15 Liste bezirksübergreifend

Vorschlag für **Bezirksübergreifend**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **1** Vorschlagsnummer 332

Vorschlag für Bezirksübergreifend Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Qualitätsverbesserung im offenen Ganztag – Begrenzung der maximalen Schließungszeit

Die maximale Anzahl der Schließungszeit im offenen Ganztag (zur Zeit maximal 30 Tage im Jahr) sollte sich an dem in §3 des Bundesurlaubsgesetzes beschriebenen Mindesturlaub von 24 Werktagen (20 Arbeitstagen) orientieren.
Hierzu müssen den OGS-Trägern die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden.
Die Verringerung der maximalen Schließungszeit darf natürlich nicht zu Lasten des Ausbaus der dringend benötigten OGS-Plätze gehen und / oder zu einer Verringerung des Qualitätsstandards im Ganztag führen.

Begründung:
Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es unerlässlich, dass die Anzahl der Schließtage nicht die Anzahl der Urlaubstage übersteigt. Gerade alleinerziehende Personen und Familien mit mehreren Kindern können die Schließtage oft nicht mit dem jeweiligen Urlaubsanspruch kompensieren. Die Schließtage bei den Kitas und der OGS sind häufig nicht synchronisiert, so dass aus den 30 Tagen bei einem Kind schnell mehr als 45 Tage bei zwei oder mehr Kindern werden können, die es zu überbrücken gilt.
Eine Reduzierung der maximalen Schließungszeit ist vor diesem Hintergrund dringend notwendig.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
19	**349**	**341**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Aufgrund der prekären Haushaltssituation war eine Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils an der Finanzierung des offenen Ganztags notwendig. Dies hat die Erweiterung der Schließzeit auf bis zu 30 Tage je Schuljahr zur Folge. Diese Regelung sieht das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für Kindertageseinrichtungen ebenfalls vor.

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **2** Vorschlagsnummer 262

Vorschlag für Bezirksübergreifend Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Beratung für Flüchtlingsfrauen schon in den Heimen

Die Frauen unter den Flüchtlingen haben oft Beratungsbedarf, der sich an spezialisierte und in dieser Hinsicht erfahrene Fachfrauen richtet. Sie beraten in vielen Sprachen und ziehen auch Dolmetscherinnen hinzu. Damit schnell geholfen werden kann, schlagen das FrauenForum KölnAgenda und agisra e.V. vor, solche Sprechstunden direkt in den Kölner Flüchtlingsheimen einzurichten.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
17	**282**	**282**	**0**

Stellungnahme Verwaltung

Grundsätzlich werden alle Flüchtlingsfrauen, die in Wohnheimen oder Beherbergungsbetrieben durch die Stadt Köln untergebracht sind, von zum Teil sehr erfahrenen und auf die Beratung von Flüchtlingen spezialisierten Sozialarbeiterinnen der Stadt Köln selbst oder den hierzu beauftragten freien Trägern vor Ort betreut. Geht es um komplexere Themenstellungen werden auch Dolmetscherinnen hinzu gezogen. Für Asylverfahrensberatungen steht die Anlauf- und Beratungsstelle des Kölner Flüchtlingsrates zur Verfügung, dessen Team paritätisch besetzt ist. Durch den vermehrten Zuzug von Flüchtlingen sind auch spezielle frauenspezifische Bedarfe gestiegen. Von der Einrichtung eines parallelen Beratungsangebotes in den Wohnheimen sollte dennoch abgesehen werden. Es ist aus Sicht der Verwaltung sinnvoller, dass sich Flüchtlingsfrauen bei weiterem speziellem persönlichen Beratungsbedarf selbständig an die unabhängigen Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen wenden, die in Köln ansässig sind.Über die in allen Flüchtlingsunterkünften tätigen Fachkräfte des sozialen Dienstes ist sichergestellt, dass spezielle Problemlagen erkannt werden. Die Vermittlung an medizinisch und / oder psychologisch geschultes Fachpersonal erfolgt unter Anwendung des Kölner Gesundheitswegweisers für Migrantinnen und Migranten (ggfs. mit Unterstützung von Dolmetschern). Die Beratungsstelle von Agisra e.V. ist insoweit bereits im Hilfesystem implementiert.

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **3** Vorschlagsnummer 129

Vorschlag für Bezirksübergreifend Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Radweg - Verkehr - Radverkehr

Ich schlage vor, größtmögliche Anstrengungen/Etats in die Förderung des unmotorisierten Verkehrs zu investieren. Kurz- bis mittelfristig führt kein Weg daran vorbei, die Stadt durch Reduzierung des MIV (Motorisierter Individualverkehr) vor dem Infarkt zu bewahren und die Lebensqualität für die Kölner Bürger und Besucher wiederherzustellen. Konkret bedeutet das: Weg vom auto, hin zum Fahrrad, Tempo 30 in der ganzen Stadt. Weniger ruhender Verkehr (Parkende Autos) = mehr Platz für Menschen. Durch Tempo 30 kann der neu gewonnene Radverkehrsanteil auf die Straße genommen werden. kosten für Radwege Sonderkennzeichung, Schilder etc. fallen weg. Insgesamt weniger Belastung der Straßen durch weniger KFZ = geringere Instandhaltungskosten im Straßenbau. Mehr Radverkehr = mehr Bewegung = mehr Gesundheit = weniger Gesundheitskosten. Alles längst bekannt. Worauf also warten?

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
15	**216**	**203**	**13**

Stellungnahme Verwaltung

Die Förderung des Radverkehrs in Köln umfasst mehr als die zeitgemäße Anpassung und den Ausbau der bestehenden Radverkehrsinfrastruktur. Neben diesem Bereich bilden auch Bürgerservice und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Verbesserung der Parkmöglichkeiten für Radfahrerinnen und Radfahrer wichtige Schwerpunkte der Arbeit der Verwaltung.Derzeit lässt die Verwaltung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Radverkehrsverbänden und der Politik durch externe Büros ein Radverkehrskonzept für den Stadtbezirk Innenstadt erstellen. Es hat bereits zwei öffentliche Abendveranstaltungen gegeben. Es wurden rund 1.000 Anregungen eingereicht und ausgewertet, in der letzten Sitzung wurde das Hauptnetz für den Radverkehr diskutiert. In der nächsten Abendveranstaltung, deren Termin noch bekannt gegeben wird, werden erste Maßnahmen diskutiert.Der aktuelle Stand des Radverkehrskonzeptes sowie die Tätigkeitsberichte der letzten Jahre sind im Internet dargestellt: http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/verkehr/radfahren/radverkehr-koeln

Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**4**	Vorschlagsnummer	1
Vorschlag für	Bezirksübergreifend	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Mehr Fahrradständer in der Stadt

Das Fahrradfahren boomt, und leider gibt es in der Nähe von Läden und Mehrfamilienhäusern zu wenige Fahrradständer.
Jedenfalls sollten die Bezirksverwaltungen eine Liste von Stellplätzen erstellen, die pro Jahr neu für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden können. Diese Fahrradständer lassen sich über die Werbetafeln dauerhaft teilfinanzieren.

Ebenso sollte an hierfür geeigneten Ampeln ein Grünpfeil (Zeichen 720) in Kombination mit dem verkleinerten Blauen Fahrradsymbol in Gebrauch kommen, so daß Fahrradfahrer auch bei „Rot“ wenigstens nach rechts abbiegen dürfen.
Das wäre eine Petition an den Bundesverkehrsminister. So etwas läßt sich über die Verwaltungen leichter vorschlagen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
13	**140**	**132**	**8**

Stellungnahme Verwaltung

Es werden pro Jahr rund 1.000 neue Fahrradabstellplätze geschaffen, es handelt sich um ein fortlaufendes Programm. Hinweise und Anregungen können dem Fahrradbeauftragten gemeldet werden: fahrradbeauftragter@stadt-koeln.de Bevor ein Grünpfeil nach §37 der Straßenverkehrsordnung an eine Lichtsignalanlage (LSA) angebracht werden kann, müssen mehrere Fakten geprüft werden. So gibt es eine Vielzahl von Einschränkungen, die den Einsatz nicht zulassen. Ausgeschlossen ist der Einsatz, wenn• der entgegenkommende Linksabbiegerverkehr mit einem eigenen Linksabbiegersignal signalisiert wird,• der Rechtsabbiegerverkehr mit einem eigenen Rechtsabbiegersignal signalisiert wird,• beim Rechtsabbiegen Gleise von Schienenfahrzeugen gekreuzt oder befahren werden müssen,• der zu kreuzende Radweg in beiden Fahrtrichtungen befahren wird, • dem Rechtsabbieger mehrere Fahrspuren zur Verfügung stehen oder• die Ampelanlage von vielen Schülern, älteren Mitmenschen sowie visuell eingeschränkten Personen benutzt wird.In Köln werden zukünftig vermehrt Lichtsignalanlagen mit Blindensignalisierungen ausgestattet. Aus diesem Grund ist der Einsatz eines Grünpfeils in Zukunft nicht mehr möglich und die Einsatzmöglichkeiten sehr gering. Aus diesem Grund muss die Stadt Köln an der derzeitigen Regelung festhalten. Sie wird daher keine Petition für eine Grünpfeilregelung in Verbindung mit Radfahrern anstreben.

Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**5**	Vorschlagsnummer	639
Vorschlag für	Bezirksübergreifend	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

KVB auch in der Nacht

In einer Hinsicht ist unsere Weltstadt eine Provinz wie Dormagen, Bergheim oder Chemnitz:
Ab 1Uhr kommt man unter der Woche mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht mal mehr vom Hauptbahnhof zum Neumarkt.

Insbesondere in einer Studentenstadt mit mehreren 10.000 jungen Leuten fordern wir auch einen regelmäßigen Nachtverkehr. Andere Metropolen wie Berlin, Hamburg oder München verfügen bereits über Nacht-Bahnen bzw. Nacht-Busse.

Kurzfristig sollte die KVB auch nachts eingesetzt werden, bspw. im Halb- oder Stundentakt. Hierdurch ergibt sich dann insbesondere in den studentisch geprägten Stadtbezirken (Innenstadt, Lindenthal, Ehrenfeld, Nippes) ein mind. halbstündiges Befahren, das für uns ausreichend ist.

Ein nächtliches Unterbrechen der KVB ist umso erstaunlicher, als dass in Wintermonaten teilw. leere Bahnen unterwegs sind, um die Schienen vor Eisbefall zu schützen.

Langfristig sollten auch Veedel, die außerhalb der KVB-Reichweite liegen, mit Nachtbussen im Stundentakt bedient werden.

Wie berichtet könnten in Zukunft die Taxipreise um 25% steigen, mit Sicherheit ein weiteres Argument für nächtlichen ÖPNV.

Für Anregungen sind wir offen und freuen uns auf Rückmeldungen.

Eure
JU Innenstadt

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**99**	**98**	**1**

Stellungnahme Verwaltung

Im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Stadt Köln wurde der Abend- und Nachtverkehr in Köln gesondert untersucht, da er ein wesentliches Handlungsfeld darstellt. Aufgrund der über einen langen Zeitraum hinweg deutlichen Nachfragesteigerung im Kölner Nachtverkehr bestand der Bedarf für eine Angebotsausweitung. In einem zweistufigen Umsetzungskonzept wurden in den letzten Jahren folgende umfangreiche Maßnahmen im Stadtbahnbereich umgesetzt:- Erhöhung der Taktfrequenz von einem 60- auf einem 30-Minuten-Takt nach 1.15 Uhr am Wochenende und vor Feiertagen und- nachfragegerechte Erweiterung des Grundangebotes zwischen 23.00 Uhr und 0.00 Uhr sowie Erhöhung der Fahrtenanzahl zwischen 0.00 Uhr und Einsetzen des Nachttaktes sowie- weitere kleinere Angebotsverbesserungen.Die Notwendigkeit für einen durchgängigen Nachtverkehr von Sonntag bis Donnerstag ist aufgrund der Nachfrageuntersuchungen nicht gegeben. Ähnliche Ergebnisse wurden auch für die alternativ untersuchten Nachtbusnetze erreicht. Nach Einführung der o.g. Maßnahmen wird die Fahrgastnachfrage und Einnahmesituation jedoch weiter beobachtet, um zukünftig über die Fortführung oder Ausweitung der Maßnahmen Entscheidungen herbeiführen zu können.

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **6** Vorschlagsnummer 51

Vorschlag für Bezirksübergreifend Vorschlagsart Sparvorschlag

Alt-Fahrrad-Entsorgung in einer gemeinnützigen Fahraradverwertungswerkstatt realisieren

Mit großem Erstaunen las ich in einer großen Kölner Lokalzeitung, dass die Entsorgung der Alträder (dir dann mit neonfarbenem Aufkleber gekennzeichnet werden) für die Stadt ein Verlustgeschäft ist. Bei der Qualität und dem Wert der gekennzeichneten Räder bzw. auch in Anbetracht der aktuellen Metallpreise (wurden nicht sogar bei der Stadtbahn seinerzeit Stahlhaken zwecks Verkauf gestohlen?), erscheint es mir merkwürdig, dass sich damit kein Gewinn erzielen lässt. Am besten fände ich aber, wenn das Projekt in eine neue städtische Firma übergeben würde, die auch Behinderte, Ex-Gefängnisinsassen und anderen zu integrierende Mitbürger beschäftigt - natürlich mit geschultem sozialpädagogischen Personal. Das sollte an sich schon Selbstzewck genug sein ("gemeinnützige Fahradverwertungswerkstatt"), vielleicht fallen dabei aber sogar noch ein paar Euros ab. Auf jeden Fall dürfte aber das ganze nicht zum Verlustgeschäft werden - das scheint mir die Folge eines aktuell vorherrschenden Missmanagements zu sein.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
8	**98**	**94**	**4**

Stellungnahme Verwaltung

Für das Abholen von „Fahrradleichen“ besteht ein Rahmenvertrag mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln (AWB). Nach einer einmonatigen Lagerung bei der AWB erfolgt die Verwertungsfreigabe. Die Fahrräder bzw. Fahrradteile, die offensichtlich nicht mehr genutzt werden können, werden vorschriftsmäßig entsorgt. Dies stellt einen hohen Kostenfaktor dar, da z.B. unbrauchbare Fahrradreifen wie Industriemüll entsorgt werden müssen.Die übrigen Fahrräder werden dem Umweltzentrum zur Verfügung gestellt. In der dortigen gemeinnützigen Fahrradwerkstatt werden diese Räder durch Langzeitarbeitslose im Rahmen von Maßnahmen des Jobcenters Köln wieder instandgesetzt und nach technischer Abnahme zum Kauf angeboten oder an öffentliche Einrichtungen wie z.B. Schulen abgegeben.

Rangfolge der Teilnehmer-/innen	7	Vorschlagsnummer	374
Vorschlag für	Bezirksübergreifend	Vorschlagsart	Sparvorschlag

Bürgerticket für die KVB

Um den ÖPNV in der Stadt attraktiver zu machen und den Stadtverkehr zu entlasten, sollte ein »Bürgerticket« eingeführt werden.
Jeder Bürger zahlt z.B. 20EUR/Monat (10EUR für Kinder und Jugendliche) und kann dafür kostenlos die KVB nutzen.
Laut Geschäftsbericht hat die KVB 2013 Umsatzerlöse in Höhe von 240,1 Mio. Euro erwirtschaftet. Das »Bürgerticket« brächte alleine 225 Mio. Euro pro Jahr.
Zu diesen Einnahmen addierten sich die Erlöse aus regulären Tickets von Nicht-Kölner und Touristen.
2012 hatte Köln alleine 120 Millionen Tagestouristen zu verzeichnen. Wenn nur ein Viertel davon eine Hin- und Rückfahrt löst, wären das bei der Preisstufe 1b weitere 168 Mio. Euro. Zusammen also schon mal 393 Mio. Euro, was einem Umsatzplus von 63,7% entspräche.
Und hier sind die Tickets für Nicht-Kölner/Pendler noch nicht mitberechnet.

Der Geschäftsbericht von 2013 weist aus, dass die KVB 86,9 Mio. Euro Verlust gemacht hat. Zieht man diesen Verlust nun von den obigen Erlösen ab, so verbleibt ein Plus von 66 Millionen Euro.

Durch diese Maßnahme würde der innerstädtische Nahverkehr attraktiver werden, was auch denen zugutekommt, die nicht auf die KVB umsteigen können, da der Verkehr entlastet wird und sie schneller von A nach B kommen. Auch die Abnutzung der Straßen und die daraus resultierenden Reparaturmaßnahmen würden sich reduzieren.
Zudem würde sich durch weniger Verkehr in der Stadt die Lebensqualität aller Kölner/innen heben (weniger Luftverschmutzung, Lärmpegel etc.)

Da dieses »Ticket« von der Meldeadresse abhängt, müssen auch keine gesonderten Tickets gedruckt und verschickt werden, da der Personalausweis genügt.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
22	**108**	**90**	**18**

Stellungnahme Verwaltung

Der öffentliche Personennahverkehr in Köln sichert mit mehr als 275 Millionen Fahrten jährlich die Mobilität vieler Bürger und Besucher in Köln. Die Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV wäre mit einem erheblichen Anstieg der Fahrgastzahlen verbunden, der mit den vorhandenen Ressourcen bei der KVB nicht abzuwickeln wäre. Die KVB stößt bereits heute zu den Hauptverkehrszeiten am Morgen und am Nachmittag an ihre Kapazitätsgrenzen. Sowohl die Infrastruktur als auch das Leistungsangebot (Fahrzeuge und Personal) müssten erheblich ausgebaut werden. Dieser Ausbau wäre mit enormen investiven und laufenden Kosten verbunden und würde darüber hinaus einen erheblichen zeitlichen Vorlauf erfordern. Potenziellen Erlössteigerungen stünden höhere Kosten für den Ausbau des Leistungsangebotes und der Infrastruktur gegenüber, so dass ein abgabefinanzierter ÖPNV voraussichtlich zu einer noch stärkeren Haushaltsbelastung führen würde.

Wesentliche Einsparungen sind mit dem vorgeschlagenen Ansatz nicht zu realisieren, da der fahrscheinlose ÖPNV in dem beschriebenen Modell nur für die Kölner Bürger gelten soll. Zu den Fahrgästen der KVB zählen neben den Kölner Bürgern aber auch weitere Nutzergruppen wie Bürger aus dem Umland sowie Besucher aus dem In- und Ausland (Touristen, Geschäftsleute). Da auch weiterhin die Notwendigkeit besteht, dass Einpendler aus dem Umland und Besucher aus dem In- und Ausland zur Finanzierung des ÖPNV beitragen, müssten das Vertriebsnetz sowie der Fahrscheinkontrolldienst weiterhin vorgehalten werden. Bei dem dargestellten Ansatz wäre die Nutzung anderer Verkehrsunternehmen, die neben der KVB im Stadtgebiet Köln g

Beförderungsleistungen anbieten, nicht unentgeltlich möglich (Bsp.: SPNV, RVK). Diese Beförderungsleistungen müssten noch zusätzlich tarifiert und auch von Kölner Bürgern bezahlt werden. Auch Fahrscheine mit einer verbundweiten Gültigkeit (Semester Ticket, Job Ticket, Schüler Ticket, etc.) wurden bei der Kalkulation nicht berücksichtigt. Hier müssen für die Nutzung der verbundweiten Partnerunternehmen weitere finanzielle Mittel bei der Gegenfinanzierung eingeplant werden.Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass ohne deutliche Angebotsverbesserungen bei Einführung eines Nulltarifes vor allem ein Umstieg von Fußgängern und Radfahrern auf den ÖPNV stattfindet. Eine Verkehrswende zugunsten des umweltfreundlichen ÖPNV funktioniert deswegen nur mit Attraktivitätssteigerungen.Um die Wirtschaftlichkeit weiter zu verbessern, sollten Mechanismen für die unternehmerische Steuerung erhalten bleiben und nicht durch eine reine Abgabenfinanzierung ersetzt werden. Das Modell des fahrscheinlosen ÖPNV wäre in den bisher diskutierten Varianten eine generelle Abkehr von der nutzerfinanzierten ÖPNV-Finanzierung und vom Verbundgedanken.

Rangfolge der Teilnehmer-/innen	8	Vorschlagsnummer	106
Vorschlag für	Bezirksübergreifend	Vorschlagsart	Sparvorschlag

Nachtschaltung für Ampeln

Viele Ampeln, an denen nachts kaum Verkehr fließt, könnten nachts abgeschaltet werden. Dadurch würden Strom, Leuchtmittel und Wartungsaufwand gespart werden und die Nerven von Verkehrsteilnehmern, die als einzige an einer roten Ampel stehen in der Nacht geschont werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
7	**80**	**75**	**5**

Stellungnahme Verwaltung

In Köln gibt es zurzeit 65 Anlagen, welche nachts abgeschaltet werden. Von der Tendenz her werden es zukünftig eher weniger Anlagen, die nachts abschaltet werden können. Dies beruht auf folgenden Gründen:• eine Lichtsignalanlage ist eine Sicherheitseinrichtung, die ihre Funktion nur dann erfüllt, wenn sie in Betrieb ist• durch den Einsatz der LED-Technik ergeben sich keine großen Einsparpotenziale• bei Einsatz einer verkehrsabhängigen Steuerung stören die Anlagen auch bei schwachem Verkehr nicht.Zukünftig werden Anlagen nachts nur dann abgeschaltet, wenn diese für eine zeitlich begrenzte Sicherung eines Bereiches erstellt wurden (z. B. an Einkaufzentren oder reine Schulwegsicherungen). Sobald sich aber zwei Unfälle innerhalb eines Jahres zur abgeschalteten Zeit ereignen, muss die Nachtabschaltung aufgehoben werden. Diese Vorgehensweise wurde mit der Bezirksregierung Köln abgestimmt.

Rangfolge der Teilnehmer-/innen	9	Vorschlagsnummer	641
Vorschlag für	Bezirksübergreifend	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Touri-Ticket für Köln

Die Innenstadt ist regelmäßig, nicht nur

Touristen auf dem Weg nach Köln werden nicht nur über verstopfte Straßen in die Innenstadt geleitet, sondern müssen dann auch noch in den Parkhäusern hohe Stundenpreise berappen.

Das macht unsere Stadt unattraktiv und muss nicht sein. Andere Städte, bspw. Amsterdam, haben mehrere Park and Ride-Stationen etwas außerhalb und bieten günstige Bahn-Tickets an.

Dies hält die innerstädtischen Straßen freier und wertet Köln für Touristen auf.

Damit das Park and Ride-Konzept funktioniert, fordern wir ein spezielles Touristen-Ticket, welches an größeren, für Touristen gut zu erriechenden Parkplätzen verfügbar sein sollte.

Diese Parkplätze bestehen bereits teilw., für uns kommen bereits Weiden West (aus Richtung Westen) sowie Worringen (aus Richtung Norden) in Betracht. Weitere Stationen im Osten und Süden sollten, sofern noch nicht vorhanden, um entsprechende Parkplätze erweitert werden.

Das Touristen-Ticket ist selbstverständlich auch für Einheimische gedacht, um auch deren Autoverkehr weitestgehend aus der Innenstadt zu reduzieren.

Der Preis des Touri-Tickets sollte so gewählt werden, dass er einen echten Anreiz bietet, auf die Parkhäuser in der Innenstadt zu verzichten. Wir halten einen Preis von ca. 5-8 EUR für 5 Personen als Tagesticket für optimal.

Durch diese Maßnahme wollen wir mehr Touristen und dadurch mehr Kaufkraft nach Köln holen bei gleichzeitig reduziertem Autoverkehr auf unseren Straßen.

Wenn Ihr weitere Möglichkeiten seht oder andere P+R-Stationen kennt, schreibt uns gerne an.

Eure
JU Innenstadt

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
6	**76**	**72**	**4**

Stellungnahme Verwaltung

Touristen, die den ÖPNV in Köln und Kölner Umland nutzen möchten, können bereits heute auf das günstige Angebot der KölnCard zurückgreifen. Inhaber der KölnCard sind je nach Kartentyp berechtigt, den ÖPNV in Köln bzw. im gesamten erweiterten VRS-Netz zu nutzen. Dies gilt für Busse, Stadtbahnen, S-Bahnen und Regionalverkehrszüge (2.Klasse) des Verkehrsverbundes.Die KölnCard bietet neben der freien Fahrt im ÖPNV, weitere Vergünstigungen in den Bereichen Kunst, Kultur und Gastronomie. Insgesamt nehmen mehr als 50 Partner am vergünstigten Angebot der KölnCard teil, wozu auch die Kölner Verkehrsbetriebe gehören. Die KölnCard kann über KVB, DB, KölnTourismus und zahlreichen Hotels/Hostels sowie über verschiedene Reisebüros und Reiseveranstalter bezogen werden.

Die KölnCard wird als 24- oder 48-Stunden-Ticket angeboten und gilt für 1 bzw. bis zu 5 Personen.

24 StundenTicket für 1 Person:

Tickettyp	Geltungsbereich	Preis
KölnCard	Stadtgebiet Köln	9,00 EUR
KölnCard	erweitertes VRS-Netz	24,00 EUR
KölnCard Spezial	Stadtgebiet Köln	12,00 EUR
KölnCard Spezial (ermäßigt)	Stadtgebiet Köln	9,00 EUR

24 StundenTicket für 5 Person:

Tickettyp	Geltungsbereich	Preis
KölnCard	Stadtgebiet Köln	19,00 EUR
KölnCard	erweitertes VRS-Netz	49,00 EUR
KölnCard Spezial	Stadtgebiet Köln	25,00 EUR
KölnCard Spezial (ermäßigt)	Stadtgebiet Köln	19,00 EUR

48 StundenTicket für 1 Person:

Tickettyp	Geltungsbereich	Preis
KölnCard	Stadtgebiet Köln	18,00 EUR
KölnCard	erweitertes VRS-Netz	48,00 EUR
KölnCard Spezial	Stadtgebiet Köln	24,00 EUR
KölnCard Spezial (ermäßigt)	Stadtgebiet Köln	18,00 EUR

48 StundenTicket für 5 Person:

Tickettyp	Geltungsbereich	Preis
KölnCard	Stadtgebiet Köln	38,00 EUR
KölnCard	erweitertes VRS-Netz	98,00 EUR
KölnCard Spezial	Stadtgebiet Köln	50,00 EUR
KölnCard Spezial (ermäßigt)	Stadtgebiet Köln	38,00 EUR

Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**10**	Vorschlagsnummer	103
Vorschlag für	Bezirksübergreifend	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

ÖPNV in Köln für Kölner zum Nulltarif

Um nachhaltig den Straßenverkehr zu entlasten und mehr Menschen dazu zu animieren den ÖPNV zu nutzen und diesem gleichzeitig mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, die für den bedarfsgerechten Ausbau und Instandhaltung nötig sind, sollte die Nutzung des ÖPNV in Köln ohne den Kauf von Tickets sondern rein aus dem Stadthaushalt finanziert werden. Die zusätzlich benötigten Mittel sollten in Form von einer allgemeinen Abgabe auf ALLE Kölner Bürger umgelegt werden.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
36	**104**	**83**	**21**

Stellungnahme Verwaltung

Der öffentliche Personennahverkehr in Köln sichert mit mehr als 275 Millionen Fahrten jährlich, die Mobilität vieler Bürger und Besucher in Köln. Die Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV wäre mit einem erheblichen Anstieg der Fahrgastzahlen verbunden, der mit den vorhandenen Ressourcen bei der KVB nicht abzuwickeln wäre. Die KVB stößt bereits heute zu den Hauptverkehrszeiten am Morgen und am Nachmittag an ihre Kapazitätsgrenzen. Sowohl die Infrastruktur als auch das Leistungsangebot (Fahrzeuge und Personal) müssten erheblich ausgebaut werden. Dieser Ausbau wäre mit enormen investiven und laufenden Kosten verbunden und würde darüber hinaus einen erheblichen zeitlichen Vorlauf erfordern. Potenziellen Erlössteigerungen stünden höhere Kosten für den Ausbau des Leistungsangebotes und der Infrastruktur gegenüber, so dass ein abgabefinanzierter ÖPNV voraussichtlich zu einer noch stärkeren Haushaltsbelastung führen würde.

Wesentliche Einsparungen sind mit dem vorgeschlagenen Ansatz nicht zu realisieren, da der fahrscheinlose ÖPNV in dem beschriebenen Modell nur für die Kölner Bürger gelten soll. Zu den Fahrgästen der KVB zählen neben den Kölner Bürgern aber auch weitere Nutzergruppen wie Bürger aus dem Umland sowie Besucher aus dem In- und Ausland (Touristen, Geschäftsleute). Da auch weiterhin die Notwendigkeit besteht, dass Einpendler aus dem Umland und Besucher aus dem In- und Ausland zur Finanzierung des ÖPNV beitragen, müssten das Vertriebsnetz sowie der Fahrscheinkontrolldienst weiterhin vorgehalten werden. Bei dem dargestellten Ansatz wäre die Nutzung anderer Verkehrsunternehmen, die neben der KVB im Stadtgebiet Köln Beförderungsleistungen anbieten, nicht unentgeltlich möglich (Bsp.: SPNV, RVK). Diese Beförderungsleistungen müssten noch zusätzlich tarifiert und auch von Kölner Bürgern bezahlt werden. Auch Fahrscheine mit einer verbundweiten Gültigkeit (SemesterTicket, JobTicket, SchülerTicket, etc.) wurden bei der Kalkulation nicht berücksichtigt. Hier müssen für die Nutzung der verbundweiten Partnerunternehmen weitere finanzielle Mittel bei der Gegenfinanzierung eingeplant werden.Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass ohne deutliche Angebotsverbesserungen bei Einführung eines Nulltarifes vor allem ein Umstieg von Fußgängern und Radfahrern auf den ÖPNV stattfindet. Eine Verkehrswende zugunsten des umweltfreundlichen ÖPNV funktioniert deswegen nur mit Attraktivitätssteigerungen.Um die Wirtschaftlichkeit weiter zu verbessern, sollten Mechanismen für die unternehmerische Steuerung erhalten bleiben und nicht durch eine reine Abgabenfinanzierung ersetzt werden. Das Modell des fahrscheinlosen ÖPNV wäre in den bisher diskutierten Varianten eine generelle Abkehr von der nutzerfinanzierten ÖPNV-Finanzierung und vom Verbundgedanken.

Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**11**	Vorschlagsnummer	29
Vorschlag für	Bezirksübergreifend	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Bürgerfonds für jeden Kölner Bezirk

Damit die Kölner Stadtbezirke endlich wichtige Entscheidungen vor Ort selbst mit den Bürger/innen abstimmen können, schlage ich die Einrichtung von Bürgerfonds nach Vorbild vieler Kommunen vor. Hierzu sollen Bezirksvertreter/innen zusammen mit Verwaltung und zufällig ausgewählten Einwohner/innen einen Bürgerausschuss gründen, der über die Vergabe der Gelder des jeweiligen Bezirksbürgerfonds entscheidet. Die Details solcher Bürgerfonds (z.B. Förderhöhe) soll der Stadtrat mit Hilfe von Experten und Bürger/innen in 2015 festlegen.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
17	**75**	**63**	**12**

Stellungnahme Verwaltung

Grundsätzlich ist der Rat dafür zuständig, Finanzmittel für die Stadtbezirke und die dortige Aufgabenerfüllung bereit zu stellen. Die Bezirksvertretungen werden bei der Haushaltsberatung beteiligt und können sich bei allen Haushaltspositionen einbringen, die sich auf ihren Bezirk und ihre Aufgaben auswirken. Zusätzlich stellt der Rat Mittel bereit, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen selbständig entscheiden (sog. bezirksorientierte Mittel) und mit denen sie Initiativen und Projekte im Stadtbezirk fördern.Außerdem stellte der Rat bereits von 2011 bis 2014 jedem Stadtbezirk Finanzmittel im Rahmen des Stadtklima- und Verschönerungsprogramms während der Haushaltsplanberatungen zur Verfügung. Damit werden in den Stadtbezirken Maßnahmen der Grünpflege auf Vorschlag der Bezirksvertretungen umgesetzt.Darüber hinaus wurde in Köln bereits das Modell eines „Bürgerfonds“ erprobt. Es handelt sich um den Verfügungsfonds im Rahmen des von der EU, dem Bund und dem Land NRW geförderten Strukturförderprogramms Mülheim 2020. Der Verfügungsfonds förderte finanziell die aktive Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Akteurinnen und Akteure vor Ort an der Entwicklung der Stadtteile Buchforst, Buchheim und Mülheim. Über die Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds hat der Veedelsbeirat Mülheim 2020 entschieden. Aufgabe des Veedelsbeirates war es, die Umsetzung des Strukturförderprogramms Mülheim 2020 zu begleiten, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einzubinden und die Bezirksvertretung Mülheim sowie die Fachausschüsse des Rates zu beraten. Aus diesem Grund waren Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerschaft ausdrücklich als Mitglieder im Veedelsbeirat vorgesehen. Die genaue Zusammensetzung des Veedelsbeirates finden Sie unterZusammensetzung des Veedelsbeirates siehe unter http://ratsinformation.stadt-koeln.de/kp0040.asp?__kgrnr=79&__cgrname=Veedelsbeirat&.Aus den Erfahrungen bei der Umsetzung des Projektes „Verfügungsfonds“ kann festgehalten werden, dass es sich bei einem solchen Fonds um ein sehr geeignetes Instrument handelt, Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitgestaltung der gesellschaftlichen Belange in ihrem Stadtteil zu motivieren. Die besondere Schwierigkeit bei dieser Art von Fonds besteht aber auf der einen Seite in dem Wunsch und der Notwendigkeit einer möglichst niedrigschwelligen und unbürokratischen Verfahrensweise zu entsprechen, und auf der anderen Seite die ordnungsgemäße Verwendung und Dokumentation der zur Verfügung gestellten Mittel zu gewährleisten.

riorisierung der Bezirksvertretung **0**

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **12** Vorschlagsnummer 69

Vorschlag für Bezirksübergreifend Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Erstellung eines Fahradverkehrskonzeptes auch für Mülheim bzw. die anderen rechtsrheinischen Bezirke

Wie der Presse auch heute wieder zu entnehmen ist,nimmt der Fahrradverkehr in Köln immer mehr zu.Dies erfordert auch für den Bezirk Mühlheim und die anderen Bezirke ein umfassendes Fahrradverkehrskonzept.Leider wurde dies bislang nur in Lindenthal und nun auch in der Innenstadt auf den Weg gebracht.Dies sollte sich in Zukunft ändern, damit Köln auch in verkehrplanerischer Sicht lebenswerter wird.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
1	**58**	**54**	**4**

Stellungnahme Verwaltung

Auf Grund der Anregungen aus dem ersten Bürgerhaushalt wurden bisher zwei Radverkehrskonzepte erstellt. Der hohe Arbeits- und Betreuungsaufwand lässt es leider nicht zu, zwei oder mehrere Konzepte gleichzeitig erstellen zu lassen. Es ist geplant, nach Abschluss des Innenstadtkonzeptes in 2016/2017 für den Bezirk Ehrenfeld ein Radverkehrskonzept zu erstellen. Eine Bearbeitung aller Stadtbezirke würde ohne zusätzliches Personal voraussichtlich nicht vor 2030 abgeschlossen sein. Pro Konzept muss mit Kosten in Höhe von durchschnittlich 30.000 bis 50.000 EUR gerechnet werden, dies ergibt eine Gesamtsumme von etwa 200.000 bis 350.000 EUR. Die Stadt Köln erarbeitet kontinuierlich weitere städtische Radverkehrskonzepte, in der angesprochenen Form ist der Vorschlag derzeit jedoch nicht umsetzbar.

Rangfolge der Teilnehmer-/innen	**13**	Vorschlagsnummer	107
Vorschlag für	Bezirksübergreifend	Vorschlagsart	Ausgabevorschlag

Kinderbetreuung in Integrationskursen

Viele Menschen, die neu nach Deutschland kommen, sind hoch motiviert, die deutsche Sprache zu erlernen. Bis September 2014 bestand die Möglichkeit, einen Integrationskurse zu besuchen und eine kursbegleitende Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen. Dies wird nun seitens des Bundes nicht mehr gewährleistet, mit dem Hinweis darauf, dass genügend Betreuungsplätze zur Verfügung ständen.
Allerdings fehlen in einigen Stadtbezirken Kindergartenplätze und Unterbringungsmöglichkeiten bei Tagesmüttern- und vätern, weswegen gerade viele Frauen keine Möglichkeit haben, Deutschkurse zu besuchen. Eine kursbegleitende Kinderbetreuung ist aber nicht nur für die Eltern von großem Nutzen, sondern vor allem auch für die Kinder, da diese direkt zu Beginn die deutsche Sprache erlernen können. Eine Unterstützung der Stadt Köln für die Organisationen, die diese Betreuung umsetzen möchten, wäre eine Investition in die Zukunft!

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
0	**51**	**47**	**4**

Stellungnahme Verwaltung

Bis 2012 wurde im Rahmen der Durchführung von Integrationskursen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auch eine Kinderbetreuung angeboten, welche durch das Bundesamt finanziert wurde. Hierzu wurden spezielle Integrationskursträger mit Kinderbetreuung vom Bundesamt zugelassen. Die Kinderbetreuung entsprach aber nicht den hohen Anforderungen, welchen reguläre Kinderbetreuungsangebote genügen müssen. Dennoch sollte durch das Angebot der Kinderbetreuung in den Integrationskursen eine möglichst ununterbrochene Teilnahme von Müttern ab dem 3. Lebensmonat des Kindes gewährleistet werden.Durch den Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, wurde in 2013 die Kinderbetreuung in den Integrationskursen zunächst nur noch für Kinder bis zum 3. Lebensjahr, danach bis zum 1. Lebensjahr und letztendlich in 2014 komplett heruntergefahren. Somit besteht während der Teilnahme von Müttern an den Integrationskursen kein Betreuungsangebot mehr bei den Integrationskursträgern. Lediglich das Begegnungs- und Fortbildungswerk muslimischer Frauen (BFmF e.V.) hat in Kooperation mit der Verwaltung aus der bisherigen Betreuungseinrichtung im Rahmen der Integrationskurse eine reguläre Kindertagesstätte einrichten können. Da seitens des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nur geringe Anforderungen an die Betreuungseinrichtung für Kinder gestellt werden, können die anderen Integrationskursträger in Köln, welche bislang eine Kinderbetreuung angeboten hatten, keine weitere Kinderbetreuung anbieten, da sie hierfür keine Zulassung bekommen. Die hohen Anforderungen zur Einrichtung einer offiziellen Kindertagesstätte werden von den Integrationskursträgern nicht erfüllt. Die Verwaltung bemüht sich, jedem Kind einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen. Insbesondere wenn die Verwaltung sich im konkreten Sachverhalt einschaltet, kann ein Kinderbetreuungsplatz gefunden werden. Allerdings stellt sich hier die Problematik, dass es nur selten gelingt, einen Betreuungsplatz für das Kind zu finden, welcher es den Müttern zeitlich möglich macht, das Kind zur Kindertagesstätte zu bringen und dann zeitig zum Integrationskurs zu erscheinen. Die meisten Kindertagesstätten mit freien Plätzen sind nicht wohnortnah. So kann es sein, dass eine Mutter aus Ehrenfeld einen Betreuungsplatz in Godorf oder Dünnwald angeboten bekommt. Aufgrund der Fahrtzeiten ist es der Mutter kaum oder gar nicht möglich, regelmäßig einen Kurs zu besuchen. Noch schwieriger wird es für Mütter, wenn sie mehrere Kinder hat und diese ggf. alle an unterschiedlichen Orten in die Kinderbetreuung geben muss. Aus pädagogischer Sicht hat die aktuelle Situation für die Zukunft der Kölner Stadtgesellschaft erhebliche negative Folgen. Sinn und Zweck von Integrationskursen für Mütter ist, dass diese die deutsche Sprache Erlernen, damit ihre Kinder eine perspektive in ihrer zukünftigen Bildungslaufbahn haben. Die Mütter sollen durch die Kurse in die Lage versetzt werden, Ihre Kinder beim Erwerb der deutschen Sprache zu unterstützen. Unter Berücksichtigung, dass es viele Zuwanderer gibt, welche selber keine Schule oder nur

geringfügig eine Schule besucht haben, ist es auch ein Ziel, dass die Mütter an „Bildung“ herangeführt werden. Neben den Kenntnissen zur Rechts- und Gesellschaftsordnung, werden aber auch Kenntnisse über den Umgang mit Kindern in Deutschland, Pflege und Hygiene vermittelt. Aus Sicht der Verwaltung ist hier dringend eine Änderung notwendig. Daher wird der Vorschlag als wichtig und zielführend erachtet.

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **14** Vorschlagsnummer 188

Vorschlag für Bezirksübergreifend Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Durchsetzung der Regelungen zu freilaufenden Hunden

Leider stelle ich immer wieder fest, dass Hundebesitzer trotz klarer Regelungen ihre Tiere frei laufen lassen. Besonders in Parks, wie dem Blücher Park, in denen es Liegeflächen und Kinderspielplätze gibt ist das besonders ärgerlich. Die Hinterlassenschaften der Tiere bleiben nämlich meistens liegen. Weiter stellen freilaufende Tiere oft eine unerfreuliche Überraschung für die zahlreichen Jogger dar. Ich würde mir daher wünschen, dass die Leinenpflicht durchgesetzt wird. hierzu müsste zwar Personal bezahlt werden, Ordnungswidrigkeiten jedoch spülen Geld in die Taschen der Stadt.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
3	**54**	**48**	**6**

Stellungnahme Verwaltung

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den zentralen und stadtbezirklichen Ordnungsdienst zur Einhaltung der Anleinpflicht nach dem Landeshundegesetz bzw. der Kölner Stadtordnung überwacht. Hierbei werden auch Verunreinigungen durch Hundekot sowie das Mitführverbot von Hunden auf Spiel- und Bolzplätzen kontrolliert. Die Überwachungstätigkeiten werden je nach Beschwerdelage und personellen Verfügbarkeiten angepasst; dies bedeutet, dass durch die Außendienstkräfte wechselnde Bereiche zu überwachen sind und eine dauerhafte Präsenz an bestimmten Örtlichkeiten nicht gewährleistet werden kann. Der Bürgervorschlag wird zum Anlass genommen, den Blücher Park in den nächsten Wochen intensiver hinsichtlich der Anleinpflicht und Verunreinigungen durch Hundekot zu überwachen. Ziel ist es, durch Präsenz ordnungswidriges Verhalten vorzubeugen und festgestelltes Fehlverhalten unter Beachtung des Verwarnungs- und Bußgeldkataloges konsequent zu ahnden. Die Kontrolltätigkeiten werden jedoch nicht dazu führen, dass die Personalkosten durch die Erhebung von Verwarnungs- bzw. Bußgeldern gedeckt werden.

Rangfolge der Teilnehmer-/innen **15** Vorschlagsnummer 607

Vorschlag für Bezirksübergreifend Vorschlagsart Ausgabevorschlag

Wasserbus von Mülheim bis Rodenkirchen

Es sollte ein Wasserbaus eingerichtet werden, der von Mülheim bis Rodenkirchen fährt mit Halts auf beiden Rheinseiten möglichst mit nahegelegenem Anschluss an Straßenbahnhaltestellen beidseits des Rheins. So könnte die fehlende Verbindung von rechts- und linksrheinischen Stadtteilen im Kölner Südenia mittrls ÖPNV endlich hergestellt werden und das Rheinufer wird aufgewertet.

Anzahl an Kommentaren	Anzahl Votes	Pro Stimmen	Contra Stimmen
4	**50**	**46**	**4**

Stellungnahme Verwaltung

Die bisherigen Untersuchungen zur Einführung eines Wasserbusses oder Wassertaxis hatten ergeben, dass keine ausreichende Nachfrage generiert werden könnte. Die Verwaltung befürwortet den Vorschlag daher nicht.